BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 Köln, 25. März 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Franz Rauhut - Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder - Renate Riemeck
Franz Paul Schneider - Ernst Schwarz
Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Inhalt:

- *Appell an alle* S. 169
- *Prof. Dr. Wolfgang Friedmann, „Betrachtungen zur Berlin-Krise"* S. 174
- *Konni Zilliacus, M. P., „Berlin, Deutschland und Europa"* S. 179
- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Die Fronten sind in Bewegung"* S. 185
- *Prof. Dr. Gregori Tunkin, „Die Berliner Frage im Licht des Völkerrechts"* S. 191
- *Dr. Dr. Georg Groeninger, „Berlin — im Fiasko der westdeutschen Aufrüstung"* S. 203
- *Hermann Schwann, „Treten Sie endlich zurück, Herr Bundeskanzler!"* S. 206
- *Gerhard Bessau, „Wo bleiben die Vorschläge der CDU?"* S. 214
- *Ludwig Ritter von Rudolph, „Aus einem Soldatenleben"* S. 219
- *Johannes Weidenheim, „Oblomow schläft nicht mehr"* S. 222
- *Werner Hansen, „Skandinavisch—sowjetischer Nichtangriffspakt?"* S. 227
- *Tian Olif, „AMSA erzwang Parlamentsbeschluß gegen die Atombombe"* S. 229
- *Prof. Dr. Manfred von Ardenne, „Reiseerlebnisse in fünf Ländern"* S. 231
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 240

Appell an alle

Fällige Revisionen

Die Zeit ist reif für grundlegende Revisionen der Politik. Der Gedanke eines heißen Krieges der Weltmächte ist, weil er in jedem Falle nicht mehr nur Kampf der Soldaten mit herkömmlichen Waffen, sondern nukleare Totalvernichtung wäre, als verbrecherisch und absurd bloßgestellt. Marodeure einer angeblichen Naturrechtslehre, die auch heute noch die Möglichkeit oder Notwendigkeit eines sogenannten gerechten Verteidigungskrieges und den Einsatz der Superbombe bejahen und fordern, handeln unmoralisch und völkerrechtswidrig. Sie, nicht die Kriegsgegner, sind Häretiker im Gewissen. Die Weltöffentlichkeit verwirft sie. Es ist der Punkt erreicht, an dem sich die Westmächte klar werden und entscheiden müssen,

ob sie die 1947 von ihnen begonnene Politik, eine Allianz und Einkreisungsfront gegen die Sowjetunion zu errichten, weiter verfolgen oder sich zur Zusammenarbeit mit dieser entschließen wollen. Der britische Premier hat sich in Moskau und im Unterhaus zum Grundsatz der Gewaltlosigkeit bekannt und für eine militärisch entspannte Zone in Mitteleuropa ausgesprochen. Moskau und Washington suchen den Weg zueinander. Die Preßluft der Realitäten hat die Kampfparolen des roll back und containment auf die Schutthalde der Entwicklung gefegt. Der kalte Krieg als Vorspiel des heißen hat seinen Sinn verloren.

Deutschland in der Wende

Die Wende ist eröffnet. Sie berührt die Bundesrepublik aufs stärkste. Ihre — zudem nicht gleichberechtigte — Zugehörigkeit zur Nato versteinert die deutsche Spaltung ebenso wie die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt. Im Kielwasser fremder Interessen fahrend, gerät sie immer wieder in die weit über Verstimmungen hinausgehenden Spannungsfelder und Interessengegensätze, die zwischen den einzelnen Teilnehmern des westlichen Geleitzugs auftreten und herrschen. So erschien ihre Politik, zwischen Kreuznach und Downing Street pendelnd, auch in der Frage einer europäischen Freihandelszone in einem fatalen Zwielicht der Halbheit und Unglaubwürdigkeit. Die nicht dem Interesse Gesamtdeutschlands und Gesamteuropas, sondern Frankreichs und der Beneluxstaaten dienende fixe Idee Kleineuropas bringt die westdeutsche Politik in Gefahr, zu einem Werkzeug der französischen Hegemonial- und Symbiosenpolitik herabzusinken und in einen dauernden Gegensatz zu England zu gleiten. Die Amerikaner treiben amerikanische, die Engländer britische, die Franzosen französische Politik. Es ist notwendig, daß die Deutschen sich darauf besinnen, deutsche Politik zu treiben. Unsere politische und staatliche Geschichte ist die Geschichte von durch die Jahrhunderte gehenden vergeblichen Versuchen, zu einer endgültigen nationalstaatlichen, sei es föderativ, sei es zentralistisch gebauten Einheit zu gelangen. Ein Blick in den Geschichtsatlas bestätigt die trübe Tatsache in einer erschreckenden Weise. Soll aus Mangel an geschichtlichem Bewußtsein, politischer Spann- und Tatkraft und nationalem Verantwortungsgefühl die Reihe der Fehlschläge um einen weiteren vermehrt werden? Die Fortführung der bisherigen Auslands- und Deutschlandpolitik würde erneut jede Möglichkeit und Aussicht einer bedeutenden geschichtlichen Rolle der Deutschen in der Zukunft vernichten. Die Fortdauer ihrer Trennung würde zur totalen und endgültigen Integration der DDR in das Sowjetsystem führen. Gelingt es nicht, den tiefen Gegensatz zwischen der BRD und DDR in einer innerdeutschen Koexistenz, einer sorgfältig abgestimmten staatenbündischen Zusammenarbeit, wennschon nicht aufzulösen, so doch wesentlich zu dämpfen oder zu neutralisieren, so wird Deutschland an der Gegensätzlichkeit seiner gesellschaftlichen und politischen Systeme zerbrechen. Es gibt keine Alternative; es sei denn, daß Bonn und der Westen den atomaren Weltkrieg wollten. Darum gilt es, dem Unheil in den Arm zu fallen und jetzt und hier zu handeln. Alle Anzeichen deuten darauf, daß das eben angebrochene Jahr ein Jahr der Prüfungen und der entscheidungsvollen Konfrontation der Weltblöcke sein wird. Es geht um die Menschheit, es geht auch um Deutschland. Niemand hat das Recht, zu verzweifeln, zu resignieren, die Hände in den Schoß zu legen und fatalistisch oder gleichgültig abzuwarten, ob menschliche Vernunft und Verantwortung diesen ihren größten Prozeß auf dem Prüfstand der Geschichte überstehen, bestehen und gewinnen.

Appell an die Weltöffentlichkeit

Von der Sorge um die Zukunft erfüllt und getrieben, appellieren wir an die Weltöffentlichkeit, an die Kirchen und Welt, an die Weltmächte, an die Deutschen und ihre Regierungen und Parteien.

Die Kräfte der Öffentlichkeit mögen wachsam sein und den Trägern der Macht den Mut und die Autorität zu einem kriegerischen Zusammenprall nehmen. Sie mögen nicht ablassen, für Abrüstung einzutreten, die Ächtung der Atom- und Nuklearwaffen unter wirksamer internationaler Überwachung zu fordern und sich dafür einzusetzen, daß die Früchte der wissenschaftlichen Forschung und der technischen Arbeit dem Frieden, dem zivilisatorischen Fortschritt und der Wohlfahrt der Menschen gewidmet werden, statt sie zur Herstellung und Aufhäufung sinnlos gewordener Zerstörungsmittel zu verschwenden. Die europäische Öffentlichkeit möge in dieser Gegenwart eines ideologischen Dualismus nicht vergessen, daß ein großes Erbe gesamteuropäischen Bewußtseins und gesamteuropäischer Solidarität der Wiedererweckung harrt, die nicht durch teileuropäische, separatistische Zusammenschlüsse verbaut werden darf. Sie muß darauf bestehen, daß dieses einst so hochvermögende Gesamteuropa zu einem Großraum der friedlichen Zusammenarbeit aller seiner Staaten gemacht und vor der Katastrophe bewahrt wird, Schauplatz der Lebensvernichtung zu werden. Jede teileuropäische Konstruktion ist Preisgabe Gesamteuropas.

An die Kirchen

Die Kirchen rufen wir auf, sich im Bewußtsein ihrer übernationalen, universalen Verantwortung, ihrer sittlich-humanitären Aufgabe und ihres metaphysischen Auftrags auf die Seite der Verständigung, des Ausgleichs und des Friedens zu stellen und die Erzeugung, Lagerung und Verwendung von Massenvernichtungsmitteln zu verwerfen. Sie mögen unchristliche Zumutungen, einseitig Partei zu nehmen, zurückweisen, es ablehnen, sich in die unheilige Nähe des Rüstungs- und Waffengeschäfts ziehen oder für die Zwecke des kalten Krieges mißbrauchen zu lassen, und vor allem nicht den Soldaten die ungeheuerliche Gewissensnot auferlegen, die Superbombe als berufliche „Bürde in Würde" zu bejahen. Sie mögen es ohne Zögern und unermüdlich, ohne Winkelzüge und innere Vorbehalte, klar und unmißverständlich tun, wenn anders nicht die Glaubwürdigkeit ihrer Lehrverkündigung eine schmerzliche Einbuße erleiden soll. Sie müssen dazu beitragen, den Beweis zu ermöglichen, daß die Menschheit nicht zum Untergang verurteilt, sondern zum Leben bestimmt, daß sie dem Guten geweiht und nicht dem Bösen verschrieben ist.

An die Regierungen und Parlamente der Mächte

Die Regierungen und Parlamente der Mächte beschwören wir, Augen und Ohren nicht vor dem Friedensverlangen der Völker zu verschließen. Verständigt euch. Sperrt euch nicht gegen Konferenzen auf hoher und höchster Ebene. Bereitet sie vor, ihre Zeit ist gekommen. Befreit die Menschen von Kriegsfurcht und Lebensangst, beendet die unwürdige Szene der gegenseitigen, euch selbst herabsetzenden Beschuldigungen, Verdächtigungen, Beschimpfungen und Einschüchterungsversuche. Stellt den kalten Krieg ein, damit er nicht in den heißen übergeht, der alle verschlingt. Schafft den die internationalen Beziehungen vergiftenden Zankapfel der deutschen Frage aus der Welt. Verdammt nicht das deutsche Volk dazu, als Paria ewig ohne Friedensvertrag in Friedlosigkeit zu leben. Setzt euch nicht dem Verdacht aus, die Wiedervereinigung nicht zu wollen. Laßt ab von der verderblichen Meinung, in der Teilung Deutschlands die wirksamste Garantie gegen die Wiederholung einer deutschen Aggression sehen zu können. Verzichtet auf die längst durchschaute List, die Wiedervereinigung durch die Stellung unzumutbarer und daher unrealistischer Forderungen und Bedingungen zu hintertreiben. Hört auf, euch gegenseitig die Bälle der Vorwände zuzuspielen. Vereinigt euch in einer ernsthaften Bemühung um eine Lösung des schweren

Problems. Gebt dem deutschen Volk die Möglichkeit, in korrekter oder freundschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Mitgliedern der Völkerfamilie ein Leben des menschlichen Fortschritts zu führen. Steht ab von dem wahnwitzigen Beginnen, die Deutschen gegeneinander zu bewaffnen, an der bis zum Platzen gespannten Naht eurer beiderseitigen okkupatorischen Gegenwart Waffen anzuhäufen und Deutschland zu zwingen, zerstückelten Leibes im Dienste eures Machtkampfes zu stehen. Wie lange wollt ihr noch und nur Okkupanten sein, wie lange noch, vierzehn Jahre nach Kriegsende, euere Truppen und Waffen, euere Raketen und Atombomben auf deutschem Territorium stehen lassen? Rückt militärisch auseinander! Schafft an Stelle dieses unheilvollen Brandherdes in Mitteleuropa unter der Garantie der Uno einen befriedeten Bereich, ein weites Schutzgebiet der Abrüstung, eine breite Zone militärischer und politischer Entspannung. Vorschläge sind gemacht. Legt sie nicht zu den Akten, prüft sie. Ihr könnt, wenn ihr nur wollt. Legt so den Grundstein zu einem europäischen Sicherheitssystem. Tut es, um des Himmels willen, tut es!

An die Deutschen selbst

Im Angesicht des Mißerfolges und der Ausweglosigkeit der Politik der militärischen Stärke ergeht der Appell an die Deutschen selbst, ihre Regierungen, Parlamente, Parteien und ihre Öffentlichkeit. Seht die unmittelbare Gefahr, in der ihr und eure Zukunft bei längerer Fortdauer des bisherigen Zustandes schwebt. Erkennt, daß es einflußreiche Kräfte gibt, die an der Aufrechterhaltung oder Verschärfung der Spannung zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion ein Interesse haben und die Bundesrepublik als Trumpfkarte im eigenen Spiel halten wollen. Wendet euch dagegen, daß durch die abseitige Achse Bonn—Paris die Bundesrepublik als Werkzeug der französischen Politik isoliert, der Friedensschluß mit dem Osten in weite Ferne gerückt, die Einrichtung einer militärischen Entspannungszone (disengagement) in Mitteleuropa verhindert und die deutsche Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit verbaut wird. Seid nicht politisch so gleichgültig, ermattet oder gar separatistisch, getrennt in der hohlen Hand der beiderseitigen Mächte leben zu wollen. Fühlt euch nicht nur als Objekte ihrer Rivalität. Haltet euch vor Augen, daß der Preis des Friedens und der Wiedervereinigung mit der Dauer der Friedensvertragslosigkeit steigt. Der neue sowjetische Vorschlag für einen Friedensvertrag und sein Vergleich mit den sowjetischen Vorschlägen vom 10. März 1952 und 15. August 1953 sowie mit den sowjetischen Vorschlägen vom 1. und 4. Februar 1954 auf der Berliner Konferenz beweisen es. Vergeßt nicht, daß vom Osten bessere Bedingungen angeboten waren, als die Bundesrepublik noch die Freiheit ihres Entschlusses in die Waagschale zu werfen hatte, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Blockbündnissen fernzubleiben. Die Politik der militärischen Stärke und der atomaren Aufrüstung sowie die Beteiligung an Nato, Weu und den von Gesamteuropa wegführenden teileuropäischen Konstruktionen sind an der ständigen Verschlechterung der Bedingungen und Aussichten für die Lösung der deutschen Frage schuld. Wer dürfte sich darüber verwundern und erbosen, daß Aufrüstung und politische Restauration und Reaktion die andere Seite, die zweimal schlimmste Erfahrungen mit dem Aufrüster gemacht hat, veranlassen müssen, ihre Gegenmaßnahmen, Vorkehrungen und Sicherungen gegen eine dritte Wiederholung zu treffen und ihre Bedingungen zu verhärten? Moskau hatte wiederholt in der bestimmtesten Weise angekündigt, nicht mehr über die Wiedervereinigung zu verhandeln, wenn Westdeutschland dem atlantischen Militärbündnis beitrete. Die Drohung wurde wahrgemacht. Nun stehen die Probleme und die Vorbereitung ihrer Lösung zur Verfügung der Deutschen selbst. Jetzt,

da es um eine Frage auf Leben und Tod der Nation geht, haben Regierung und Parteien nicht das Recht, in der Dunkelkammer der Geheimkrämerei und des verschworenen Schweigens die politischen Stellungnahmen auszuhandeln, den Belagerungszustand über die Meinungsbildung der Öffentlichkeit zu verhängen und sie der Möglichkeit wohlmeinender, wenn auch kritischer Beurteilungen zu berauben. Eine solche Entmündigung ist eines großen Volkes unwürdig, sie ist undemokratisch.

Jagt nicht Trugbildern nach, die in der wirklichen internationalen Lage keine Stütze finden. Hofft nicht auf ein Wunder. Frieden und Wiedervereinigung fallen euch nicht als Geschenk des Himmels in den Schoß, sondern werden euch nur als Frucht eigener Anstrengungen zuteil. Setzt euch dagegen zur Wehr, daß der neue Friedensvorschlag wiederum wie jener vom 10. März 1952 schroff oder unter Ausflüchten zurückgewiesen oder einfach unbeachtet gelassen wird. Fordert unüberhörbar und unaufhörlich, daß der Vorschlag zur Eröffnung von Verhandlungen benützt wird. Oder wollt ihr, im vierzehnten Jahre nach dem Kriege, daß wiederum sieben Jahre bis zu einem weiteren Angebot, dem dritten, verstreichen, daß euch ein vergeblicher Rundlauf im siebenjährigen Turnus zugemutet wird? Macht ihr euch klar, was kommt, wenn unbelehrbarer Starrsinn und harte Unversöhnlichkeit auch diese, wahrscheinlich letzte Gelegenheit zunichte machen, die deutsche Zukunft zu retten? Oder wollt ihr lieber in vermeintlicher „Ruhe und Besonnenheit ein hartes und eindeutiges Nein" (Adenauer) sprechen, also eine Politik fortsetzen, die in Unheil enden wird, statt daß ihr in den von Moskau angebotenen Meinungsaustausch vor Einberufung einer Friedenskonferenz eintretet?

Die Wiedervereinigung ist infolge der erheblichen Verschiedenartigkeit der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der BRD und der DDR nicht mehr in einem einzigen mechanischen Arbeitsgang denkbar. Wer einen solchen Weg fordert und zur Bedingung macht, will in Wahrheit die Wiedervereinigung nicht. Sie kann nur das Werk längerer Vorbereitungen und Übergänge sein. Durchbrecht die Schallmauer eurer ideologischen Gegensätze, überschreitet den Teufelskreis eures Zerwürfnisses, legt die Zäune, Schlagbäume und Wachtürme eures Haders nieder. Macht einen Anfang der Versöhnung, indem ihr unvoreingenommen, behutsam und sorgfältig prüft, auf welchen Gebieten, wo euch nichts trennt, eine Zusammenarbeit möglich und zweckmäßig ist, gleichviel, ob ihr sie dann in die Form einer Konföderation gießt oder ihr einen anderen Rahmen und Namen gebt. Überlegt, welch' heilsamen Einfluß eine solche Haltung und Initiative auf die Politik der Mächte in den Fragen der Entlassung Deutschlands aus den beiden Paktsystemen, der Schaffung einer entspannten Zone, der gesamteuropäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung ausüben würden. Es wäre eine Großtat der Friedensliebe und Friedensstiftung, hervorgegangen aus eigener politischer Einsicht und Klugheit und eigenem mutigem Entschluß der Deutschen. Es gibt keinen anderen Weg zu Frieden und Wiedervereinigung. Beschreitet ihr ihn nicht, dann habt ihr Anlaß, die Zukunft und ihr Urteil zu fürchten. Bedenkt es, handelt!

Der Vorstand des Deutschen Klubs 1954
i. A. Karl Graf von Westphalen

Prof. Dr. Wolfgang Friedmann

Betrachtungen zur Berlin-Krise

Wir haben den amerikanischen Völkerrechtler Prof. Friedmann, Columbia-Universität, New York, um seine Meinung zur Deutschland-Frage und zu Berlin gebeten. Prof. Friedmann, Verfasser des Buches „Die alliierte Militärregierung in Deutschland", forderte schon im Januar des Jahres in der New York Times die Westmächte zu einer realistischen Betrachtung der Deutschland-Frage auf. Das westliche Beharren auf freien Wahlen als Voraussetzung für die Wiedervereinigung bezeichnete er schon vor der Korrektur durch Dulles als unpolitisch. Die nachstehenden Ausführungen Friedmanns verdienen gerade jetzt besondere Beachtung.

An anderer Stelle dieses Heftes veröffentlichen wir einen Aufsatz zur Berlin-Frage von Prof. Tunkin, einem der maßgebenden sowjetischen Völkerrechtler. D. Red.

Es gibt verschiedene Arten politischen Mutes. Eine Art ist die Politik des „Nichtnachgebens", die Politik der Festigkeit in Gefahr, das Gegenteil der „appeasement"-Linie, die die Westmächte vor dem letzten Weltkriege nach München führte. Aber es gibt eine zweite Art politischen Mutes, schwieriger, aber nicht minder notwendig: die klare, nüchterne und realistische Einschätzung sowohl der Stärken wie der Schwächen des Gegners und der eigenen Seite. Dies erfordert zunächst Kenntnis und kühlen Verstand, ein richtiges Abschätzen der Kräfte und Tendenzen der Weltpolitik. Aber es erfordert auch Mut, den Mut, sich rechtzeitig und ohne den Druck des letzten Augenblicks von schwierigen oder unhaltbaren Stellungen zurückzuziehen. Auch dies ist oft unpopulär; die Angst vor der Einbuße an Prestige ist oft für den Politiker und Staatsmann nicht weniger schwerwiegend als die Furcht vor dem modernen Massenkrieg.

Mir scheint, daß vielleicht der Westen in seiner Reaktion zur Berlin- und Deutschlandkrise zu sehr geneigt ist, die letztgenannte Art des politischen Mutes zugunsten der erstgenannten zu vernachlässigen. Dies ist um so bedenklicher, als das Denken und Handeln der vier unmittelbar betroffenen Westmächte in Einklang gebracht werden muß gegenüber dem monolithischen Handeln der Sowjetunion (und ihrer Satelliten). Ein hastiges Einlenken im letzten Augenblick, um etwa die Einheit wiederherzustellen, oder weil irgendwo die Moral nicht hält, ist weit gefährlicher und schädlicher als ein begrenztes und rechtzeitiges Einlenken, das auf eine realistische Einsicht der politischen Machtverhältnisse gegründet ist und nicht unter dem Zeichen der Panik steht.

Dem Versuch einer Analyse der verschiedenen Faktoren, die sich in der gegenwärtigen Chrustschow-Krise über Berlin vermischen, sollen einige grundsätzliche Betrachtungen vorausgeschickt werden.

Es wird wohl heute von niemandem ernsthaft bestritten, daß ein Krieg zwischen Großmächten, die auf beiden Seiten über Waffen totaler Vernichtung verfügen, selbst den in früheren Kriegen verfolgten Zweck, dem Sieger einen entscheidenden strategischen, politischen, wirtschaftlichen oder anderen Vorteil zu verschaffen, nicht mehr erfüllen kann. Daraus haben viele Politiker und auch führende militärische Experten den Schluß gezogen, daß ein solcher Krieg praktisch ausgeschlossen ist. Das ist leider ein tragischer Fehlschluß. Zweifellos werden heute die verantwortlichen Führer der Großmächte doppelt oder dreifach zögern, einen solchen Krieg zu riskieren; aber die Mittel und Methoden der Politik, aus denen sich Kriege ergeben, haben sich bisher nicht wesentlich geändert. Wir haben noch keine Weltautorität, keine Substitutionen friedlicher, etwa schiedsgerichtlicher Lösungen für die Anwendung nationaler oder alliierter Macht; das ist aber ein Symbol dafür, daß sich die Grundsätze der Macht-

politik bisher nicht geändert haben. Die Gefahr eines Vernichtungskrieges ergibt sich heute wahrscheinlich weniger aus direkten militärischen Angriffshandlungen als aus dem Entstehen von Situationen, in denen keine der beiden Seiten eine Möglichkeit sieht, sich aus der Klemme zu ziehen.

Es wird heutzutage viel von „limited wars" gesprochen, und diese sind wohl möglich in vielen der Konfliktsgebiete, im Mittelosten oder in Asien. Es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß ein Krieg, der in Mitteleuropa, wenn auch zunächst mit ganz beschränkten militärischen Einsätzen, startet, und in dem sich von Anfang an die beiden Hauptmächte der Welt als Gegner gegenüberstehen, auch nur auf kurze Zeit ein „limited war" bleiben kann. Das haben auch jetzt Präsident Eisenhower und der amerikanische Verteidigungsminister, Mr. McElroy, ausdrücklich bestätigt. Dem ist hinzuzufügen, daß, angesichts der enormen Überlegenheit der Sowjetlandstreitkräfte auf dem europäischen Kontinent, die Entscheidung darüber, einen Atombombenkrieg, wenn auch im Wege der Verteidigung, zu beginnen, beim Westen, und das heißt vor allem bei Präsident Eisenhower liegen wird. Das westliche Dilemma wird weiter dadurch verschärft, daß direkte militärische Angriffshandlungen seitens der Sowjetunion oder Ostdeutschlands unwahrscheinlich sind und damit die militärische Initiative dem Westen zugeschoben wird.

Drittens — und das ist vielleicht die bitterste Einsicht — muß sich der Westen darüber klar sein, daß er, auf lange Sicht, in der Defensive ist, militärisch wie auch politisch. Die Aufgabe ist, die entscheidenden geographischen, politischen und ideologischen Positionen der westlichen Kultur und Institutionen zu erhalten; es scheint dabei schlechterdings ausgeschlossen, daß, auf Jahre gesehen, die vielen exponierten Positionen — in Hongkong, Quemoy, Vietnam, Iran, oder vielleicht auch Berlin — gehalten werden können. Denn auf der anderen Seite haben wir zwei Großmächte, die, nach Jahrhunderten von Rückständigkeit, Korruption und primitiver Organisation, nun in einem Stadium gewaltiger technischer, industrieller, politischer und militärischer Entwicklung sind. Die heutigen Positionen des Westens beruhen noch zu einem erheblichen Teile auf der Vergangenheit, sie sind Überreste einer Periode militärischer und technischer Überlegenheit, als Rußland ungleich schwächer war als heute und China als politische internationale Macht einfach nicht existierte. Die Illusionen, mit denen man sich im Westen dieser harten Erkenntnis hat entziehen wollen, sind eine nach der anderen aufgeflogen: daß die Freiheit letzten Endes immer siegt (wo ist dafür der Beweis in der Geschichte?); daß sozialistische Systeme mit der „freien Wirtschaft" technisch nie konkurrieren können; daß früher oder später die unterdrückten Massen revoltieren. Keine menschliche Institution ist unsterblich, aber es wäre frevelhaft, sich auf irgendeine dieser Annahmen als einer Direktive praktischer Politik zu stützen.

Letztlich bin ich der Überzeugung, daß die Spaltung der Welt in verschiedene, weitgehend antagonistische, internationale politische und ideologische Systeme heute eine viel definitivere Realität ist als etwa zur Zeit der Berliner Blockade von 1948. Wir haben heute keine ernsthafte Aussicht auf eine universale Weltordnung, wie sie im begrenzten Umfang der Völkerbund und auch die Vereinten Nationen ursprünglich erstrebten. Bestenfalls können wir hoffen, daß ein relatives Gleichgewicht zwischen den sich nicht nur militärisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich gegenüberstehenden Gruppen erhalten wird und daß sich zwischen diesen Systemen gewisse Prinzipien friedlicher Koexistenz entwickeln. Abgesehen von diplomatischen Beziehungen und begrenztem Handel ist eine weitergehende Zusammenarbeit in Fragen internationaler technischer Organisation möglich, sobald die gemeinsamen Interessen die Konflikte überwiegen: etwa

auf dem Gebiet internationaler sanitärer Maßnahmen, des Luftverkehrs, der Meteorologie, der Erhaltung von Seefischbeständen und dergleichen. Aber eine politische Integration zwischen diesen Systemen ist zunehmend unwahrscheinlich, es sei denn als Ergebnis gewaltiger Kriege oder Revolutionen; und niemand kann voraussagen, wie die Welt nach solchen Ereignissen aussehen würde.

Ich glaube, daß diese Betrachtungen bei einer Beurteilung der Berlinkrise nicht außer acht gelassen werden dürfen. Es geht hier nicht einfach um die Wahl zwischen Festigkeit und Nachgeben, sondern um die Frage, wo die Grenze zu ziehen ist, nicht nur im Hinblick auf die Gefahr des Augenblicks, sondern im Hinblick auf viele kommende Jahre.

Bei der Beurteilung der Berlinkrise werden meist drei verschiedene Aspekte in den bisherigen offiziellen oder halboffiziellen Stellungnahmen vermischt, die m. E. auseinander zu halten sind:

Erstens, der Schutz des freien West-Berlin.

Zweitens, der politische Status Ostdeutschlands, d. h. der kommunistischen Deutschen Demokratischen Republik.

Drittens, die Möglichkeit einer relativen militärischen Entspannung durch einen der verschiedenen Vorschläge über „disengagement" in Mitteleuropa.

Zu der ersten Frage teile ich die fast einmütige Ansicht im Westen, daß ein Rückzug, der West-Berlin der Gefahr der Absorbierung durch das kommunistische Regime aussetzt, nicht in Betracht kommt. Die Isolierung Berlins, durch den Zusammenbruch der Zusammenarbeit der vier alliierten Siegermächte kurz nach dem Kriege, ist eine Tragödie, und der Versuch, gegenüber einem erstarkenden Rußland diese exponierte Position zu halten, wird zunehmend schwieriger und gefährlicher werden. Aber es gibt heute noch keine Alternative für den Westen; über zwei Millionen Berliner haben ihr Leben und ihre Stadt auf der Garantie ihrer Freiheit aufgebaut. Sie haben vor kurzem fast einmütig ihren Willen bestätigt, selbst unter größter Gefahr ihre Freiheit zu behalten. Überdies ist West-Berlin heute der einzige Zufluchtspunkt für Hunderttausende, die aus dem kommunistischen Ostdeutschland fliehen wollen. Aus diesem Grunde ist es möglich, daß Chrustschow, unter dem Druck des Pankowregimes, die Absorbierung von West-Berlin als die wichtigste seiner Forderungen ansieht. In diesem Falle ist die Zukunft düster. Ich glaube allerdings, daß der Schutz West-Berlins nicht notwendigerweise ein unbedingtes Festhalten an der gegenwärtigen Form der Kontrolle bedeutet. Die alliierten Kräfte in West-Berlin haben keine Aussicht, die Stadt gegen die gewaltige Übermacht der kommunistischen Kräfte zu verteidigen. Sie sind in Berlin als eine Garantie dafür, daß ein Angriff auf West-Berlin als ein Angriff gegen die Nato-Allianz anzusehen ist und daher Weltkrieg bedeutet. Dasselbe könnte vielleicht erreicht werden durch die Stationierung einer UN-Truppe, etwa nach der Art der UNEF, wie sie im Gaza-Streifen funktionierte, oder durch die Kombination alliierter Kontingente mit einem kleinen Kontrollkontingent der UN. Es ist allerdings zweifelhaft, ob eine solche zweite Streitkraft geschaffen werden kann, und es müßte weiterhin klargestellt werden, erstens, daß die UN-Streitkräfte für ganz Berlin — nicht nur für West-Berlin — zuständig sind, und zweitens, daß ein Eingriff in die Funktionen dieser UN-Kontingente eine Angriffshandlung bedeuten würde, die automatisch Gegenmaßnahmen, gestützt auf Artikel 51 der UN-Charta, seitens der Nato-Mächte nach sich ziehen würde. Zumindest sollte das vage Angebot von Chrustschow einer „United Nations supervision" ernsthaft geprüft werden. Wenn es ein Bluff ist, so würde dies die westliche Position nur stärken.

Ich glaube allerdings, daß Sowjetrußland vor allem an der Konsolidation des Ostdeutschen Staates und seines Satellitenregimes gelegen ist. Die bisher

vorherrschende offizielle Meinung der Westmächte — in Washington, Paris und Bonn, weniger in London — ist, daß die Zustimmung zu einer solchen Konsolidierung für den Westen nicht in Frage kommt. Hier liegt meine Hauptkritik. Wenn es richtig ist, daß die Spaltung der Welt, und damit Europas, heute eine politische Tatsache ist, auf der die Politik für die absehbare Zukunft aufgebaut werden muß, dann scheint mir ein weiteres Festhalten an der Fiktion, daß es nur ein geeintes Deutschland gibt, oder vielmehr, daß es zwar ein Westdeutschland, aber kein Ostdeutschland gibt, ebenso ungerechtfertigt wie gefährlich. Es ist doch nicht zu leugnen, daß nicht nur die Politik Rußlands, sondern auch die Politik des Westens seit Jahren auf die Tatsache einer solchen Spaltung gegründet ist. Es ist zu spät, sich heute über die Gründe und die Verantwortlichkeit für diese Spaltung zu streiten, die tief in den politischen und sozialen Entwicklungen unserer Zeit wurzelt. Seit Jahren ist die Bundesrepublik ein mächtiger und geachteter Staat, der internationale Anerkennung fordert und auch erhält. Die große Vision Adenauers — heute weitgehend verwirklicht — ist die Integration der Bundesrepublik mit dem westlich-lateinischen Europa, und, durch Nato und andere Bindungen, mit den demokratischen Nationen der westlichen Welt. Natürlich wäre es wünschenswert, diese neuen Bindungen auf Gesamtdeutschland zu erstrecken. Aber glaubt denn irgend jemand ernsthaft, daß dies möglich ist auf Grund der Forderung allgemeiner Wahlen für Deutschland, mit Freiheit für das neue, vermutlich antikommunistische Deutschland, in Nato zu bleiben? Würde irgend eine Großmacht, in der Lage von Rußland, die Nazi-Invasion noch frisch in Erinnerung, eine solche Position freiwillig akzeptieren? Wenn eine solche Ansicht heute noch ernsthaft in Bonn vertreten wird, so wird sie wohl in keiner der anderen westlichen Hauptstädte geteilt. Wenn wir nun die nächste Frage stellen, nämlich die Wahl zwischen einer Wiedervereinigung Deutschlands unter für Rußland akzeptierbaren Bedingungen, das heißt, unter Auflösung oder zum mindesten Lockerung der jetzigen Orientierung der Bundesrepublik, oder einem Festhalten an den westeuropäischen und nordatlantischen Bindungen, so ist die Antwort wohl ebenso klar. Natürlich ist die sich erhärtende Teilung Deutschlands eine Tragödie. Aber, wie der Berliner Aufstand von 1953 und die ungarische Revolution von 1956 gezeigt haben, sind Worte und Gefühle kein Substitut für Handlungen. Seit Jahren hat man, in der Bundesrepublik und auch in den anderen Westmächten, die Beantwortung dieser Frage verdrängt. Man hat es nicht zugeben wollen, daß eine Wiedervereinigung unter Bedingungen, die für beide Seiten akzeptierbar sind, nicht zu erwarten ist. Der Ruf nach Wiedervereinigung ist mehr und mehr zu einer Art Wunschtraum geworden, der die harte Frage der Wahl zwischen den Alternativen zurückgeschoben hat. Das ist nun wohl nicht länger möglich. Hat die Nichtanerkennung des ostdeutschen Staates — eine ganz verschiedene Frage von dem Festhalten an West-Berlin — einen einzigen Deutschen befreit? Hat sie die Wiedervereinigung Deutschlands einen Schritt näher gebracht? Bis vor kurzem war die Politik der Sowjetunion darauf gerichtet, Westdeutschland, unter Androhung verschiedener Gefahren, aus der Westorientierung — West-Europa und Nato — herauszulösen. Das scheint Chrustschow, nach seiner letzten Note zu schließen, nun aufgegeben zu haben. Er hat sich damit abgefunden, daß Westdeutschland im westlichen Nexus verbleibt. Das scheint mir ein erheblicher Fortschritt. Daß er, andererseits, Ostdeutschland nicht verlieren will, ist verständlich. Und es ist ja auch nicht einmal so, daß die beiden deutschen Staaten in keinerlei Beziehungen zueinander stehen. Sie sind in täglichem Kontakt durch Konsulate, Handelsabkommen, Ausstellungen und einen erheblichen zivilistischen Verkehr. Die Politik der formellen Nichtanerkennung scheint mir Teil einer höchst bedenklichen, vor allem in Wa-

shington verfolgten Entwicklung der Nachkriegsdiplomatie zu sein. Die völkerrechtliche Anerkennung ist traditionell eine formelle Bestätigung rechtlicher Tatsachen: die Konsolidierung eines Staates oder einer Regierung, die effektiv ein Land und eine Bevölkerung kontrolliert. Historische Versuche, die Anerkennung zu einem Instrument politischer Approbation zu machen, sind letzten Endes immer gescheitert: etwa im Falle der Sowjetunion, früher bei den lateinamerikanischen Revolutionen und jetzt im Falle Rotchinas, das trotz Nichtanerkennung weitergedeiht und heute in der Lage ist, nicht einmal mehr Konzessionen für eine Anerkennung machen zu brauchen. Ich glaube andererseits nicht an die Möglichkeit einer Konföderation zwischen West- und Ostdeutschland. Dazu sind die politischen, sozialen und kulturellen Unterschiede viel zu stark. Aber eine gewisse Belebung der Beziehungen, die die gegenseitige Isolierung zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen wenigstens vermindert, dürfte durch eine Aufnahme offizieller Beziehungen höchstens gefördert werden. Wenn es die Absicht des Westens wäre, Ostdeutschland mit Gewalt von dem kommunistischen Regime zu befreien, so wäre die jetzige Haltung verständlich. Tatsächlich aber ist die ganze Politik des Westens — einschließlich Bonns — darauf gerichtet, die jetzige Position zu halten und die westliche Koalition, insbesondere Westeuropa, zu stärken und zu entwickeln. Ich fürchte, die Nichtanerkennung Ostdeutschlands wird wie im Falle Rotchinas letzten Endes nur dazu führen, daß Ostdeutschland nach und nach eine internationale Position ohne den Westen erhält. Selbst das Argument, im Gegensatz zu solchen Staaten wie Ungarn oder der Tschechoslowakei, die ja nicht minder kommunistisch sind und mit denen die westlichen Mächte (nicht die Bundesrepublik) diplomatische Beziehungen unterhalten, sei Ostdeutschland eine neue Bildung, ist nicht stichhaltig. Denn dasselbe gilt ja von der Bundesrepublik, die auch früher nicht als Staat bestand.

Ich glaube also, im ganzen, daß in dieser Frage die Westmächte sich in eine Enggasse begeben haben. Ein Ausweg könnte allmählich gefunden werden, ohne direkt zu einer vollen Anerkennung von Ostdeutschland zu schreiten, etwa auf dem Wege einer „de facto recognition". Ist denn wirklich etwas damit gewonnen, Ostdeutschland als „Agenten" der Sowjetunion anzuerkennen, aber nicht als Staat? Internationale Verpflichtungen, den Weg nach Berlin frei zu halten, könnten und müßten sowohl von Pankow wie von Moskau übernommen werden, ebenso wie auf der anderen Seite die Bundesrepublik sowohl wie die westlichen Alliierten dieses garantieren müßten. Eine solche Entwicklung würde in keiner Weise den Status von Berlin beeinträchtigen, das als eine dritte Einheit anzusehen ist, eine Art Symbol für ein in der Zukunft wiedervereintes Deutschland.

Es muß genügen, kurz die dritte Frage, das „disengagement", zu berühren. Sie ist insofern mit den anderen verbunden, als wohl die einzige Möglichkeit, die ostdeutsche Frage zum mindesten hinauszuschieben, eine Konzession in Richtung eines begrenzten „disengagements" ist. Mit Recht oder Unrecht befürchtet die Sowjetunion die Stationierung der „intermediate-missile"-Raketen auf westdeutschem Gebiet. Es sind überdies viele westliche Militärexperten der Ansicht, diese Form der Raketen stelle erstens eine Zwischenentwicklung dar, die in einigen Jahren strategisch überholt sein wird, zweitens komme sie in Anbetracht der russischen Fortschritte auf diesem Gebiet als Verteidigungswaffe kaum in Betracht, da die Basen bei einem Angriff von Rußland untauglich gemacht werden würden, bevor sie aktiviert werden könnten.

Es ist heute keine Rede mehr von einer Neutralisierung oder dem Ausscheiden der Bundesrepublik aus der Nato. Der revidierte Rapackiplan zielt nur auf eine Beschränkung der Ausrüstung mit Atomwaffen der beiderseitigen deutschen Streitkräfte, wie auch von Polen und der Tschechoslowakei. Im Wege der Ver-

handlungen wäre es wahrscheinlich möglich, ein derartiges Abkommen auf strategische Atomwaffen zu beschränken. Ob dies zu einer wesentlichen Entspannung führen würde, ist natürlich fraglich. Aber es ist schwer einzusehen, warum ein solches Abkommen politisch das jetzige Gleichgewicht erschüttern sollte.

Ich möchte meine — rein persönliche — Stellungnahme kurz dahin zusammenfassen: eine vorausschauende und realistische westliche Politik muß heute die Teilung der Welt und Europas als eine politische Tatsache akzeptieren, die nur durch Revolution oder durch einen Krieg von unvorstellbaren Ausmaßen und Folgen geändert werden könnte. Die Aufgabe ist, die entscheidenden Positionen zu halten. Der Schutz West-Berlins ist eine solche Position. Das Festhalten an der Fiktion, daß ein Ostdeutschland nicht existiert, ist es nicht. Und ein absolutes Nein zu allen drei hier angeschnittenen Fragen bedeutet fast mit Sicherheit Weltkrieg, wenn nicht heute, so in kurzer Zeit.

Konni Zilliacus, M.P.

Berlin, Deutschland und Europa

Um das gegenwärtige Stadium in der Entwicklung des Berliner Problems und des Problems der Wiedervereinigung Deutschlands, soweit sie Großbritannien angehen, zu verstehen, muß man sie gegen den historischen Hintergrund und im internationalen Zusammenhang betrachten. Das soll im analytischen Teil dieses Artikels versucht werden. Durch die im letzten Teil dieses Beitrags enthaltenen Vorschläge soll aufgezeigt werden, wie die von der Labour Party formulierte Haltung zur deutschen Frage und zur Frage eines europäischen Ausgleichs realistisch angewandt werden kann.

Seit der russischen Revolution war die britische Deutschland-Politik stets funktionell der britischen Politik gegenüber dem revolutionären Rußland untergeordnet. Sieht man von den beiden kurzlebigen Regierungen der Labour Party zwischen den Weltkriegen ab, so rechnete die britische Politik stets mit Sowjetrußland als dem potentiellen Gegner und mit dem Kommunismus als einer militärischen Bedrohung, der mit Waffengewalt begegnet werden müsse, und zielte darauf, die „Kräfte der Ruhe und Ordnung" in Deutschland für diesen Zweck auf die Seite des Westens einzureihen. In dieser Hinsicht stellte die dritte Labour-Regierung, die nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet wurde, keine Ausnahme dar. Diese Politik nahm vielerlei Gestalt an und wurde während des Zweiten Weltkrieges, nachdem Hitler durch seinen Überfall die Sowjetunion zu unserem Alliierten gemacht hatte, außer Kraft gesetzt, aber nicht aufgegeben. Sie ist jedoch in ihren grundsätzlichen Prämissen und in ihren langfristigen Zielen außerordentlich konsequent.

Der erste von dieser Politik bestimmte Schritt wurde mit dem Waffenstillstandsabkommen von 1918 unternommen, das die deutschen Truppen zur sofortigen Räumung Belgiens und Frankreichs verpflichtete, während den in Rußland stehenden Tuppen vorgeschrieben wurde, als „Bollwerk gegen den Bolschewismus" dort zu verbleiben. Aus denselben Beweggründen unterstützten die Alli-

ierten bald danach die reaktionären Elemente der deutschen Armee, insbesondere von der Goltz und seine Baltikumer, die später zu einem bedeutsamen Kristallisationspunkt der Reaktion und des Militarismus in der Weimarer Republik wurden.

Darauf folgte logischerweise der nächste Schritt. In seinem Memorandum an die zur Friedenskonferenz versammelten Großen Vier im März 1919 erklärte Lloyd George, der „bolschewistische Imperialismus . . . bedroht nicht nur die Staaten an den Grenzen Rußlands. Er bedroht das ganze Asien, und er ist Amerika genau so nahe wie Frankreich."

Die Friedenskonferenz solle entscheiden, was mit Rußland zu geschehen habe, und sie solle versuchen, Deutschland durch einen Friedensvertrag, der das deutsche Volk nicht in Verzweiflung stürzen würde, auf die Seite des Westens zu bringen, da die deutsche Bevölkerung sich sonst den Spartakisten zuwenden würde. Sollte das letztere eintreten, so würde sich Deutschland mit dem bolschewistischen Rußland verbünden, Osteuropa würde in den Bannkreis der bolschewistischen Revolution geraten, und „binnen eines Jahres könnten wir das Schauspiel erleben, wie nahezu 300 Millionen Menschen durch deutsche Ausbilder und deutsche Generäle in einer riesigen Roten Armee organisiert, mit deutschen Kanonen und deutschen Maschinengewehren ausgerüstet und darauf vorbereitet werden, den Angriff auf Westeuropa zu erneuern."

An einer früheren Stelle des Memorandums hatte Lloyd George darauf verwiesen, daß „ganz Europa durch den Geist der Revolution beherrscht wird. Unter den Arbeitern gibt es ein tiefwurzelndes Gefühl nicht nur der Unzufriedenheit mit den Bedingungen der Vorkriegszeit, sondern des Zorns und der Rebellion."

Das war es, was er in Wahrheit fürchtete. In einer früheren Rede vor dem Obersten Rat der Alliierten hatte er Deutschland als Wellenbrecher zwischen den alliierten Staaten und den dahinter tobenden Wogen der Revolution bezeichnet — solange in Deutschland die Ordnung aufrechterhalten würde. Falls aber das deutsche Volk rebellieren sollte, so „würden die arbeitenden Klassen aller Staaten in ein Stadium der Revolution eintreten, mit dem man unmöglich fertig werden könnte".

Das Memorandum aus dem Jahre 1919 ist in soziologischer Hinsicht interessant, weil es den geistigen Weg von der tatsächlich vorhandenen Angst vor dem, was sich in den Hirnen der Arbeiter in Lloyd Georges Heimatland und in anderen Ländern abspielte, über eine Kette irriger Folgerungen zu der völlig mythischen Vorstellung von der Bedrohung durch einen bewaffneten Angriff der Sowjetunion enthüllt. Von damals bis heute hat diese mythische Vorstellung den Verteidigern der alten Ordnung als stereotype moralische und politische Rechtfertigung gedient.

In seinem Memorandum an die Großen Vier schrieb Lloyd George: „In einem weiteren Jahr kann das von einem neuen Enthusiasmus beflügelte Rußland sich von seiner Begeisterung für den Frieden erholt haben und die einzige Armee unter seiner Kontrolle haben, die darauf brennt, zu kämpfen, weil es die einzige Armee ist, die glaubt, daß sie irgendeinen Anlaß zum Kämpfen hat. Die größte Gefahr, die ich in der gegenwärtigen Situation sehe, ist die, daß Deutschland sich mit dem Bolschewismus verbünden und seine Hilfsquellen, seine geistigen Kapazitäten, seine ungeheuren organisatorischen Kräfte den revolutionären Fanatikern zur Verfügung stellen könnte, die davon träumen, die Welt mit Waffengewalt für den Bolschewismus zu erobern."

Man sieht, der zweite Satz unterstellt, daß bereits geschehen sei, was im ersten Satz als mögliche Entwicklung innerhalb eines Jahres bezeichnet wird. Es war

natürlich vollkommener Unsinn; weder Lenin noch Karl Liebknecht dachten damals oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt daran, „die Welt mit Waffengewalt für den Bolschewismus zu erobern". Woran sie glaubten und was sie taten, das war, an die Arbeiter aller Länder zu appellieren, sich durch das Beispiel der russischen Revolution und ihren Abscheu vor dem Kriege zur Rebellion und zur sozialen Revolution inspirieren zu lassen.

Ein weiterer Punkt in dem Memorandum Lloyd Georges, der eine gewisse Beziehung zur Gegenwart besitzt, war seine Feststellung, die Aufrechterhaltung „einer großen Besatzungsarmee für eine unbeschränkte Zeit kommt nicht in Frage. Deutschland würde zwar nicht dagegen opponieren. Eine große Anzahl Menschen in jenem Land würde sie als die einzige Hoffnung für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Ordnung der Dinge begrüßen".

Der dritte Schritt bei der Realisierung dieser Politik — abgesehen von der „rein menschlich" gewährten Wirtschaftshilfe, die Deutschland und anderen Empfängerländern unter der Bedingung geleistet wurde, daß sie keine Regierungen einsetzten, die als Bedrohung des bestehenden sozialen Systems betrachtet wurden — wird durch eine Aufzeichnung Lord D'Abernons, des damaligen britischen Botschafters in Berlin, erkenntlich. Am 3. November 1920 vermerkte er in seinem Tagebuch, daß die Alliierten bei der Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages zwar auf Vernichtung der schweren Waffen bestehen, jedoch hinsichtlich der leichten Waffen weniger energisch und kategorisch auftreten sollten. „Ich würde mich davor fürchten, den ordnungsliebenden Teil der Bevölkerung zu entwaffnen, während den extremen Sozialisten und den Spartakisten Waffen belassen werden. Was die Einwohnerwehr und die Orgesch anlangt, so ist es schwer, zu entscheiden, ob sie in Zukunft zur Erhaltung der Ordnung oder zum Ausbruch von Unruhen beitragen werden. Ich hege die Ansicht, daß die Gefahr von links die von rechts bei weitem übertrifft, und im Falle einer neuen kommunistischen Welle in Deutschland würden diese Organisationen der Sache der Ordnung kräftige Dienste erweisen."

Diese halbmilitärischen Organisationen, zu denen auch der Stahlhelm gehörte und sich im Lauf der Zeit die SA und SS Hitlers gesellten, waren die Keimzellen des deutschen Nationalismus und Militarismus nach 1919 wie auch des Faschismus.

Der nächste Schritt im Einklang mit der oben skizzierten Politik wurde unternommen, als man versuchte, Deutschland durch die Verträge von Locarno in das westliche Lager zu ziehen. Die Verträge wurden von Lord D'Abernon als eine Maßnahme der kollektiven Verteidigung gegen die Gefahr bezeichnet, die sich aus dem Erfolg der russischen Revolution ergeben haben, wie auch gegen die Gefahr, daß Deutschland „zu einer engen Allianz mit dem revolutionären Rußland gezwungen werden könnte". „Der Widerstand gegen die kommunistische Propaganda", so erklärte Lord D'Abernon, „und die Erhaltung der Gesellschaft nach den bestehenden Grundsätzen waren Hauptziele der britischen Politik.."

Dieses bestimmende Motiv führte direkt zur Politik der stillschweigenden Duldung der von Hitler vorgenommenen vertragswidrigen Wiederaufrüstung. Damals forderten die Franzosen und Polen, man solle die Nazis vor den Völkerbundrat zitieren, der gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrags in diesem Fall mit einfacher Mehrheit Sanktionen beschließen konnte. Sie traten für drastische Maßnahmen, einschließlich des Boykotts, der Blockade und der Besetzung Berlins durch polnische Truppen ein, um die Wiederaufrüstung Deutschlands zu verhindern. Aber die Regierung Baldwin verhielt sich ablehnend. Ihre Beweggründe wurden am 28. November 1934 durch Lloyd George

im Unterhaus folgendermaßen charakterisiert: „Binnen sehr kurzer Frist, vielleicht in ein oder zwei Jahren, werden die konservativen Elemente in diesem Land Deutschland als das Bollwerk gegen den Bolschewismus in Europa betrachten." In ihren Augen sei die vom Kommunismus ausgehende Gefahr weit größer als die des Nazismus.

Einen Monat zuvor hatte der Großindustrielle Sir Arthur Balfour, Vorsitzender und geschäftsführender Direktor der Capital Steel Works, Sheffield, darauf verwiesen, daß Deutschland sich nach seiner Niederlage für den Kommunismus oder irgendeine andere Regierungsform entscheiden müsse, und daß er den Nazismus dem Kommunismus vorziehe. „Werden die Deutschen wieder Krieg führen? Ich glaube, darüber kann es keinen Zweifel geben, und es ist ein seltsamer Aspekt dieses Problems, daß ich beinahe überzeugt bin, wir werden eines Tages den Deutschen erlauben müssen, sich zu bewaffnen, oder wir werden sie bewaffnen müssen. Angesichts der bis an die Zähne bewaffneten Russen und angesichts der ungeheuren Bedrohung aus dem Osten wird das in der Mitte gelegene Deutschland stets wie eine Pflaume sein, die nur darauf wartet, von den Russen gepflückt zu werden, und die wir verteidigen müßten, wenn die Deutschen sich nicht selbst verteidigen können. Der völlig unbewaffnete Zustand Deutschlands stellt heute eine der größten Bedrohungen des Friedens in Europa dar."

Selbst noch gegen Ende des Jahres 1936 verfaßte Duncan Sandys, der heutige britische Verteidigungsminister, der damals nach Beendigung seiner Laufbahn im diplomatischen Dienst, für den er zuletzt in Berlin gearbeitet hatte und ein vielversprechender junger Unterhausabgeordneter der Konservativen war, eine offene Rechtfertigung Hitlers für die nazistische Vierteljahresschrift Europäische Revue, Heft IV 1936, in der er schlußfolgerte:

„Deutschland erklärt, daß es eine starke bewaffnete Macht zur Selbstverteidigung benötigt. Warum sollten Ausländer seine Aufrichtigkeit bezweifeln? . . . Es kann auf die wachsende Militärmacht der Sowjets verweisen . . . Wenn die Stärke der deutschen Wehrmacht in irgendeiner Weise dazu beitragen kann, Sowjetrußland daran zu hindern, seine geschickte Propaganda im Ausland durch Gewalt zu unterstützen, dann leistet Deutschland der Zivilisation in der Tat einen Dienst, der Anerkennung verlangen kann."

Bei der Beendigung der außenpolitischen Unterhausdebatte am 4. Dezember 1958 zeigte Duncan Sandys sich empört, weil Aneurin Bevan die deutsche Wiederbewaffnung mit Sorge betrachtete und angedeutet hatte, die Regierung Adenauer fordere Atomwaffen, um mit der Drohung, einen Weltkrieg auszulösen, auf die Rückgabe der an Polen und die CSR verlorenen Gebiete zu drängen. „Die Gefahr für den Frieden", so behauptete Mr. Sandys, „kommt heute nicht von den Deutschen, sondern von den Russen. Wir warten darauf, die Fortschritte der neuen deutschen Armee zu betrachten . . . Ich sage ohne Einschränkung, daß ich froh bin, daß wir in der gegenwärtigen gefährlichen Situation Deutschland zum Allierten haben. Es ist eine der Hauptstützen der westlichen Allianz geworden, und um so wirksamer seine Armee gemacht werden kann, um so besser wird das für den Frieden und die Sicherheit Europas sein."

Zugegeben, die Geschichte wiederholt sich nie vollständig. Aber manchmal kommt sie dem doch erstaunlich nahe!

In den Jahren zwischen den beiden Kriegen ging die britische Arbeiterbewegung in ihrem Widerstand gegen eine Intervention in Rußland so weit, daß sie mit dem Generalstreik drohte und ihn vorbereitete, wodurch die Regierung zum Rückzug gezwungen wurde. Sie stellte den Verträgen von Locarno das Genfer

Protokoll entgegen, das die Verpflichtungen, die sich aus dem Völkerbund-Vertrag hinsichtlich der kollektiven Sicherheit, der Abrüstung und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit für ganz Europa einschließlich der Sowjetunion ergaben, eindeutig bestimmt und in Kraft gesetzt haben würde. Die Labour Party wandte sich gegen die Politik des Appeasement gegenüber dem Faschismus. Sie forderte ein Bündnis mit der Sowjetunion und Frankreich, das durch den Völkerbundrat und in Gemeinschaft mit den von Roosevelt geführten USA (die dem Völkerbund nicht angehörten) weitere faschistische Aggressionsakte verhindern sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verhielt sich die Führung der Labour Party aus Gründen, die zu behandeln es hier an Platz mangelt, in internationalen Fragen ähnlich wie die deutschen Sozialdemokraten nach dem Ersten Weltkrieg. Bevins Rolle als Außenminister kann am besten als die eines paneuropäischen Noske verstanden und beschrieben werden. Aber selbst wenn er den Anstoß zur Gründung der Nato gab, so konnte seine grundsätzliche Zustimmung zur Wiederbewaffnung Deutschlands und zur Aufnahme Deutschlands in die Nato während der UN-Vollversammlung im September 1950 — Bevin war damals schon ein kranker und sterbender Mann —, nur durch die Drohung des amerikanischen Außenministers Dean Acheson erpreßt werden, Acheson könne dem Kongreß die Fortführung der Marshall-Plan-Hilfe für Großbritannien nicht empfehlen, falls der britische Außenminister in dieser Frage Widerstand leiste. Noch im März 1950 hatte Bevin erklärt: „Man hat von mir verlangt, zuzugestehen, daß es das einzige Ziel unserer Politik sein müsse, Deutschland für den Westen zu gewinnen. Dies rollt die Frage der Bewaffnung Deutschlands auf. Wir alle sind dagegen. Ich wiederhole, wir alle sind dagegen. Es ist eine schreckliche Entscheidung, die gefällt werden soll. Dann sollen wir diese Macht, nachdem wir sie bewaffnet haben, benutzen, um uns gegen Rußland zu verteidigen. Nun, es gibt so etwas wie die Verhinderung eines Krieges . . . Wie ich die in der Rede von Fulton bezogene Stelle verstehe, dachte der ehrenwerte Herr (Churchill) an einen Präventivkrieg. Dann hätten wir zu den Russen zu gehen und ihnen vorzuschlagen, die Dinge zu besprechen mit einem durch uns bewaffneten Deutschland auf unserer Hand. Ich möchte meinen, daß es nicht weise und nicht gut ist, Europa auf diese Weise zu behandeln, und nicht die erwünschten Resultate bringen wird."

Die konservative Regierung begann jedoch, diese Politik durchzuführen. Eine Zeitlang gelang es dem rechten Flügel innerhalb der Führung der Labour Party, durch knappe Mehrheitsentscheidungen der Jahreskonferenzen und in der Parlamentsfraktion der Partei diese Politik aufzuzwingen. Dadurch aber wurde die Partei beinahe gespalten, — und wir verloren die allgemeinen Wahlen im Jahre 1955, weil wir uns beinahe gespalten hätten.

Auf der Jahreskonferenz 1956 wurde diese Politik unter dem Druck der Mitgliedschaft und des linken Flügels aufgegeben. Heute unterstützt die Labour Party geschlossen eine Politik, die die schrittweise Wiedervereinigung Deutschlands fordert, wobei auch zu einem bestimmten Zeitpunkt, jedoch nicht am Anfang, freie Wahlen stattfinden sollen „in einem System, über das sich die vier Mächte einigen sollen und das von ihnen garantiert werden soll . . . während es den Deutschen überlassen bleibt, sich über Mittel und Wege zu einigen." Diese schrittweise Wiedervereinigung soll begleitet werden von „Verhandlungen über einen europäischen Sicherheitsvertrag, der von den vier Mächten unterstützt wird, um die territoriale Integrität der Länder in diesem Gebiet zu garantieren". Ferner sollen Westdeutschland und Ostdeutschland, Polen, die CSR und Ungarn aus der Nato bzw. aus dem Warschauer Pakt ausscheiden. Die

ausländischen Streitkräfte aller Art sollen schrittweise aus diesem Gebiet abgezogen werden, in dem keine nuklearen Stützpunkte oder Waffen zugelassen werden sollen. Schließlich sollte ein Abkommen über eine zahlenmäßige und typenmäßige Beschränkung der Waffen und Streitkräfte der Länder in diesem Gebiet getroffen werden. Alle diese Abkommen sollen einer wirksamen internationalen Kontrolle unterworfen werden, wobei die vier Mächte eine führende Rolle spielen würden.

Es ist unwahrscheinlich, daß Deutschland (oder seine östlichen Nachbarn), selbst als Preis für die Wiedervereinigung, sich damit abfinden würde, ein „neutralisierter" und „garantierter" Staat in ungleichem Verhältnis zu den anderen Mächten zu sein, wenn dieser Status nicht befristet wird und es später gleiche Rechte und den gleichen Status wiedererlangen würde. Eine vorübergehende Ungleichheit ist der geringste Preis, den man billigerweise von ihm für die Wiedervereinigung verlangen kann. Damit jedoch das wiedervereinigte Deutschland nicht zur Gefahr für den Frieden wird, ist das Verbot nuklearer Waffen und die Beschränkung der konventionellen Waffen auf eine niedrige Zahl für Deutschland als unerläßlich anzusehen, nicht zuletzt in der öffentlichen Meinung Großbritanniens.

Aber die Gleichheit sollte nicht erstrebt werden, indem man Deutschland gegebenenfalls wieder das Recht zugesteht, sich erneut zu bewaffnen und militärischen Bündnissen beizutreten, sondern indem man die Bestimmungen über Abrüstung und Kontrolle zumindest auf die Großmächte und alle europäischen Staaten ausdehnt. Die militärischen Bündnisse sollten schrittweise in kollektive Sicherheitsverträge „umgeschmolzen" werden, wie die UN-Charta sie vorsieht.

Die einzige Möglichkeit, wie die vier Mächte zusammenarbeiten können, um den Frieden gegen Aggressionen zu sichern und die Abkommen über die Abrüstung und das Disengagement zu überwachen, liegt, so meine ich, darin, einen europäischen Ausschuß des UN-Sicherheitsrates zu bilden, dem Deutschland als ständiges Mitglied mit beschränkten Rechten angehören würde (wie es bei Brasilien vor dem Kriege im Rat des Völkerbundes der Fall war), während die übrigen europäischen UN-Mitglieder ein Kontingent nichtständiger Mitglieder wählten sollten.

Es ist auch nicht möglich, die Sowjetunion als ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates und als Partner bei der Bewahrung des Friedens mittels eines gesamteuropäischen, auf der UN-Charta fußenden kollektiven Sicherheitsvertrages zu betrachten und sie im gleichen Atem weiterhin als potentiellen Gegner zu behandeln, gegen den wir uns mit der Nato wappnen müssen. Die Russen werden kein Übereinkommen akzeptieren, das den Warschauer Pakt liquidiert, die Nato aber als Militärbündnis bestehen läßt. Vom militärischen Standpunkt gesehen hat die Nato ohne Deutschland keine Bedeutung, da sie dann nur die westliche Ecke Europas umfassen würde.

Deshalb ist der von George F. K e n n a n entwickelte Plan eines ganz Europa umfassenden Disengagements realistischer und auch logischer als der von der Labour Party vorgeschlagene Kompromiß. Wenn wir unseren Beziehungen zur UdSSR die UN-Charta zugrunde legen wollen, so müssen wir uns daran erinnern, daß jenes Vertragswerk, wie der Generalsekretär in seinem ersten Bericht an die Vollversammlung feststellte, von der Voraussetzung ausgeht, die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates besäßen ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Friedens und würden sich bei der Lösung internationaler Konflikte eher als Partner denn als Konkurrenten gegenüberstehen. Heute liegt die eigentliche Gefahr darin, daß die miteinander konkurrierenden „Verteidigungs"-Maßnahmen versehentlich einen Krieg auslösen. Der Frieden aber wird

am besten durch politische Übereinkommen geschützt, die die Gefahren eines Zusammenstoßes vermindern.

Der gesamteuropäische Vertrag, der die kollektive Sicherheit schaffen und Bestimmungen über die Abrüstung und das Disengagement enthalten würde, sollte daher auch eine Klausel aufweisen, durch die die Unterzeichner für die Dauer der Gültigkeit dieses Vertrages auf das Recht verzichten, militärische Beistandsverpflichtungen aus irgendwelchen anderen Verträgen ohne die Zustimmung des Sicherheitsrates zu erfüllen. Auf diese Weise würden die militärischen Bündnisse „absterben" und durch die Prinzipien, Ziele und Pflichten der UN-Charta ersetzt werden, die das bestimmende Element in den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Mächten werden sollten.

„Es wäre gleicherweise wichtig", so heißt es weiter in der außenpolitischen Erklärung der Labour Party, „die an die Europäische Wirtschaftskommission der UNO gerichteten sowjetischen Vorschläge für eine weitgehende Zusammenarbeit zwischen Ort und West in solchen Fragen wie Handel, Investitionen, Bankwesen, Kreditgewährung, Transport, Austausch technischer und wissenschaftlicher Informationen, kulturelle Beziehungen usw. ernst zu nehmen. Die drei Pfeiler, auf denen eine dem Frieden in Europa dienende Politik stehen könnte und stehen sollte, würden das militärische Disengagement, die politische Zusammenarbeit und das wirtschaftliche Engagement sein. Aber eine solche dem Frieden dienende Politik hat nicht viel Chancen, im ersten Anlauf genommen zu werden, wenn nicht die politische Balance der Macht in Großbritannien nach links schwingt und eine Labour-Regierung errichtet wird, die entschlossen ist, den vergeblichen, verderblichen und schließlich selbstmörderischen Versuch aufzugeben, einen technologischen Durchbruch zu erzielen, der den Westen befähigen würde, der Sowjetunion eine militärische Demonstration der Kraft zu zeigen und ihr seine Bedingungen unter Kriegsdrohung („Verhandlungen aus der Position der Stärke") aufzuzwingen. Die Labour Party will und wird in diesem Fall einen intellektuellen und moralischen Durchbruch erzwingen, der zu einer politischen Kraftprobe mit den Verteidigern des alten Kurses in Großbritannien, den USA, Frankreich und Deutschland führen wird und außerdem zu Verhandlungen „aus der Position der gemeinsamen Interessen".

Prof. Dr. Walter Hagemann

Die Fronten sind in Bewegung

Während sich Eisenhower und Mc Millan in die Klausur von Camp David zurückzogen, um die neuen Aspekte der Weltlage durchzusprechen, traten die beiden deutschen Oppositionsparteien mit ihren Deutschlandplänen hervor. In diesen Entwürfen schlagen sich Einsichten nieder, die zum Teil bereits seit Jahren, teilweise aber bisher nur von Außenseitern vertreten worden sind: Sicherheitssystem, Disengagement, gesamtdeutscher Friedensvertrag, Konförderation. Sogar die Notwendigkeit offizieller gesamtdeutscher Kontakte wird anerkannt. Erwartungsgemäß wurden diese Vorschläge von der Bundesregierung und der Fraktionsführung der CDU entschieden zurückgewiesen, im verbündeten Westen da-

gegen weithin begrüßt. Diese Entwürfe stellen gewiß kein letztes Wort, sondern nur einen Beitrag zur außenpolitischen Diskussion dar, aber sie „liegen auf dem Tisch" und hinter ihnen steht eine starke parlamentarische Minderheit des Bundestages, ganz zu schweigen von gewichtigen Persönlichkeiten der CDU, die diesen Vorschlägen nahestehen. Die Fronten sind also auch in Deutschland in Bewegung gekommen, nachdem die weltpolitische Lage bereits seit der Berlin-Note Chrustschows in Fluß geraten war.

Die Zwischenbilanz, vier Monate nach dem 27. November, darf lauten: Der politische Stellungskrieg ist zu Ende. Seit dem Scheitern der beiden Genfer Konferenzen im Jahre 1955 lagen sich die beiden Gegner in erstarrten Grabenlinien gegenüber, hinter dem Stacheldraht ideologischer und juristischer Formeln, im Schutz der papierenen und nuklearen Sprengköpfe, nicht gewillt, auch nur einen Fußbreit Boden aufzugeben, und eifrig darauf bedacht, jeden kleinsten Einbruch schnellstens wieder zu begradigen. In dieser Atmosphäre gedieh der Weizen der Generale und Juristen, während die Politik, deren Lebenselement Bewegung, Ideen und Alternativen sind, zu einem Schattendasein verurteilt war. Dieses Maginotdenken entsprach der Mentalität westlicher Staatsmänner wie Dulles und Adenauer, in keiner Weise aber der optimistischen Dynamik eines Chrustschow. Mehrmals versuchte er einen Einbruch in die starren Fronten zu erzielen und vom Stellungskrieg zum Bewegungskrieg überzugehen. Mit seinem Berlinvorstoß und Friedensvertragsentwurf ist ihm dies schließlich gelungen: Die Fronten sind in Bewegung geraten, West und Ost bereiten sich zum politischen Kampf im freien Felde vor. Nur Bonn verharrt noch in Igel-Stellung, und de Gaulle steht mit seiner Phalanx abwartend beiseite. Sie zählen mit durch ihr Dasein, aber sie entscheiden nicht.

Bewegungskrieg

Offensichtlich sind die beiden Lager für den Bewegungskrieg ungleich gerüstet. Schnelle Entschlüsse verlangen eine feste Führung, und die ist im Kreml vorhanden, während im Lager der Nato-Partner eine umständliche Abstimmung der Auffassungen notwendig ist. Bewegungskrieg ist auch eine Temperamentsfrage; während Chrustschow im flexiblen Verhandlungsspiel Meister ist, scheut man im Westen alle Überraschungen und Improvisationen. Gesundheitliche Handicaps kommen hinzu, um die westliche Beweglichkeit zu mindern. Aber auch die einsatzbereiten Mittel sind ungleichartig. Die Argumente des Westens sind die freiheitliche Ideologie, die verbrieften Rechte und das Gewicht der Waffen, — sämtlich statische Größen. Chrustschow aber beruft sich immer wieder auf die Forderungen des gesunden Menschenverstandes und auf „die vom Leben selbst geschaffenen Tatsachen", also auf dynamische Elemente. Der Westen verteidigt einen Zustand, der ihm als ein Wert an sich erscheint und als unveränderlich gedacht ist, die junge sowjetische Weltmacht aber bejaht eine Entwicklung, die ihr unaufhaltsam erscheint. Bisher hat der Moskauer Optimismus recht behalten: die Zeit arbeitete nicht für die Besitzenden, sondern für die Erwerbenden. Roll back — Containment — Koexistenz, an dieser Skala kann man die wachsende Festigung der sowjetischen Weltmacht ablesen. Mit ihr stieg auch die Selbstbewußtheit, mit der der Kreml und seine Schutzbefohlenen ihre Forderungen vertreten. Jahrelang hatten Moskaus Unterhändler für die Vorschläge und Forderungen einer überlegenen westlichen Koalition nur ein Njet; man wagte sich nicht ins offene Feld. Seitdem der Osten erstarkte, wurde das Njet durch das No und Non und Nein abgelöst. Seitdem ging der Westen östlichen Vorschlägen, Gesprächen, Konferenzen vorsichtig aus dem Wege, weil er sich scheute, den Schützengraben zu verlassen. Gegen seinen Willen wurde jetzt der Westen gestellt, durch den

Vorstoß auf die schwächste Stelle, die zugleich für den Westen das Symbol der Freiheit ist: Berlin.

Seit vier Monaten wird die Welt Zeuge eines politischen Aufmarsches, der noch im Vorraum der Entscheidungen vor sich geht, aber diese schon mitbestimmen kann. Diplomatische Noten, Erklärungen von Staatsmännern, Kommuniques von Konferenzen jagen sich, so daß selbst die Fachleute manchmal die Übersicht verlieren. Eine intensive Reisetätigkeit hat begonnen, vor allem nach Moskau, wohin den journalistischen Vorreitern und politischen Außenseitern die Parlamentarier und Senatoren, schließlich Minister und Regierungschefs gefolgt sind. Chrustschow selbst mußte sich zunächst damit begnügen, in den Ländern des Ostblocks aufzutreten, während der wendige Mikojan sich mit Erfolg zu Gast in Amerika lud. Neben diesen Erkundungsvorstößen gab es die Rundreise von Dulles und Mc Millan im Nato-Lager, um nicht die Tuchfühlung untereinander zu verlieren. Was hinter den Polstertüren wirklich besprochen wurde, darüber ist die Welt nur unvollständig und widerspruchsvoll unterrichtet worden. Schließlich will man dem Gegner seine strategischen Geheimnisse nicht verraten. Das gilt für den Westen wie für den Osten, denn auch über Chrustschows Gespräche in Leipzig und Ost-Berlin sind wir nur höchst lückenhaft unterrichtet. Wenn irgend etwas, so zeigt diese Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit, daß die Zeit des Finassierens, der Propagandaparolen, der Spiegelfechtereien ihrem Ende zugeht. Es wird ernstlich gesprochen, auf vielen Ebenenen und über viele Fragen, die seit Jahren auf eine Lösung harren. Was man heute bekannt gibt, wird morgen dementiert oder korrigiert: es sind Versuchsballons, die eigentlichen Trümpfe spart man sich auf für die Konferenzen, die nun endlich in greifbare Nähe gerückt sind. Dies gilt nicht allein für den vorsichtigen Westen, sondern ebenso für Chrustschow, der hinter großer Gesprächigkeit und Wendigkeit seine eigentliche Konzeption sorgsam verbirgt. Selten hat in der „großen Politik" die Öffentlichkeit so viel erfahren und so wenig gewußt. Wir nehmen dies als ein positives Anzeichen, denn echte politische Entscheidungen sind noch stets im kleinsten Kreise gefallen, wenn die Zeit reif war und die zwischen Hoffnung und Furcht schwankende Öffentlichkeit nur eines wünschte: eine friedliche Lösung.

Disengagement

Wenn große Entscheidungen auf dem Spiele stehen, werden die kleinen Konflikte von ihnen überschattet. Hinter Berlin tauchte zwangsläufig die deutsche Frage auf, dicht dahinter das europäische Spannungsfeld. Auch dieses ist nur Teil des Gegensatzes der beiden Weltmächte, in dessen Schatten wir seit vierzehn Jahren stehen, und der als tiefste Ursache unseres Elends gelten muß. Wir wissen nicht, was hinter verschlossenen Türen über einen möglichen globalen Ausgleich der Waffen und Stützpunkte, der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme gesprochen worden ist, aber es leuchtet ein, daß ohne ihre Überbrückung jede Teilverständigung nur ein Waffenstillstand sein kann. An den Fortschritten und Verzögerungen der Genfer Atomstop-Verhandlungen, am Steigen und Fallen der Rüstungsziffern, am Umfang und Inhalt der neuen Wirtschaftsverträge lassen sich wie an einem Barometer die politischen Temperaturschwankungen der letzten Entwicklungen ablesen. Die Gegensätze sind so tief, die Konfliktstoffe so zahlreich, daß ohne eine umfassende Konzeption und ohne den Mut der Staatsmänner zu tiefgreifenden Entscheidungen kein dauerhafter Erfolg zu erzielen ist. Freilich, auch eine Teilverständigung würde ein großer Fortschritt sein, zumal sie sich in der Region der höchsten Spannungen, in Mitteleuropa, abzeichnen müßte.

McMillan hat nach seiner Moskau-Reise erklärt, daß für die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems günstige Aussichten beständen. Ob diese Hoff-

nung sich erfüllt, läßt sich nicht an den vorauszusehenden Widerständen in Paris und Bonn ablesen, sondern an den Ergebnissen, die das Konklave in Camp David bringen muß. Die Heftigkeit, mit der westliche Generale gerade jetzt auf alle Disengagement-Pläne reagieren, zeigt, wie ernst die Widerstände, aber auch wie ernstlich die Bestrebungen in London und Washington in dieser Richtung sind. Ob nun im Augenblick die Entnuklearisierung oder die militärische „Verdünnung" oder der schrittweise Rückzug der Besatzungsmächte die besten Aussichten haben mag — wichtig ist, daß diese Möglichkeiten ernsthaft im Gespräch sind, nachdem bisher alle Pläne dieser Art von den westlichen Regierungen abgelehnt worden sind. Daß demegegenüber das etwaige Ausscheiden der beiden deutschen Teilstaaten aus den Paktsystemen in die zweite Linie rückte, ist ein Zeichen dafür, wie vordringlich es um den Interessenausgleich der Großmächte geht und nicht um die Lösung der deutschen Frage, — die ohne Mitwirkung der Deutschen selbst nicht gelöst werden kann.

Friedensvertrag

Trotz aller Einwände und Warnungen steht der Moskauer Friedensvertragsentwurf nach fast drei Monaten noch immer einsam im politischen Raum. Man war im Westen nicht bereit, sich das vorschnelle und harte Bonner Nein zu eigen zu machen. Aber die Entwicklung eigener Vorschläge läßt auf sich warten, weil sie in jedem Fall die Einheit unter den Siegern und die guten Beziehungen mit der Bundesrepublik auf eine schwere Belastungsprobe stellen müssen. Hinter verschlossenen Kommissionstüren wurde das „Material" zusammengetragen, das den westlichen Unterhändlern am Konferenztisch zur Grundlage dienen soll. Auch der „Gegenentwurf", den das State department ausgearbeitet hat, beschränkt sich vorläufig auf allgemeine Grundsätze und Richtlinien. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß sich die Bonner Oppositionsparteien über Form und Inhalt eines solchen Vertrages Gedanken gemacht und Gegenentwürfe ausgearbeitet haben. Von den Moskauer Vorschlägen, die in Warschau und Prag, aber auch in Ost-Berlin volle Zustimmung gefunden haben, sind diese Entwürfe naturgemäß weit entfernt. Aber mit ihrer Ausarbeitung wird wenigstens anerkannt, daß vierzehn Jahre nach Kriegsende ein Friedensschluß längst überfällig ist und daß es nicht angeht, die Hände in den Schoß zu legen, als ob uns das alles nichts anginge. Das Befremden des Westens über die allzu bequeme Art, in der Koblenzer Straße in Bonn mit der Lage fertig zu werden, ist in der Presse und den Äußerungen führender Politiker des Westens deutlich zu spüren.

Wohl niemand in der Welt, zuletzt Herr Chrustschow, hat erwartet, daß wir den Moskauer Entwurf, so wie er ist, einfach akzeptieren würden. Für die DDR ist die Lage wesentlich anders, denn sie hat Wiedergutmachung und Opfer bereits als Vorleistung auf sich nehmen müssen. Aber es wirkt unglaubwürdig, es so darzustellen, als ob wir nicht uns, sondern den Siegermächten einen Gefallen tun, wenn wir über einen Friedensvertrag mit uns reden lassen. Der heutige Zwischenzustand kann nur überwunden, der Weg für die Wiedervereinigung kann nur freigemacht werden, wenn wir uns zu den schweren Verantwortlichkeiten unserer jüngsten Geschichte bekennen und einen entschlossenen Schlußstrich unter eine unheilvolle Vergangenheit ziehen. Wenn Regierung und Volk nicht zur Übernahme der unvermeidlichen Opfer bereit sind, dann kann es uns geschehen, daß wir statt mit Konzessionen und Verzichten, mit unserem Leben und unserer Existenz als Volk zu zahlen haben. Im übrigen bringt uns ein Friedensvertrag nicht nur Verpflichtungen, sondern auch Rechte im Rahmen jenes europäischen Sicherheitssystems, zu dessen Herstellung die großen Mächte entschlossen scheinen. Andernfalls bleiben wir weiterhin Objekte zweier Machtblöcke, für die deutsches Land und Volk nur Glacis oder Pufferzone bedeuten können.

Konföderation

Die deutsche Wiedervereinigung kann nicht mehr durch freie Wahlen einfachhin vollzogen, sie kann auch nicht mehr von den Großmächten verordnet werden. Die letzten vier Monate haben für alle, die noch solchen Illusionen anhängen, die heilsame Ernüchterung gebracht. In den einsichtigen Kreisen des Westens und auch der Bundesrepublik ist man sich heute darüber einig, daß eine Wiedervereinigung nur in Etappen möglich ist. Es ist noch nicht lange her, daß die Verfechter einer Konföderation verfemt und als Handlanger Moskaus bezeichnet wurden. Inzwischen haben prominente deutsche Juristen und Politiker, haben die beiden deutschen Oppositionsparteien Konföderationspläne entwickelt, in England und den USA hat dieser Gedanke selbst in Regierungskreisen grundsätzliche Zustimmung gefunden, ganz zu schweigen von der Haltung des Kreml, der diese Konzeption seit zwei Jahren unterstützt. Dem Hauptargument der Konföderationsgegner, dem angeblichen Widerstand der Verbündeten, ist damit der Boden entzogen. Aber die Zeit drängt. Wenn bis zum Beginn der Konferenzphase nicht der erste Schritt in dieser Richtung getan ist, dann bleibt den Mächten angesichts der realen und rechtlichen Situation nichts anderes übrig, als mit der Existenz der beiden deutschen Staaten zu rechnen und sie in das neue europäische Sicherheitssystem getrennt einzubauen. Schon seit langem zweifelt man nicht nur in Moskau, sondern auch im Westen an dem ehrlichen Willen der Deutschen, wieder ein Volk zu werden. Die Feindmächte von gestern haben wahrlich keinen Anlaß, nach den bitteren Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit, über die deutsche Spaltung betrübt zu sein und unser nationales Gewissen zu wecken. Es geht um unsere, um die deutsche Sache, und es ist unsere sittliche Pflicht, die gebotenen Möglichkeiten zu ergreifen. Es sollte uns genügen, daß man uns jetzt von außen keine Hindernisse mehr in den Weg legt und daß man in Ost-Berlin offensichtlich darauf wartet, daß die ersten Kontakte aufgenommen werden.

Aber hier liegt das große Hindernis: selbst heute, zehn Jahre nach den unheilvollen Staatsgründungen, im Zeichen einer ständigen Konsolidierung der DDR und unter dem Druck der Berliner Gefährdung sind die maßgebenden Kreise der Bundesrepublik nicht bereit, mit „Pankow" Gespräche zu führen. Dies gilt nicht nur für Regierung und Regierungspartei, es galt bisher sogar für die Mehrheit der Oppositionsparteien. Es ist das letzte Tabu, das einer deutschen Realpolitik noch im Wege steht. Mit Recht hat kürzlich Dr. Helmut Külz, Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht in Berlin, in einem Vortrag die Frage gestellt, „wie denn überhaupt die Wiedervereinigung zustande kommen soll ohne persönliche Gespräche mit den Beauftragten der DDR". Bundesinnenminister Schröder hat auf diese Frage eine sehr bezeichnende Antwort gegeben, indem er Herrn Dr. Külz jedes weitere öffentliche Auftreten kategorisch untersagte. Herr Schröder hat nicht bedacht, daß man Wahrheit zwar unterdrücken, aber nicht verbieten kann. Nachdem alle anderen Illusionen und Fiktionen dem rauhen Wind der politischen Wirklichkeit zum Opfer gefallen sind, muß sich jetzt endlich auch die Einsicht durchsetzen, daß an gesamtdeutschen Gesprächen kein Weg vorbeiführt, wenn wir wirklich Gesamtdeutschland wollen. Es ist schlimmer als eine Fiktion, es ist eine Lüge, wenn immer wieder behauptet wird, daß die Sowjetregierung ein Gegner der deutschen Wiedervereinigung sei, bzw. daß sie ihr nur zustimmen werde, wenn West-Deutschland vor dem Kommunismus „kapituliert". Herr Chrustschow hat in fast allen seinen Noten und Erklärungen das genaue Gegenteil gesagt, und er hat sogar mehrfach, zuletzt in seiner Pressekonferenz vom 19. März, zum Ausdruck gebracht, daß die spätere Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaftsformen eine innere Angelegenheit der Deutschen sei, in die sich die Sowjetunion nicht einmischen werde. Freilich versichert er mit der

gleichen Konsequenz seit drei Jahren, d. h. seit dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO, daß die Wiedervereinigung eine ausschließlich deutsche Angelegenheit sei und daß die Sowjetunion keine gewaltsame Beseitigung des DDR-Regimes dulden werde. Das ist ein klarer Standpunkt, ob er uns gefällt oder nicht, und wenn politische Erklärungen überhaupt einen Sinn haben, so müssen wir von ihnen bei allen weiteren Überlegungen ausgehen.

Bleibt die Frage Berlin, der archimedische Punkt der heutigen Frontenauflösung. Auch zu seinem Vorschlag einer Neutralisierung Berlins hat Chrustschow mehrere Alternativen offengelassen, die bereits vor vier Monaten geäußert, aber im Getöse der Proteste überhört worden sind. Eine von ihnen ist die bereits Ende November gegebene Zusicherung, daß der Sechsmonats-Termin kein Ultimatum sei und keine Bedeutung habe, falls bis zum 27. Mai Verhandlungen über die Zukunft Berlins im Gange seien. Mittlerweile ist für den 11. Mai die Außenministerkonferenz anberaumt worden, und es ist damit zu rechnen, daß auf dem Konferenzprogramm die Berliner-Frage stehen wird. Chrustschow hat offensichtlich deshalb einen Termin gesetzt, weil alle sowjetischen Verhandlungen und Konferenzvorschläge bisher von den Westmächten ignoriert worden waren und der Kreml auch diesmal mit Verschleppung rechnete. Er wollte Verhandlungen erzwingen — und er hat es erreicht. Es hat Monate intensivster Anstrengungen gekostet, um diesen ersten Schritt zum Konferenztisch zu tun. Erst an ihm können Vorentscheidungen fallen und wohl erst auf einer Gipfelkonferenz die Haupt-Entscheidungen. Es ist ein langer Weg vom latenten Kriegszustand zur friedlichen Koexistenz. Er wird nicht zu lang sein, wenn er Erfolg hat.

Aber noch ist nichts gesichert, nichts vereinbart. Alles kann scheitern am starren Nein aus Bonn oder Paris. Alles kann umsonst sein, wenn eine der leitenden Figuren vorzeitig ausfällt. Alles kann sogar in einer Katastrophe enden, wenn die Militärs das letzte Wort behalten. Das Säbelrasseln und die Panikmache westlicher Generale ist nachgerade zu einer akuten Kriegsgefahr geworden. Wenn wir Deutschen einem Ludendorff vorwerfen, daß er sich in verhängnisvoller Weise in politische Fragen eingemischt habe, so gilt dies in noch größerem Umfang für die Offiziere des Pentagon und der NATO. Der politisierende McArthur mußte von seinem Präsidenten abberufen werden, die Kriegs- und Brandreden der amerikanischen Geschwaderkommandanten von Beyruth und Formosa haben ein weltweites Befremden ausgelöst. Wiederholt hat Norstadt unmittelbar und öffentlich in politische Fragen einzugreifen versucht. Erst kürzlich hat Präsident Eisenhower in seiner Fernsehrede die öffentlichen Auslassungen des Armee- und Marinechefs getadelt und General Taylor vor der Zeit beurlaubt. Es gehört zum Handwerk der Soldaten, den Krieg und nicht den Frieden vorzubereiten, Clemenceau hat sogar behauptet, der Krieg sei eine viel zu ernste Sache, um sie den Generälen allein zu überlassen. In der Politik ist das militärische Denken eine akute Gefahr, gegen die alle verfassungsmäßigen Mittel eingesetzt werden sollten. Durch Panikmache und demonstrative Kampfvorbereitungen wird die politische Atmosphäre vergiftet. Die primitiven Mittel der Drohungen und Abschreckungen, mit denen gerade in letzter Zeit planmäßig gearbeitet wurde, werden einen Gegner mit guten Nerven schwerlich beunruhigen, sondern ihn nur zu erhöhter Bereitschaft anspornen. Wohl aber muß ihre Wirkung auf das eigene Volk und die Verbündeten zurückschlagen und hier eine gefährliche Angst und Kriegspsychose schaffen. Wer sich heute in deutschen Landen umhört, der begegnet einer Stimmung wie in den letzten Monaten vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Auch damals spürte man das drohende Verhängnis deutlich auf sich zukommen. Sollten die Regierenden so weltfremd sein, daß sie Ursachen und Folgen dieser Angstpsychose nicht ermessen?

Der erste Akt im großen Spiel um den Frieden ist vorüber. Die Träger des Geschehens sind aufmarschiert und sollen sich demnächst erstmals am Konferenztisch gegenübertreten. Damit beginnt erst der zweite Akt, und niemand kann sagen, welchen Höhepunkt dieses weltpolitische Drama haben wird. Hoffen wir daß die Regierungen und die Völker dieser Stunde gewachsen sind. Vielleicht birgt sie die letzte Chance, um eine Menschheitskatastrophe abzuwenden.

Prof. Dr. Gregori Tunkin

Die Berliner Frage im Licht des Völkerrechts

Der Vorschlag der Sowjetregierung, Westberlin zu einer Freien Stadt zu machen, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands eine selbständige, entmilitarisierte und neutralisierte politische Einheit wäre, hat in der ganzen Welt größtes Interesse hervorgerufen. Jeder, der nach internationaler Entspannung strebt, hat diesen Vorschlag als wichtigen Schritt zur Regelung des Deutschlandproblems und Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt eingeschätzt.

Ganz unstreitig ist es anormal, daß 14 Jahre nach Kriegsende die Besetzung Westberlins, das von den Westmächten in einen Aufmarschraum für feindselige Aktionen gegen die Deutsche Demokratische Republik und andere Länder des sozialistischen Lagers verwandelt wurde, andauert.

Die Regierungen der Westmächte legten jedoch sofort dem sowjetischen Vorschlag gegenüber eine scharf negative Haltung an den Tag. Die Staatsmänner der USA und Großbritanniens suchen diese ihre Haltung mit Hinweisen auf das Völkerrecht zu rechtfertigen und sogar die Sowjetunion als Verletzer von internationalen Abkommen hinzustellen. Deshalb ist eine Analyse der Berliner Frage vom Standpunkt der Prinzipien des Völkerrechts von besonderem Interesse.

Die völkerrechtlichen Grundlagen der Besetzung Deutschlands — Eine Unterwerfung?

Eine Analyse der juridischen Grundlagen der Besetzung Deutschlands nach 1945 ist nicht nur von theoretischer, sondern auch von großer praktischer Bedeutung, vor allem für die Beantwortung der Frage nach dem Charakter und den Fristen der Besetzung Deutschlands.

Die Westmächte behaupten, ihre Rechte auf die Besetzung deutschen Territoriums „ergeben sich aus der völligen Niederlage des Dritten Reiches und der hierauf folgenden Übernahme der höchsten Machtbefugnisse in Deutschland" (Memorandum des Staatsdepartements vom 20. Dezember 1958). „Unsere Stellung in Berlin wird nicht vom Potsdamer Abkommen bestimmt", erklärte der britische Außenminister Selwyn Lloyd im Unterhaus am 4. Dezember, „sie wird durch die vorbehaltlose Kapitulation Deutschlands im Jahre 1945 bestimmt, und das Besatzungsrecht ergibt sich hieraus."

Diese These wird auch in den Reden von Dulles und anderen Staatsmännern der USA vorgebracht, und gestützt auf diese These ziehen die Westmächte weitgehende Schlußfolgerungen hinsichtlich ihrer Rechte auf die Besetzung West-

berlins. Behauptungen dieser Art sind jedoch völlig abwegig. Sie gründen sich auf die bekannte Doktrin der Unterwerfung (Eroberung), der zufolge im Falle der völligen Niederlage des Feindstaates und der Besetzung seines Territoriums dieser Staat zu existieren aufhört und zum uneingeschränkten Herrn über sein Territorium der Siegerstaat wird (debellatio, conquete, subjugation). Der Siegerstaat kann angeblich, wenn er es wünscht, das Territorium des besiegten Staates annektieren und die eigene Souveränität über ihn errichten.

Die Unterwerfungsdoktrin steht in völligem Widerspruch zu den Grundprinzipien des modernen Völkerrechts, findet aber gleichwohl bis heute in der Völkerrechtsliteratur der bürgerlichen Länder weithin Anerkennung.

In dem bekannten englischen, von Lauterpacht überarbeiteten, Vorlesungszyklus über Völkerrecht von Oppenheim heißt es: „Obwohl eine völlige Eroberung, die von der Vernichtung der feindlichen Streitkräfte begleitet ist, faktisch den bewaffneten Kampf und damit den Krieg beendet, tritt dennoch dessen formale Beendigung noch nicht ein, da alles davon abhängt, was der Sieger in bezug auf das Schicksal des besiegten Staates beschließen wird. Sollte der Sieger wünschen, das in Gefangenschaft oder im Exil befindliche Oberhaupt des besiegten Staates auf seinen Posten wiedereinzusetzen, so beendet ein mit dem letzteren abzuschließender Friedensvertrag den Krieg. Sollte der Sieger aber das gesamte eroberte Territorium in Besitz zu nehmen wünschen, so annektiert er es und beendet damit den Krieg formal kraft Unterwerfung. [1])

Der englische Professor für Völkerrecht Schwarzenberger erklärt, daß „in der Völkergemeinschaft Macht vor Recht geht", und sucht zu beweisen, daß „im Falle der Debellation (das heißt, wenn die ganze Staatsmaschinerie des besiegten Feindes aus den Fugen geraten ist), die Unterwerfung ein Recht auf das Territorium gibt". [2])

In dem bekannten französischen Vorlesungszyklus für Völkerrecht von P. Fauchille wird die Debellation folgendermaßen definiert: „Die völlige Niederlage, die dem einen der kriegführenden Staaten durch den anderen beigebracht wurde (die Debellation), macht dem Krieg durch Liquidierung der politischen Existenz eines der Gegner ein Ende. Der Staat verschwindet, er stirbt als politische Einheit." [3])

Der Professor für Völkerrecht an der Universität Paris, Rousseau, erachtet in seinem Vorlesungszyklus über Völkerrecht die Eroberung als eines der Mittel und Wege, um die Souveränität über ein Territorium zu erwerben. [4])

In dem amerikanischen Vorlesungszyklus über Völkerrecht von Hyde lesen wir: „Der Kriegführende kann faktisch das gesamte Territorium seines Kriegsgegners besetzen und ihn, nach Unterdrückung jedweden Widerstandes, als Staat vernichten, indem er im Endergebnis des Sieges sein Territorium in Besitz nimmt." [5])

Was die Nachkriegsstellung Deutschlands anbelangt, so geht die westeuropäische Völkerrechtsdoktrin im Prinzip von der Konzeption der Unterwerfung aus, entwickelt sie aber nach zwei Richtungen.

Die konsequenten Anhänger einer Anwendung der Unterwerfungsdoktrin behaupten, daß Deutschland infolge seiner völligen militärischen Niederlage auf-

---

[1]) L. Oppenheim, das internationale Recht, Bd. II, Verlag Ausländischer Literatur, 1950, § 265, Seite 139.

[2]) G. Schwarzenberger, A. Manual of International Law. London, 1950, p. 50.

[3]) P. Fauchille, Traité de droit international public, II., Paris, 1921, § 1694.

[4]) Ch. Rousseau, Droit international public. Paris, 1953, § 292.

[5]) Tsch. Chaid, Das internationale Recht, Bd. 6, Verlag für Ausländische Literatur, § 907.

gehört habe zu existieren, und daß die Souveränität über das deutsche Territorium auf die Sieger übergegangen sei.

So schrieb z. B. der bekannte Völkerrechtler Professor K e l s e n im Jahre 1945, Deutschland habe dadurch, daß die Verbündeten die höchsten Machtbefugnisse in Deutschland übernommen haben, als souveräner Staat zu existieren aufgehört. [6])

In der 1948 in Paris erschienenen Monographie von V i r a l l y „Die internationale Verwaltung Deutschlands" wird zu beweisen versucht, daß vom Augenblick seiner vorbehaltlosen Kapitulation an der deutsche Staat „faktisch und juridisch zu existieren aufgehört hat". [7])

Eine andere Gruppe bürgerlicher Juristen geht gleichfalls davon aus, daß der Sieg der Verbündeten über Deutschland ihnen völlige Handlungsfreiheit in bezug auf Deutschland verschafft habe. Im Hinblick auf die Bestimmung der Deklaration vom 5. Juni 1945 über die Niederlage Deutschlands, der zufolge „die Übernahme solcher Machtbefugnisse, Rechte und Vollmachten für die obengenannten Ziele keine Annektierung Deutschlands darstellt", behaupten die Anhänger der genannten Konzeption jedoch nicht, daß der deutsche Staat zu existieren aufgehört hat. So schreibt z. B. Lauterpacht: „Deutlich ist erklärt worden, daß die Übernahme dieser Machtbefugnisse durch die Verbündeten keine Annektierung Deutschlands sei, und daß Deutschlands künftige Grenzen und sein Status von den vier an der Deklaration beteiligten Staaten festgelegt werden. Eben dieser Verzicht auf eine Annektierungsabsicht unterscheidet die Übernahme der gesamten Machtbefugnisse in Deutschland von einer Unterwerfung." [8])

Der gleiche Lauterpacht sucht jedoch zu beweisen, daß „das Völkerrecht dem freien Ermessen des Siegers keine Grenzen setzt, von dem abgesehen, was sich aus den Forderungen der Humanität ergibt . . ." [9])

Nur natürlich, daß die Anhänger der Unterwerfungskonzeption die Rechtsgrundlage für die Besetzung Deutschlands in der völligen Niederlage Deutschlands sehen.

Die Doktrin der Unterwerfung (Eroberung) ging von dem seinerzeit im Völkerrecht bestehenden „Recht des Staates auf Krieg" aus. Der Krieg wurde als ein zwar äußerstes, doch aber zulässiges Mittel für den Austrag von Streitigkeiten zwischen den Staaten betrachtet. Juridisch ging diese völkerrechtliche These in beträchtlichem Maße von der Idee des Zweikampfs, des Duells, des Gottesgerichts aus. Im Recht ist jener, der sich als Sieger erweist.

Die Absage an das Prinzip vom „Recht auf Krieg" war ein außerordentlich bedeutsames Ereignis in der Entwicklung des Völkerrechts nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Der sozialistische Staat war der erste Staat, der sich gleich in seinem ersten Dekret über den Frieden vom 8. November 1917 offiziell dafür aussprach, den Aggressionskrieg zu ächten. Unter dem Einfluß der wachsenden Friedenskräfte verbot der Briand-Kellog-Pakt vom Jahre 1928 den Krieg als Mittel zum Austrag internationaler Streitigkeiten sowie die Ausnutzung des Krieges als Instrument der nationalen Politik und verpflichtete die Staaten, ihre Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu bereinigen. Dieses Verbot des Aggressionskrieges ist zu einem allgemein anerkannten Prinzip des Völkerrechts geworden. Die Uno-Charta bedeutete in dieser Beziehung einen

---

[6]) American Journal of International Law, vol. 39 (1945) p. 518—526.

[7]) M. Virally, L'Administration internationale de l'Allemagne du 8. mai 1945 au 24. avril 1947, Paris, 1948, p. 89.

[8]) Oppenheim, International Law (ed. by Lauterpacht), vol. I. 1955 § 237—a; im gleichen Sinn s. Ch. Rousseau.

[9]) L. Oppenheim, International Law, vol II 1952, § 265—a.

weiteren Schritt vorwärts. Die Charta verbietet nicht nur den Aggressionskrieg, sondern auch die Anwendung von Gewalt und selbst die Drohung mit Gewalt.

Aus dem Prinzip des Verbots eines Aggressionskrieges (dem Nichtangriffsprinzip) folgte sogar in der Definition des Briand-Kellog-Paktes, daß der Krieg nicht mehr als Mittel zur Erwerbung der Souveränität über ein Territorium betrachtet werden kann und daß der Sieg über den Gegner an und für sich dem Sieger noch keinerlei Rechte einräumt.

Die juridischen Folgen eines Sieges hängen indes zum guten Teil davon ab, wer der Sieger ist.

Wenn der Sieger ein Aggressor war, so durfte ihm dieser Sieg selbstredend keinerlei Rechte einbringen, weil seine Handlungsweise von Anfang an ungesetzlich war (ex injuria jus nonoritur).

War der Sieger jedoch das Opfer einer Aggression, so kommen zwar dem Sieger in diesem Fall gewisse Rechte zu, aber es ist nicht die Tatsache seines Sieges über den Aggressor, die ihm diese Rechte verleiht.

Hier ist es angebracht, einen der Punkte aus der Satzung der Organisation der amerikanischen Staaten vom 30. April 1948 zu zitieren, in dem es heißt: „Die amerikanischen Staaten verurteilen den Aggressionskrieg: der Sieg verleiht keine Rechte" — und den Staatsmännern der Vereinigten Staaten, die der Organisation der amerikanischen Staaten angehören, in Erinnerung zu rufen, daß ihre Erklärungen vom „dank dem Siege" gewonnenen Recht auf die Besetzung Berlins dem genannten Prinzip der Satzung der OAS direkt entgegengesetzt sind.

Die Handlungsweise der Verbündeten in bezug auf Deutschland und die zwischen ihnen geschlossenen Abkommen über die Besetzung gründeten sich auf das Prinzip der völkerrechtlichen Verantwortung der Staaten. Dem modernen Völkerrecht zufolge ist die Aggression ein ungesetzlicher und verbrecherischer Akt, der eine schwere Verantwortung des Staates sowie von Einzelpersonen involviert, die die Organisatoren und Vollzieher der Aggression waren (Verurteilung der Kriegsverbrecher nach dem zweiten Weltkrieg). Abgesehen davon, daß der Aggressorstaat verpflichtet ist, den von ihm anderen Ländern zugefügten Schaden wiedergutzumachen, können ihm politische und andere Beschränkungen auferlegt werden in Gestalt der Besetzung seines gesamten Territoriums oder eines Teils desselben, der Abtrennung eines Teils des Territoriums usw., um einer neuen Aggression von seiten dieses Staates vorzubeugen sowie auch als Präventivmaßnahme im Hinblick auf jedweden möglichen Aggressor.

Eben von diesen Leitsätzen gingen die Verbündeten denn auch in ihren Handlungen in bezug auf Deutschland aus. Das ergibt sich aus Geist und Buchstaben der Abkommen der Verbündeten über Deutschland. So heißt es in der Deklaration über die Niederlage Deutschlands und die Übernahme der höchsten Machtbefugnisse durch die Verbündeten in bezug auf Deutschland vom 5. Juni 1945, daß Deutschland „die Verantwortung für den Krieg trage".[10]) In dem Potsdamer Abkommen heißt es: „Das deutsche Volk hat damit begonnen, die furchtbaren Verbrechen zu sühnen, die unter der Führung jener verübt wurden, denen es zur Zeit ihrer Erfolge offen seine Billigung ausdrückte und denen es blind gehorchte."[11])

Man kann nicht umhin, dem deutschen Professor Karl B i t t e l beizupflichten, der schreibt: „Heute beruft sich Dulles nicht mehr auf die Ziele der Anti-Hitler-Koalition, er beruft sich in seinen völkerrechtlichen Forschungen nicht mehr auf

---

[10]) Sammlung von Verträgen und Übereinkommen, die sich noch in Wirkung befinden, geschlossen zwischen der UdSSR und ausländischen Staaten, Band 11.

[11]) ebenda S. 109.

das Potsdamer Abkommen. Die Vereinigten Staaten berufen sich jetzt darauf, daß ‚ihr Recht auf die Besetzung Berlins sich auf die völlige Niederlage Hitler-Deutschlands gründet'. Wer sich aber einer solchen Beweisführung bedient, gibt unwillkürlich zu, daß nicht die Vernichtung des deutschen Militarismus das tatsächliche Kriegsziel war, sondern die unbefristete Okkupation und die Eroberung eines Teiles von Deutschland und seiner alten Hauptstadt. Die Eroberung und langdauernde Besetzung eines fremden Territoriums entspricht nicht dem Völkerrecht. Es ist eine Verletzung des Völkerrechts, ist das, was Hitler getan hat." [12])

Die Besatzungszeit gehört längst der Vergangenheit an

Liefert das Völkerrecht eine Grundlage für die Annahme, daß es Fristen für die Besetzung Deutschlands gibt? In den Abmachungen über Deutschland, einschließlich des Potsdamer Abkommens, wird ja kein konkretes Datum für die Beendigung der Besetzung genannt.

In erster Linie ist da folgendes zu betonen: gemäß den Prinzipien des modernen Völkerrechts, auf die sich die Nachkriegsbesetzung Deutschlands stützte und die den Abkommen zwischen den Verbündeten zu dieser Frage zugrunde gelegt wurden, haben die Verbündeten, ungeachtet der völligen Niederlage Deutschlands und der Übernahme der höchsten Machtbefugnisse durch sie, nicht die Liquidierung des deutschen Staates erklärt. Die Verbündeten sind in ihren Abmachungen davon ausgegangen, daß die von ihnen ergriffenen außerordentlichen Maßnahmen zeitweiligen Charakter tragen. In der Deklaration über die Niederlage Deutschlands vom 5. Juni 1945 wird speziell hervorgehoben, daß „die Übernahme solcher Machtbefugnisse, Rechte und Vollmachten für die obengenannten Zwecke keine Annektierung Deutschlands bedeutet." [13])

Deutschland trug die völkerrechtliche Verantwortung für den Aggressionskrieg. Die Besetzung bedeutete eine sehr wichtige Garantie dafür, daß die Bestimmungen in den Abkommen der Verbündeten über Deutschland, die sich aus den Prinzipien des Völkerrechts über die Verantwortung für eine Aggression ergeben, verwirklicht werden.

Im Einklang mit diesen Leitsätzen wurden in den Potsdamer Abmachungen die Ziele der Besetzung Deutschlands definiert, wurde vorgesehen, daß diese Besetzung vor allem folgendes sicherstellen sollte:

1. Die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus. Maßnahmen sollten ergriffen werden, darauf gerichtet, daß Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Aufrechterhaltung des Friedens bedrohe; zu diesem Zweck Verhinderung jedweder faschistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda, Förderung einer demokratischen Entwicklung Deutschlands;

2. die Liquidierung einer übermäßigen Konzentrierung in der Wirtschaft Deutschlands — der Kartelle, Syndikate, Truste und anderer Monopolvereinigungen, die den Machtantritt des Faschismus, die Vorbereitung und Verwirklichung der Hitlerschen Aggression ermöglichten.

Da die Nachkriegsbesetzung Deutschlands sich auf das Prinzip der völkerrechtlichen Verantwortung des Staates für eine Aggression gründete, bestand die mit der Besetzung verbundene Aufgabe darin, zur Verwirklichung der Haftpflicht Deutschlands in den verschiedenen Formen, die in den Abmachungen zwischen den Verbündeten festgelegt waren, beizutragen. Nur natürlich, daß, wenn der

---

[12]) „Neues Deutschland", 24. Dezember 1958.

geschlossen zwischen der UdSSR und ausländischen Staaten, Band 11.

[13]) Sammlung von Verträgen und Übereinkommen, die sich noch in Wirkung befinden,

Zweck der Besetzung, wie er in diesen Abmachungen festgelegt worden ist, erreicht wäre, der juridischen Begründung der Besetzung damit der Boden entzogen würde. Übrigens ist das in den Abkommen über Deutschland deutlich genug im voraus festgelegt worden. Überall wird in ihnen unterstrichen, daß die Besetzung Deutschlands keine lange andauernde Erscheinung sei; so ist z. B. von der „Zeit der Kontrolle der Verbündeten" die Rede und davon, daß es für das deutsche Volk „möglich sein wird, im Laufe der Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen" usw.

Die konfuse Beweisführung in der Frage der Besatzungsfristen, die in dem Memorandum des USA-Staatsdepartements vom 20. Dezember 1958 enthalten ist, ist nicht überzeugend und juridisch nicht stichhaltig. Das Staatsdepartement erklärt wohl, es gebe im Potsdamer Protokoll „keinerlei Hinweise darauf, daß das Besatzungsrecht von der Erreichung dieser Ziele (das heißt der Ziele der Besetzung — d. V.) abhängt", ist aber genötigt, zuzugeben, daß es sich trotzdem nicht so verhält, als sei die Besetzung von keinerlei Fristen begrenzt. In dem Memorandum heißt es: „... Die Vereinigten Staaten wünschen festzustellen, daß, obwohl, wie oben gesagt, ein Abkommen hinsichtlich einer Begrenzung der Dauer der Besetzung Deutschlands durch die Verbündeten nicht besteht, welche, wie anerkannt wurde, von den Fristen abhängen wird, die für die Verwirklichung der Ziele der Besetzung nötig sind und viele Jahre erfordern mag ..." usw.

Dessen ungeachtet, zieht sich durch das ganze Memorandum des Staatsdepartements wie ein roter Faden der Gedanke, daß die Besetzung Deutschlands keinerlei chronologischen Rahmen hat noch haben kann; daß die Vereinbarungen zwischen den Verbündeten zur Deutschlandfrage rein deklarativen Charakter (?!) tragen, und daß all dem, was in diesen Vereinbarungen gesagt ist, keine Bedeutung für die Besatzungsfristen zukommen könne.

Die Hauptschlußfolgerung der Westmächte, der zufolge die Dauer der Besetzung Deutschlands weder durch Vereinbarungen zwischen den Verbündeten noch durch andere Normen des Völkerrechts begrenzt sei, gründet sich wiederum auf die Unterwerfungsdoktrin. Und wirklich, wenn der Sieger, wie die Anhänger dieser Doktrin behaupten, im Falle der völligen Niederlage des Gegners berechtigt ist, alles zu tun, was ihm in den Sinn kommt, einschließlich der Liquidierung der Souveränität des besiegten Staates, so ist er selbstredend berechtigt, auch das Territorium des besiegten Staates so lange besetzt zu halten, wie er es wünscht.

Da jedoch die Doktrin der Eroberung oder Unterwerfung, wie oben bereits gesagt, den Prinzipien des modernen Völkerrechts widerspricht, ermangeln praktisch die auf dieser Doktrin aufgebauten Schlußfolgerungen der Westmächte der juridischen Grundlage.

Wenn im Potsdamer Abkommen die Besatzungsfrist nicht genau angegeben ist, so bedeutet das noch nicht, daß eine solche Frist überhaupt nicht besteht. Die Frist der Nachkriegsbesetzung Deutschlands ergibt sich aus den allgemein anerkannten Prinzipien des modernen Völkerrechts; sie ist bloß deshalb nicht chronologisch festgelegt, weil sie von der Bedingung abhängig gemacht war, daß der Zweck der Besetzung erreicht wäre. Durchaus zutreffend wird in der Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958 darauf hingewiesen, daß „jede Besetzung eine zeitlich begrenzte Erscheinung" sei.[14])

Aus dem Vorhergehenden folgt, daß die Besetzung Deutschlands nur solange juridisch begründet sein konnte, als sie der Erfüllung der Besatzungsziele förderlich war und die Deutschland betreffenden Abmachungen zwischen den Ver-

[14]) „Prawda", 18. November 1958.

bündeten eingehalten wurden. Die Besatzungsziele sind jedoch nur in der sowjetischen Besatzungszone konsequent verwirklicht worden. In Ostdeutschland, auf dessen Territorium späterhin die Deutsche Demokratische Republik entstand, wurde die Herrschaft der Monopole in der Industrie und die der Gutsbesitzer in der Landwirtschaft liquidiert, der Nazismus ausgerottet und eine Reihe anderer sozialer Umgestaltungen verwirklicht, die einem Wiedererstehen des Militarismus restlos den Boden entzogen haben. Die Deutsche Demokratische Republik ist ein friedliebender demokratischer Staat, der die sich für ihn aus dem Potsdamer Abkommen ergebenden Verpflichtungen strikt erfüllt.

Was die westlichen Besatzungszonen anbelangt, so hat dort die Entwicklung eine völlig andere Richtung eingeschlagen. In ihrem Bestreben, das kriegswirtschaftliche Potential Westdeutschlands wiederherzustellen, haben die Westmächte auf jede Art und Weise jene sozialen Kräfte unterstützt, die in Hitler-Deutschland die ausschlaggebende Rolle spielten; sie haben die Aufstellung einer westdeutschen Armee nicht nur sanktioniert, sondern bieten darüber hinaus alles auf, um diese Armee mit modernen Waffen, darunter auch Atomwaffen, auszurüsten. Sie haben Westdeutschland in den aggressiven Nordatlantikblock einbezogen und ihm die Rolle der militärischen Hauptstoßkraft zugewiesen. Infolge der Politik der Westmächte konnten jene Bestimmungen des Potsdamer Abkommens nicht erfüllt werden, die die Gewährleistung der Einheit Deutschlands als friedliebender und demokratischer Staat vorsahen.

Somit hat die Besetzung deutschen Territoriums durch die Westmächte längst aufgehört jenen Zielen zu dienen, die in den Vereinbarungen zwischen den Verbündeten, gegründet auf die allgemein anerkannten Prinzipien des modernen Völkerrechts, festgelegt worden waren.

Da sie diese Vereinbarung von Grund auf verletzt haben, indem sie die Besetzung für Zwecke ausnutzen, die denen, um derentwillen die Besetzung vorgenommen wurde, entgegengesetzt sind, haben die Westmächte jedes Recht auf die Besetzung Deutschlands eingebüßt.

Man kann auch nicht umhin, festzustellen, daß, wie die Sowjetunion, so auch die drei westlichen Besatzungsmächte mit der Deutschen Demokratischen Republik bzw. der Bundesrepublik Deutschland Verträge abgeschlossen haben, die die Einstellung der Besatzungsregimes vorsehen.

Nach Bildung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 liquidierte die Sowjetunion die sowjetische Militärverwaltung in Deutschland, hob im Jahre 1953 die sowjetische Kontrollkommission auf, die nach Liquidierung der Militärverwaltung fungierte, hob später den Posten des Sowjetischen Hohen Kommissars auf und setzte auf dem Territorium der DDR die Verfügungen des Kontrollrats, die in den Jahren 1945—1948 erlassen worden waren, außer Kraft. Entsprechend dem Vertrag vom 20. September 1955 gründen sich die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik auf völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung der staatlichen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Somit hat auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik das Besatzungsregime schon längst aufgehört zu bestehen.

Was die drei Westmächte anbelangt, so unterzeichneten sie am 23. Oktober 1954 mit der BRD das „Protokoll über Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland", das, wie auch alle anderen Pariser Abkommen, am 5. Mai 1955 in Kraft trat. Dieses Protokoll nahm Korrekturen am „Abkommen über die Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland" vom 26. Mai 1952 vor, einem Abkommen, das gleichfalls am 5. Mai 1955 in Kraft trat. Artikel 1 dieses Abkommens mit den Korrekturen, die durch

das Protokoll vom 23. Oktober 1954 vorgenommen wurden, lautete: „Mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Abkommens werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik . . . das Besatzungsregime in der Bundesrepublik Deutschland beenden, das Besatzungsstatut außer Kraft setzen und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Posten der Kommissare in den Ländern der Bundesrepublik aufheben."

Folglich haben die Westmächte gleichfalls die Beendigung der Besetzung deutschen Territoriums proklamiert.

Ganz richtig heißt es daher in der Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958: „Die Periode der Besetzung Deutschlands gehört längst der Vergangenheit an, und Versuche, dem Absterben der Sonderrechte fremder Mächte in Deutschland entgegenzuwirken, werden zu einem gefährlichen Anachronismus." [15])

Die Besetzung Berlins

Die Besetzung Berlins wurde durch Vereinbarungen zwischen den Verbündeten festgelegt, von denen die wichtigste, nämlich das Protokoll des Abkommens über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung von „Groß-Berlin", schon im Herbst 1944 abgeschlossen wurde. In dem Protokoll über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung von „Groß-Berlin" vom 12. September 1944 nebst den am 26. Juli 1945 vorgenommenen Korrekturen sowie in dem Abkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland vom 14. November 1944 nebst den Korrekturen vom 1. Mai 1945 wurde vorgesehen, daß vier Besatzungszonen in Deutschland errichtet werden sollen. Was Berlin anbetrifft, so wurde es nicht als fünfte Besatzungszone betrachtet, sondern allein zwecks gemeinsamer Verwaltung aus der sowjetischen Zone ausgesondert. In diesen Vereinbarungen wurden auch die Organisierung einer gemeinsamen Verwaltung des Raumes „Groß-Berlin" und die Errichtung einer Interalliierten Kommandantur, bestehend aus vier Kommandanten, vorgesehen, die „unter der allgemeinen Leitung durch den Kontrollrat fungieren würde".

Der Status einer gemeinsamen Besetzung und einer gemeinsamen Verwaltung von „Groß-Berlin" war im Zusammenhang damit entstanden, daß Berlin als Hauptstadt Deutschlands zum Sitz des Alliierten Kontrollrats bestimmt wurde, der zwecks Verwaltung Deutschlands in der Anfangsperiode der Besetzung gebildet worden war.

Westberlin ist natürlich ein Teil des Territoriums Deutschlands, und deshalb gilt für Westberlin das, was früher darüber gesagt wurde: daß nämlich die juridischen Grundlagen der Besetzung längst schon hinfällig geworden sind.

Völlig haltlos ist der Versuch des US-Staatsdepartements, zu beweisen, daß die Besetzung Berlins von den Potsdamer Vereinbarungen nicht abhängig sei. Die die Besetzung Berlins betreffenden Vereinbarungen sind nur ein Teil eines einheitlichen Systems, dessen Grundpfeiler das Potsdamer Abkommen bildet, da es alles umfaßt, was die politischen und wirtschaftlichen Prinzipien einer koordinierten Politik der Verbündeten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der Viermächtekontrolle betrifft. Wie in der Note der Sowjetregierung an die USA-Regierung vom 10. Januar 1959 zutreffend festgestellt wird, „entstand und existierte der Viermächtestatus Berlins nicht isoliert von allen anderen Vereinbarungen der Verbündeten in bezug auf Deutschland, sondern war der Erfüllung der Hauptaufgaben der Besetzung Deutschlands in der anfänglichen

[15]) „Prawda", 28. November 1958.

Nachkriegsperiode, wie sie im Potsdamer Abkommen festgelegt wurden, völlig untergeordnet."

Die Besatzungspolitik der Westmächte in Berlin stand im gleichen Widerspruch zu den Besatzungszielen wie auch ihre Politik in Westdeutschland. Die Vereinbarungen über Berlin sind von den Westmächten von Grund auf verletzt worden; sie haben Westberlin zu einem Aufmarschgebiet für eine verstärkte Spionage-, Diversions- und Sabotagepolitik gegen die DDR, die Sowjetunion und andere sozialistische Länder gemacht.

Wie schon gesagt wurde, sahen die Vereinbarungen zwischen den Verbündeten eine „gemeinsame Besetzung" und eine „gemeinsame Verwaltung" Berlins vor. Die gleiche Politik der Westmächte aber, die eine immer größere Vertiefung der Spaltung Deutschlands bewirkte, hat auch zur Liquidierung der gemeinsamen Besetzung und gemeinsamen Verwaltung Berlins geführt. Schon 1948 wurde durch die Schuld der Westmächte die Tätigkeit der Interalliierten Kommandantur Berlins und des Interalliierten Kontrollrats lahmgelegt, erfolgte die Spaltung der einheitlichen deutschen Selbstverwaltungsorgane in Berlin. Am 14. Mai 1949 setzten die USA, Großbritannien und Frankreich ein separates Besatzungsstatut in Westberlin in Kraft.

Die genannte Handlungsweise der Westmächte stellte in Verbindung mit ihrer Handlungsweise in Westdeutschland eine gröbliche Verletzung der Besatzungsziele und der Vereinbarungen zwischen den Verbündeten über die Besetzung Deutschlands dar, sie bewirkte, daß ihre Besetzung Westberlins schon längst jeder juridischen Grundlage entbehrt.

Das Memorandum des Staatsdepartements macht die Beendigung der Besetzung Westberlins vom Abschluß eines deutschen Friedensvertrages abhängig. Zweifelsohne hätte der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland große Bedeutung für eine Normalisierung der Lage in Deutschland und in Europa überhaupt; dafür aber, die Beendigung der Besetzung Westberlins mit dem Abschluß eines Friedensvertrages zu verknüpfen, liegt nicht der geringste Grund vor. Wenn die Besetzung Deutschlands schon der Vergangenheit angehört und dies von allen vier Partnern der Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands anerkannt wurde, so liegt nicht der geringste Anlaß zu der Behauptung vor, mit der Beendigung der Besetzung Westberlins müsse bis zum Abschluß eines Friedensvertrages gewartet werden.

Pacta sunt servanda

Bei ihren Versuchen, eine Rechtfertigung für die weiterhin andauernde Besetzung Westberlins zu finden, gehen die Westmächte im Grunde genommen darauf aus, die Frage des Status von Berlin zu verwirren. Sie versteifen sich sogar zu der Behauptung, daß die Vereinbarungen zwischen den Verbündeten über Deutschland rein deklarative Bedeutung hätten und daher die Wahrnehmung der Besatzungsrechte durch die Westmächte in bezug auf Berlin nicht im geringsten beeinflussen könnten. So behauptet das Staatsdepartement in seinem Memorandum vom 20. Dezember z. B.: „Die Rechte einer jeden Besatzungsmacht existieren unabhängig und liegen einer Reihe von Vereinbarungen zugrunde, die die Sphären und Methoden der Wahrnehmung dieser Rechte bestimmen." Der Außenminister Großbritanniens, L l o y d , erklärte in seiner Unterhausrede vom 4. Dezember 1958, das Recht der Westmächte auf die Besetzung Berlins ergebe sich aus der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands. Er erklärte ferner, daß die „Viermächteabkommen lediglich festgelegt hätten, welche Räume von jeder Besatzungsmacht zu besetzen seien".

Diese Beweisführung hält jedoch der Kritik nicht stand. Die Vereinbarungen über Deutschland, die seine Nachkriegsbesetzung vorsahen, waren eine natürliche Folge der gemeinsamen Aktionen der Verbündeten gegen Deutschland; sie gründeten sich auf allgemein anerkannte völkerrechtliche Prinzipien, und zwar vor allem auf das Prinzip der Verantwortung eines Staates für eine Aggression. Diese Vereinbarungen bestimmten, in welcher Form Deutschland die Verantwortung für die Aggression zu tragen habe, und sahen insbesondere die Besetzung des Territoriums Deutschlands vor, die konkreten Besatzungsziele und damit auch die Dauer der Besetzung, das Verfahren bei der Verwaltung Deutschlands usw.

Was die Besetzung eines Teils von Berlin durch die Westmächte anbelangt, so gründete sich die Anwesenheit von Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Westberlin auf ein internationales Abkommen. Die Truppen der Westmächte hatten auf dem Territorium Berlins keinerlei Kampfhandlungen geführt, sie sind daselbst erst zwei Monate nach Beendigung der militärischen Operationen eingezogen.

In dem Memorandum des Staatsdepartements heißt es: „Da die Rechte auf die Besetzung und den Zutritt nicht von der Sowjetunion gewährt wurden, verfügt die Sowjetunion über keinerlei Vollmacht, diese Rechte aufzuheben durch die Annullierung von Vereinbarungen oder durch vorsätzliche Übergabe der Kontrolle über sie an Dritte." Dieses Jonglieren mit Worten ist ziemlich sinnlos. Jeder internationale Vertrag legt die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragspartner fest. Und die Vereinbarungen der Verbündeten über Deutschland, die die Rechte und Pflichten der Abkommenspartner festgelegt haben, machen hiervon keine Ausnahme.

Die Hauptthese der Westmächte in bezug auf die Vereinbarungen zwischen den Verbündeten über Deutschland ist in dem Kommuniqué der Tagung des Nato-Rates vom 16. Dezember 1958 formuliert. In diesem Kommuniqué heißt es: „Der Rat der Nordatlantikunion erklärt, daß kein Staat berechtigt ist, sich von seinen internationalen Verpflichtungen einseitig loszusagen. Der Rat ist der Meinung, daß die von der Sowjetunion erfolgte Aufkündigung interalliierter Vereinbarungen über Berlin die anderen Seiten keineswegs ihrer Rechte beraubt und die Sowjetunion von ihren Verpflichtungen nicht befreit. Solche Methoden zerstören das Vertrauen zwischen den Ländern, das einen der Grundpfeiler des Friedens ausmacht . . ."

Die Sowjetunion als Verletzer der Vereinbarungen über Berlin hinstellen zu wollen, ist jedoch ein Versuch mit untauglichen Mitteln, der sich lediglich auf jeder Grundlage entbehrende Behauptungen stützt.

Das Prinzip gewissenhafter Erfüllung internationaler Verträge (pacta sunt servanda) ist ein außerordentlich wichtiges Prinzip des Völkerrechts, ohne dessen Befolgung ein internationales Vertrauen tatsächlich undenkbar ist. Man braucht sich aber nur den Tatsachen zuzuwenden, damit es sofort klar wird, wer dieses Prinzip in bezug auf die Abmachungen über Deutschland als Ganzes genommen und über Berlin im besonderen verletzt hat. Die früher angeführten Tatsachen bezeugen, daß die Politik der Westmächte schon längst dem Geist und dem Buchstaben der interalliierten Vereinbarungen über Deutschland und den mit seiner Besetzung verfolgten Zwecken widerspricht und daß gerade die Westmächte diese Vereinbarungen gröblich verletzt haben.

Die Erklärung der Sowjetregierung, sie betrachte das Protokoll des Abkommens zwischen den Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der Vereinigten Staaten von Amerika und des Vereinigten Königreichs über die Besatzungszonen Deutschlands und über die Verwaltung von „Groß-Berlin" vom

12. September 1944 sowie die mit diesem Protokoll verknüpften politischen Vereinbarungen, einschließlich des Abkommens zwischen den Regierungen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 1. Mai 1945 über den Kontrollmechanismus in Deutschland als erloschen, stellt eine völlig gerechtfertigte Schlußfolgerung dar, die sich aus der Handlungsweise der Westmächte in bezug auf die zwischen den Verbündeten über Deutschland getroffenen Vereinbarungen ergibt.

Der Grundsatz des Völkerrechts, dem zufolge die Verletzung eines internationalen Vertrages durch die eine Seite der anderen Seite das Recht gibt, sich der aus diesem Vertrag resultierenden Verpflichtungen als ledig zu betrachten, ergibt sich aus dem ureigenen Wesen eines internationalen Vertrages. Ein internationaler Vertrag bringt nicht nur den übereinstimmenden Willen seiner Partner, sondern auch einen Willensvorbehalt derselben zum Ausdruck. Das bedeutet, daß ein zwischen den Staaten abgeschlossener Vertrag einen gegenseitigen Willensvorbehalt einschließt, der darin besteht, daß die Einwilligung des einen Staates, die eine oder andere Norm als Norm des internationalen Vertrages und folglich auch als für sich verbindlich anzuerkennen, unter der Voraussetzung einer analogen Einwilligung des anderen Staates gegeben wird.

Dieses Völkerrechtsprinzip ist allgemein anerkannt. „Die Verletzung eines Vertrages durch einen der vertragschließenden Staaten", heißt es in dem Vorlesungszyklus über Völkerrecht von Oppenheim, „bedeutet nicht ipso facto die Annullierung des Vertrages; sie berechtigt aber die andere Seite, auf dieser Grundlage einen solchen Vertrag zu annullieren." [16]) In dem Vorlesungszyklus über Völkerrecht des Amerikaners F e n w i c k heißt es zu dieser Frage: „Die Verletzung eines Vertrages durch eine der vertragschließenden Seiten liefert der anderen Seite einen Grund, den Vertrag zu annullieren. Dieses allgemeine Prinzip gilt als anerkanntes Prinzip des Völkerrechts . . ." [17])

Hinsichtlich der Doktrin des Völkerrechts bestehen verschiedene Meinungen darüber, ob j e d e b e l i e b i g e Verletzung eines internationalen Vertrages durch die eine Seite der anderen Seite das Recht gibt, sich ihrer Verpflichtungen aus diesem Vertrag als ledig zu betrachten. Einige Autoren meinen, daß die Verletzung unwesentlicher Vertragsbedingungen durch die eine Seite noch nicht ein solches Recht verleiht. Von niemandem wird aber der Grundsatz bestritten, daß eine Verletzung der H a u p t b e d i n g u n g e n eines Vertrages durch die eine Seite der anderen Seite das Recht gibt, den Vertrag als ungültig zu betrachten.

Die Westmächte haben alle grundlegenden Punkte der interalliierten Vereinbarungen über Berlin verletzt. Aus dieser Tatsache hat die Sowjetregierung den entsprechenden Schluß gezogen in völliger Übereinstimmung mit den Prinzipien des Völkerrechts.

In dem Memorandum des USA-Staatsdepartements wird noch ein weiterer Versuch gemacht, die Berechtigung der von der Sowjetregierung in bezug auf das Protokoll vom 12. September 1944 und andere, gleichfalls in der Note der Sowjetregierung vom 27. November 1958 erwähnte, Vereinbarungen bezogene Position anzufechten. In dem Memorandum wird zu beweisen versucht, daß mehrseitige Vereinbarungen selbst im Falle ihrer Verletzung nicht von einem Staat allein annulliert werden können. „Der sowjetische Standpunkt", heißt es in dem Memorandum, „dem zufolge der eine Partner eines wesentliche Rechte deklarierenden mehrseitigen Abkommens dieses Abkommen aufkündigen, sich auf diese Weise den aus dem Abkommen resultierenden Verpflichtungen entziehen und

[16]) L. Oppenheim.

[17]) Ch. Fenwick, International Law. New York, 1948, p. 452.

solche Rechte für ungültig erklären kann, ist nicht stichhaltig. Fehlt die Einwilligung der anderen Seite, die Wirksamkeit des Abkommens zu annullieren oder fehlt die Angabe konkreter Fristen für die Wirksamkeit des Abkommens, so muß die Frage seiner Aufhebung sich auf die Normen des Völkerrechts stützen. Das Völkerrecht erkennt unter solchen Umständen keinerlei Rechte auf eine einseitige Aufkündigung an."

Die Viermächtevereinbarungen über Deutschland sind von drei Teilnehmern an diesen Vereinbarungen verletzt worden. Im vorliegenden Falle haben sich im Grunde genommen zwei Seiten gebildet, wobei die eine, aus drei Teilnehmern bestehende Seite diese Abkommen zur Gänze verletzt hat. Nur natürlich, daß im vorliegenden Falle die vierte Seite allen Grund hat, sich als der Verpflichtungen aus den von allen vier Teilnehmern unterzeichneten Abkommen ledig zu betrachten, zum mindesten, was den Teil dieser Vereinbarungen anbetrifft, der von den übrigen drei Partnern nicht erfüllt wird.

*

Somit ermangelt die Besetzung Westberlins, geht man von den Prinzipien des Völkerrechts aus, jedweder juridischen Grundlage. Unter solchen Umständen müßten die Machtbefugnisse in Westberlin juridisch auf die Deutsche Demokratische Republik übergehen, auf deren Territorium Westberlin gelegen ist. Das wäre sowohl politisch wie juridisch die richtige Lösung der Frage.

Unter Berücksichtigung der realen Situation jedoch hat die Sowjetregierung in ihrer Note vom 27. November 1958 eine Kompromißlösung vorgeschlagen: die Errichtung einer unabhängigen Freien Stadt Westberlin. Dieser Vorschlag der Sowjetregierung ist von den hohen Zielen der Außenpolitik der Sowjetunion diktiert, Zielen, die den Kampf für den Frieden, für die friedliche Koexistenz beinhalten. Die Akzeptierung des sowjetischen Vorschlages würde zur Gesundung der Atmosphäre in Deutschland und in Europa beitragen, sie wäre somit ein wichtiger Beitrag zur gegenseitigen Annäherung der beiden deutschen Staaten, die die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung Deutschlands bildet.

Das Säbelrasseln und die Erklärungen gewisser westlicher Staatsmänner und Militärs, sie seien „bereit, sich zu schlagen", und sie würden sich „den Weg nach Berlin mit Panzern bahnen" usw., zeugen davon, daß ihnen jeder Sinn für die Realität abhanden gekommen ist. In der Charta der Organisation der Vereinten Nationen ist die feierliche Verpflichtung enthalten, sich jeder Gewaltanwendung sowie auch der Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen zu enthalten. Die Staatsmänner der USA lieben es, sich auf das Völkerrecht schlechthin zu berufen, wenn aber von seiner konkreten Anwendung die Rede ist, so vergessen sie das Völkerrecht sehr oft.

Dr. Dr. Georg Groeninger

Berlin — im Fiasko der westdeutschen Aufrüstung

Durch die russische Note vom 27. 11. 1958 ist die unhaltbare Lage unserer nationalen und politischen Zerrissenheit, zugleich aber auch der Mißerfolg unserer Außenpolitik besonders deutlich geworden. Die Bundesregierung wurde aus ihrer Gleichgültigkeit in der Frage der Wiedervereinigung herausgerissen. Es ist ein Überraschungsschlag der Sowjets, der nun zu Verhandlungen zwingt, denen die Bundesregierung seit Jahren aus dem Weg gegangen ist. Unter diesen Umständen ist es für sie schwer, die Verhandlungsbasis und den rechten Ton zu finden. Denn sie muß zugestehen, daß ihre seit acht Jahren betriebene Außenpolitik mit dem Ziel, die Wiedervereinigung am raschesten durch Wiederaufrüstung zu erreichen, verfehlt ist — und daß auf dieser falschen Basis die politischen Möglichkeiten für unser Volk in die ungünstigsten Konstellationen getrieben worden sind, was z. B. schon die Art, wie der „Friedensvertrags-Entwurf" von den Sowjets präsentiert wurde, erkennen läßt.

Deutschland — „das Korn zwischen zwei Mühlsteinen"

Wenn von den Sowjets ein politischer Vorstoß unternommen wird, dann sieht die Bundesregierung darin einen „Angriff auf ihre Politik"; sie sieht bösen Willen und nimmt dies als Anlaß und Rechtfertigung für ihre Aufrüstung. Sie bedenkt aber nicht, daß wir durch einen viel schlimmeren Überraschungsschlag (Wiederaufrüstung) und die seitdem geführten bitteren Reden und Drohungen den Osten scharf herausgefordert und ihn zu Gegenmaßnahmen gezwungen haben. Sie übersieht ferner, daß die gespannte Situation in Berlin nur ein Teilstück in der Kette der sich treibenden Gegensätze und die unausbleibliche Folge unserer Aufrüstung ist. Wir empfinden den Vorstoß der Sowjets in Berlin als einen Angriff auf unsere Freiheit, während er für die Sowjets der Versuch einer radikalen Lösung eines Zustands ist, der für West und Ost und am meisten für die Deutschen im östlichen Teilstaat immer unerträglicher wird. Mit Rückendekkung der Westmächte richtet sich unsere Regierung auf Abwehr ein. Wichtiger ist es, von der Sache zu reden und eine Lösung zu finden, die eine Entspannung und eine politische Ruhelage bringt, in der sich dann ein gesundes Volks- und Wirtschaftsleben auf der Basis konstruktiven politischen Denkens und Handelns entwickeln kann.

Im gegenseitigen Haß und Wettrüsten haben die west-östlichen Beziehungen ein Ausmaß von Erbitterung, Angst und Mißtrauen erreicht, die jede Verhandlungsmöglichkeit aufs schwerste belastet. Das ist der neuralgische Punkt in der Berliner Situation von heute. Wie soll die Vertrauensbasis geschaffen werden, ohne die alles Verhandeln erfolglos sein wird? Es wird nicht gehen, ohne daß die politischen Fehler der Vergangenheit auch auf unserer Seite erkannt und abgestellt werden.

Ausgehend von der Tatsache, daß der Überfall auf Rußland im Juni 1941 unter Vertragsbruch von Hitlerdeutschland ausgeführt wurde, ist es wichtig, heute wenigstens einzusehen, daß unsere Aufrüstung schon um deswillen die Sowjets und — was viel entscheidender ist —, das russische Volk besonders schwer treffen mußte. Es ist weiter wichtig zu erkennen, daß wir mit unserer Aufrüstung den naturgegebenen Weg der politisch sachlichen Bereinigung der durch den Hitlerkrieg geschaffenen Zustände verlassen haben. Und so haben wir uns in den Mittelpunkt aller politischen und militärischen Gegensätze wie auch aller wirtschaftlichen Lasten und Risiken gestellt. Nicht umsonst haben unsere west-

lichen Freundmächte auf unsere Aufrüstung gedrängt, damit wir unter dem Druck von Rüstungslasten sie nicht vom Weltmarkt verdrängen! —

Und noch schlimmer: Wir sind durch unsere Aufrüstung mit unseren beiden Teilstaaten militärische Gegner und zugleich die meistgefährdeten Reibungsflächen zwischen den beiden Machtblöcken Amerika und Rußland geworden. Man muß hier an den weitblickenden Politiker Konstantin Frantz denken, der vor etwa hundert Jahren (1861) vor den militärischen Plänen Bismarcks mit dem Hinweis warnte: Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Staaten Europas werden bei größter Schwächung des Kontinents die deutschen Länder der europäischen Mitte am schwersten treffen! Frantz sagt dann wörtlich: „Alle Kriege zwischen den abendländischen Staaten haben zuletzt keinen anderen Erfolg, als daß sie den Machtaufschwung Rußlands wie andererseits den der Neuen Welt befördern . . . Wie das Korn zwischen zwei Mühlsteinen wird man uns zerreiben." (E. Stamm: K. Frantz S. 86 u. 133). — Stehen wir nicht seit 1939 und gerade heute wieder durch unsere nicht zu verantwortende Wiederaufrüstung — dazu im Zeitalter der Raketen und Atomwaffen — mit erschrekkender Greifbarkeit in dieser Situation: „Korn zwischen zwei Mühlsteinen"? — Das ist im tiefsten und im realsten Grund der Ernst unserer heutigen Lage. Ohne diese Erkenntnis und den Willen zur Umkehr im Geist der seitherigen Außenpolitik wird es keinen Verhandlungserfolg geben.

Die Voraussagen von K. Frantz über das deutsche Schicksal, die geschichtlich bis ins Letzte bestätigt sind, sind heute Wegweiser für die Außenpolitik. Unsere jüngste Geschichte hat den Beweis geliefert, daß die Kritiker Bismarcks und seiner „Politik der Stärke" auf dem rechten Wege waren. Es ist eine ernste Mahnung, wenn wir den Weg unseres Volkes zurückblicken: Von der glanzvollen, allzu militärisch betonten Reichsgründung in Versailles — durch die Zeiten des „bewaffneten Friedens" und der Weltkriege — bis zur Zertrümmerung unserer Reichseinheit im Zeichen einer „bedingungslosen Kapitulation". Deutlicher kann uns die Geschichte nicht beweisen, daß Waffen und das Vertrauen auf militärische Macht nicht Werkzeuge einer weitblickenden konstruktiven Politik sein können, die auf den bleibenden Bestand des Geschaffenen Wert legen muß.

Die verpaßten Gelegenheiten

Nach dem katastrophalen Ausgang des Hitlerkrieges wäre es am Platze gewesen, die destruktiven Faktoren der politischen Unvernunft und des Glaubens an die Macht der Waffen für alle Zeit auszuschalten, wie die führenden Politiker nach 1945 übereinstimmend bekundeten. Kein Streitfall kann den Gebrauch der Waffen heute noch rechtfertigen. Die wichtigste Aufgabe wäre nach dem Zusammenbruch des Hitlerreichs gewesen, diese „Konkursmasse" in kluger Zurückhaltung gegenüber östlichen und westlichen Wünschen und Forderungen und ohne Schaffung neuer Gegensätze zu bereinigen und als nächstes Ziel die Wiedervereinigung zu betreiben. Österreich ging diesen Weg, ohne einen Bruch mit Rußland zu riskieren. Es hat seinen Friedensvertrag, seine nationale Einheit, sein Land frei von Besetzung und fremder Einmischung. Seine Wehrmacht baut es ohne Betreiben fremder Mächte und Interessen auf. Es sind dies die Tatsachen, auf die sich Chrustschow mit seinem Hinweis auf Österreich beruft, um die Ernsthaftigkeit seines Verhandlungswillens darzutun und das Mißtrauen im Westen zu zerstreuen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß für ihn bei seinen innerwirtschaftlichen Plänen und Aufgaben die Ungewißheit und die Gefahren im Westen eine äußerste Behinderung sind und daß er deswegen an einer Entspannung im Westen ernsthaft interessiert ist. — Man darf bei uns nicht immer so tun, als ob nur im Osten die Teufel wären, während bei uns alles in Ord-

nung wäre. Hier liegt eine gefährliche Einseitigkeit unserer Politik, die jeden sachlichen Ausblick verbaut.

Wenn nun im Blick auf die kommenden Verhandlungen von hoher Regierungsstelle die Hoffnung ausgesprochen wird, daß „alle Deutschen in der Abwehr der kommunistischen Bedrohung einig sein werden", so hätte es bei der zuverlässigen Haltung unseres Volkes dieses Hinweises nicht bedurft. Es besteht jedoch die Tatsache, daß wir uns selbst diese Abwehr durch die dem Osten gegenüber betriebene Außenpolitik erheblich erschwert haben. Denn die russische Bedrohung ist unter dem Rüstungsdruck des Westens durch die verstärkte russische — seit 1953 auch atomare — Gegenrüstung wesentlich ernster geworden.

Die Chancen der kommenden Verhandlungen sind aber auch dadurch verschlechtert, daß wir eine der günstigsten Verhandlungsgelegenheiten durch die brüske Ablehnung der Sowjetnote vom 10. März 1952 ausgeschlagen haben. Diese Note entsprach inhaltlich im wesentlichen den Bedingungen des österreichischen Friedensvertrages. Paul Sethe sagte bei Behandlung dieser Vorgänge: „Die Sternstunde für Deutschland haben wir verstreichen lassen". Er nennt es einen der wesentlichen Irrtümer der Bundesregierung, zu „glauben, Wiedervereinigung und deutsch-amerikanisches Bündnis seien miteinander zu vereinbaren". (P. Sethe: „Zwischen Bonn und Moskau", S. 146, 155.)

Es hat genug politisch ernst zu nehmende Männer gegeben, die von Anfang an vor der Aufrüstung gewarnt haben. Man hat sie nicht hören wollen und hat selbst solche Männer als Handlanger des Kommunismus verdächtigt, die weit entfernt von jeder derartigen Anwandlung lediglich aus Vernunft- und Gewissensgründen und aus echt demokratischer Volksverbundenheit im Interesse der Wiedervereinigung die Verschärfung der Ost-West-Beziehungen durch Waffenbündnis mit dem Westen ablehnten. Der Gang der Dinge hat gezeigt, daß ihre Mahnungen begründet waren und daß die Aufrüstung nicht der Weg zur Wiedervereinigung sein kann.

Da in der Frage der Wiedervereinigung seit Jahren vom Westen her nichts Positives unternommen wurde, haben nun die Sowjets die Initiative zum Handeln ergriffen und uns in die ungünstigere Rolle versetzt. „Die Sternstunde für Deutschland" ist verpaßt. Die Bundesregierung hat es versäumt, mit unbefangenem Weitblick nach Westen und Osten ein außenpolitisches Programm zu entwerfen, das ihr ohne Festlegung auf militärische und kleineuropäische-weltanschauliche Bindungen und ohne Kampfstellung gegen den Osten volle Aktionsfähigkeit mit dem Ziele der Wiedervereinigung ermöglicht hätte.

Verhandlungen zur Sache statt Nervenkrieg

Unsere Situation bei der Wiedervereinigung und in den west-östlichen Beziehungen ist äußerst verfahren. G. F. Kennan hat dies jüngst in „Foreign Affairs" sehr bezeichnend in die Worte gefaßt: „Die Vergangenheit steigt als echtes Hindernis für die Lösung der Probleme der Gegenwart auf". Kurz gesagt: Den richtigen Weg hat man sich verbaut. — Das macht die kommenden Verhandlungen so schwer. Man wird nicht auf die Ebene erfolgreicher Gespräche kommen, wenn nicht die gefühlsmäßigen, mit Ressentiments geladenen Versteifungen überwunden werden, die zu allem Elend unseres totalen Zusammenbruchs neu aufgetürmt wurden; — wenn nicht diese kalte, unfreundliche Methodik diplomatischer Verhandlungen einer echten Bereitschaft zum Verstehen des anderen Platz macht; eine Haltung, die die Staatsmänner Österreichs zu gutem Erfolg führte.

Wir werden — das muß immer wieder gesagt werden — ohne die Einsicht nicht weiterkommen, daß wir mit der uns zugemuteten Art und Überstürzung

der Aufrüstung den falschen Weg gegangen sind. Und es entsteht die bange Frage, ob unsere Regierung die notwendige innere Wandlung und Umkehr wird vollziehen können, oder ob sie ihr Prestige höher einschätzt als das Interesse des Ganzen. Denn „ein Zurück zu der Selbstgefälligkeit, zu der Vogel-Strauß-Politik der vergangenen Jahre ist uns nicht mehr erlaubt". (Die Welt v. 3. 1. 59.) Nach der Häufung von so viel Mißtrauen ist noch viel geistiger Unrat abzutragen, ehe man auf den soliden Grund für sachliche Verhandlungen kommt. Zu viel Haß- und Drohreden sind von den maßgebenden Stellen in die Welt hinausgeschrien worden — im Westen wie im Osten. Rein stimmungsmäßig ist die Atmosphäre vergiftet worden durch einen erschreckenden Mangel an persönlichem Takt und an politischer Klugheit. Begreifen diese Männer denn nicht, welchen Schaden sie den Völkern und ihrem eigenen Volk zufügen?

Nun hängt alles davon ab, daß wir den Standort sachlich-konstruktiven Denkens beziehen und nach so vielen fruchtlosen Jahren greifbare Erfolge anstelle der bisherigen „permanenten Erfolglosigkeit" unserer Außenpolitik erzielen. Es wäre alles zwecklos, wenn nicht die Linie eines welt- und menschheits-verbundenen Denkens gefunden würde — ohne die weltanschaulich-dogmatische Enge, die so viele Gegensätze geschaffen hat, und ohne die politisch negative Freund-Feind-Einstellung, die „Freunde" sucht, um „Feinde" zu vernichten. Werden wir die Suggestivvorstellung vom „Todfeind im Osten" noch rechtzeitig überwinden, ehe schlimmste Folgen daraus erwachsen — wie wir auch die alte haßerfüllte Vorstellung vom „Erbfeind im Westen" leider viel zu spät und nach so schweren Opfern als politischen Unverstand erkannt haben?

„Politik der Stärke" führt nicht zum Ziel. Das ist unbestritten. Denn die Zeichen bewaffneter Macht deuten auf Vernichtung alles Lebens. Es wäre auch nicht zu verantworten, die „Politik hart am Rande des Abgrunds" fortzusetzen und es bei den kommenden Entscheidungen auf das Ausstehen dieser „Nervenprobe" ankommen zu lassen. Allein entscheidend sind die Tatsachen, die rauhen Tatsachen: Einerseits die stark vernachlässigten gesamtdeutschen Probleme gegenüber dem Osten. Andererseits die durch Aufrüstung, atomares und ballistisches Wettrüsten und durch neueste bakteriologische Radikalmittel geschaffene Möglichkeit der totalen Vernichtung und Selbstvernichtung. Bei diesen Aspekten kann nur noch vernünftiges Reden, gewissenhaftes Handeln und strengste Respektierung des Lebensrechtes aller Völker — unter Ausschaltung jeglicher ideologischer Einseitigkeit und Voreingenommenheit — einen Erfolg versprechen. Aber es ist notwendig, wie „Manchester Guardian" (15. 1. 59) schreibt, „mit der Polemik Schluß zu machen und ein ernsthaftes Gespräch zu beginnen."

Hermann Schwann

Treten Sie endlich zurück, Herr Bundeskanzler!

Vier Monate sind seit der Berlin-Note verstrichen, ohne daß in Bonn ein ernst zu nehmender Versuch zur Entschärfung der Lage unternommen wurde. Die Vorschläge der Freien Demokraten und der Sozialdemokraten enthalten keine Anregungen an die Regierung, mit Zustimmung der westlichen Verbündeten eine eigene Initiative in der deutschen Frage zu entwickeln. In den Vorschlägen steht nicht, daß man zum Beispiel durch die sofortige Aufnahme von diplomatischen

Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und zu China wenigstens das politische Klima verbessern könne. Der Marsch der Bundesrepublik in ein politisches Ghetto scheint unaufhaltsam. Chrustschow hat bei einer Gelegenheit einmal die Hoffnung ausgesprochen, daß Staatssekretär Dulles noch lange im Amt bleiben möge; man könne sich keinen besseren Vertreter der Sowjetinteressen im internationalen Kräftespiel vorstellen. Chrustschow hat mit Sicherheit diese Hoffnung auf den Kanzler der Bundesrepublik ausgedehnt. Jedenfalls haben die Sowjets — man kann darin durchaus Absicht vermuten — vor jeder Wahl in der Bundesrepublik der Kanzlerpartei, der Christlich-Demokratischen Union, Wahlparolen geliefert. Im letzten mündeten diese immer im „Bolschewistenschreck". Mit dieser Parole zog dann die CDU in jede Wahlschlacht wie einst Adolf Hitler, und das verängstigte deutsche Volk wählte IHN — 1933 und 1957. Der Parallelen gibt es mehr: 1933 stand am Anfang eine katastrophale wirtschaftliche Situation mit 7½ Millionen Arbeitslosen; 1949 eine durch Krieg devastierte und dann in den Restbeständen demontierte Wirtschaft. Damals wie heute ein „Wirtschaftswunder". Und daran anschließend das Wettrüsten, dem 1939 der zweite Weltkrieg folgte. Damals stand an der Spitze des Staates ein Gefreiter, heute ein Mann, „der stolz darauf ist, niemals Soldat gewesen zu sein", also ebenfalls ein militärischer Laie. Beide, der Gefreite von damals und der Nichtsoldat von heute, sehen ihre Hauptaufgabe im militärischen Denken, in der Schaffung von Bündnissystemen ältester Provenienz, in einer Politik der Stärke. „Wenn wir in der Nato sind, werden wir nicht Schlachtfeld (im Falle eines Krieges — d. V.), wenn wir nicht in der Nato sind, werden wir Schlachtfeld." Oder: „Die Atomwaffen sind die Fortentwicklung der Artillerie" und ähnliche bedenkliche und gefährliche Albernheiten werden dem Volk serviert — und leider geglaubt. Die Apostel des heutigen Führers sind nicht sachverständiger als ihr Herr. Zwar wollen sie im Kriegsfall „die Sowjets ausradieren!", sind aber nicht einmal fähig, einige tausend verwendungsfähige Schützenpanzerwagen zu beschaffen. Man muß sich immer wieder dieses grausamen Stümperwerkes und der darin eingeschlossenen Korruption um diesen Auftrag erinnern. Es wird zugelassen, daß der Gebieter z. B. 88 völlig veraltete, von den belgischen Bestellern wegen ihrer Ungeeignetheit verweigerte Flugzeuge für die Luftwaffe kauft. Wenn die Politik dieses heute regierenden Nichtsoldaten zum Krieg führen würde, dann stände am Ende (vielleicht schon am Anfang!) ein völlig ausgelöschtes deutsches Volk, nicht nur eine totale Niederlage wie am Ende des zweiten Weltkrieges. In der Parole „lieber tot als rot" liegt ebenfalls eine Parallele zu Hitler, der die Deutschen im Falle einer Niederlage ausrotten wollte. Ein Politiker, der keine andere Alternative kennt, sollte so schnell wie möglich verschwinden, besonders in einer Zeit, da dieser Tod eines ganzen, auf engstem Raum lebenden Volkes mit 5 oder 6 ins Ziel gebrachten Atombomben durchaus möglich und nicht zu verhindern ist.

An dieser endgültigen Ausrottung der Deutschen hoffen wir noch einmal vorbeizukommen. Das verdanken wir dann aber nicht etwa der Politik des Kanzlers, auch nicht der Politik seines Freundes Dulles: das liegt allein an der Tatsache, daß diejenigen Mächte, die auf Grund ihrer Rüstungsüberlegenheit und auf Grund ihres riesigen Raumes sich zwar eine reale Chance ausrechnen könnten, wenigstens mit einem kleinen Prozentsatz der Bevölkerung einen Krieg zu überleben, entweder keinen Krieg wollen oder keinen Krieg brauchen. Die Gründe für diesen Pazifismus liegen sicher nicht in einer besonderen, etwa ideologisch bedingten Friedensliebe der Sowjets oder der USA. Die von dem Bundeskanzler als „Todfeinde" und von seinen Aposteln als „Banditen" immer wieder gekennzeichneten Sowjetmenschen deshalb nicht, weil sie neben den Risiken jedes Krieges ihre ganz automatisch und wie selbstverständlich sich ausweitenden Interessen-

sphären gefährden. Daß die sowjetische Position sich von Tag zu Tag verbessert, verdankt Chrustschow nicht nur der eigenen Politik, sondern ebenso der Politik des „hart am Rande des Abgrunds", wie sie von Dulles mit tatkräftiger Hilfe des Kanzlers seit 1951 praktiziert wird. Die Sowjets saßen und sitzen sehr zu ihrer Freude, aber ebenso zum Schaden der Menschheitsentwicklung (am Ende auch zum Schaden der Sowjets selbst) am Spieltisch zwei Repräsentanten gegenüber, die das von den Sowjets meisterhaft beherrschte Schachspiel nicht beherrschen, zwei Pokerspieler, die nur ihr primitives „System" kennen, das auf Zufall und Glück aufgebaut ist, aber nicht ein einzigesmal dem Gegenspieler die Initiative abkaufen und ihn in Zugzwang bringen kann. Dieses System kannte und kennt nur wenige völlig erfolglose Variationen: weltweite Abrüstung zuerst, Sicherheit zuerst, dann weltweite Entspannung, Politik der Stärke, um den Gegenspieler zu stoppen und dann zurückzudrängen, Einzelfragen, wie z. B. die Entspannung in Europa nur im Zusammenhang mit einer weltweiten Entspannung. Wie jeder Glücksspieler, klammern sich auch die Genannten an die vage Hoffnung auf das Pech des Gegners: soziale Auseinandersetzungen innerhalb der UdSSR, Rivalitäten zwischen den beiden Führungsmächten im kommunistischen Lager, und nicht zuletzt war es der Wunschtraum, daß der sogenannte Ostblock auseinanderbrechen würde. Man muß sich das phrasenreiche, phantasielose und ideenarme Wortgeklingel noch einmal in Erinnerung zurückrufen. Schon der Ausgangspunkt politischen Denkens war kindisch und falsch: die simple Einteilung der Welt in zwei Lager, in zwei Blöcke in Ost und West. Dazwischen lagen und liegen, sich ständig verstärkend, die Gruppen der Völker, die sich in keines der beiden Lager einbeziehen lassen wollen. Spätestens die Wahl des Papstes Johannes XXIII. hätte für die Bonner Politiker bei ihren guten Beziehungen zum Vatikan ein Signal für den sich abzeichnenden Wandel im Denken auch in Rom sein müssen. Diese geistige Großmacht, die politische Entwicklungen oft klar voraussieht, sucht neue Wege und Möglichkeiten zu einer Verständigung. Polen erhält seinen zweiten Kardinal nicht zur etwaigen Stützung national-politischer Tendenzen gegenüber Moskau, wie man erwartet hatte. Frankreichs Experiment mit den Arbeiterpriestern wird durch Verstärkung des französischen Einflusses im Kardinal-Kollegium und in der Kurie honoriert.

Allenthalben erkennt man, daß die Wiederholung einer zweimal versuchten Einkreisungspolitik mit der Absicht eines Kreuzzuges den realen Verhältnissen gegenüber viel zu primitiv war. Ganz abgesehen davon, daß die Machtgruppe UdSSR—China räumlich nicht einzukreisen ist, daß der Ring viel zu dünn sein muß, um undurchdringlich zu sein, ist ein Bündnissystem so heterogener Partner, wie sie den einkreisungssüchtigen westlichen Politikern zur Verfügung stehen, ohne eine einheitliche Idee an sich schon brüchig und gegen jede Infiltration anfällig. Ein „Anti" ist eben keine Idee. Die „Werte des Abendlandes" sind bei einem Teil der Partner noch in unangenehmster Erinnerung aus der Zeit des Kolonialismus. Selbst das Christentum weckt nicht überall sympathische Erinnerungen. Auch der Begriff „Freiheit" ist ein durchaus relativer, vor allem dann, wenn die Vertreter der westlichen sogenannten freien Welt in Korea, in Vietnam, in Ägypten, in Jordanien, im Libanon oder gar in Afrika ihn praktisch erläutern. Auch Geld ist kein Ersatz für eine Idee. Mit Geld ist ein Einkreisungsgürtel für längere Zeit nicht durchzuhalten, selbst wenn sich alle Staaten der Erde diesem Gedanken zur Verfügung gestellt hätten. Die 20 Milliarden Dollar, die die USA in das Unternehmen Tschiangkaischek bisher investiert haben, haben die Entstehung der Volkrepublik China nicht nur nicht verhindert, sondern tatkräftig gefördert; eine echte Fehlkalkulation ebenso wie die Embargo-Politik gegenüber China und eine verhängnisvolle Fehlinvestition, die hier nur als Bei-

spiel angeführt ist. Was heute in aller Welt sichtbar ist, der von mir wegen seiner inneren Gegensätze seit seiner Gründung vorausgesagte Zusammenbruch der Pakte (Bagdad-Pakt, Balkan-Pakt, Seato-Pakt und — darf man ihn in diesem Zusammenhang heute schon nennen? — Nato-Pakt) beweist den Irrtum der sogenannten Politik der Stärke. Es war eine Pseudo-Stärke, die nur eines herausgefordert hat: dem bereits vollzogenen politischen Zusammenschluß die militärische und wirtschaftliche Organisation der kommunistischen Staaten in einem ungleich viel wirkungsvolleren Paktsystem folgen zu lassen. Vom Standpunkt der amerikanischen Sicherheit aus konnte man diese Politik zur Zeit der amerikanischen Überlegenheit in Atomwaffen in einem gewissen Umfange verstehen, auch wenn sie sich als falsch herausgestellt hat. Man konnte eine Zeitlang annehmen, daß die Sowjets bei dem Versuch, in Technik und Bewaffnung gleichzuziehen, sich finanziell übernehmen würden, man konnte sich ferner für den amerikanischen Kontinent trotz der gewaltigen sowjetischen Überlegenheit in konventionellen Waffen eine absolute Sicherheit ausrechnen. Für die an der Nahtstelle der beiden Blöcke lebenden Bündnispartner der USA bot das ganze Einkreisungssystem jedoch zu keinem Zeitpunkt eine erhöhte Sicherheit.

An diesem Punkt setzt das doppelte Versagen des bundesrepublikanischen Regierungschefs ein, der in die Politik eingetreten ist mit der für Deutschland irrsinnigen Vorstellung: „Ein Krieg zwischen den USA und der UdSSR ist unvermeidlich, wir müssen dafür sorgen, daß wir auf der richtigen Seite dabei sind." Für die Bundesrepublik, für ganz Europa gibt es in einem Krieg zwischen den USA und der UdSSR keine „richtige" Seite, wenn man sie nicht in einem totalen Volkstod sucht. Daraus folgt die Feststellung: die Bundesrepublik und Europa müssen alles tun, um einen Krieg zwischen den USA und der UdSSR vermeidbar zu machen, oder doch, wenn er in der Tat unvermeidlich wäre — er ist es nicht! —, ihn aus Europa fernzuhalten. Das und nur das konnte die Aufgabe deutscher und europäischer Politik sein. Regierung und Opposition in Bonn sind dem verhängnisvollen Irrtum erlegen, daß das Sicherheitsproblem für alle Staaten des Westens gleich gelagert sei. Was vom Standpunkt der USA Sicherheit bedeutet, kann für die europäischen Staaten schon erhöhte Gefahr und größtes Risiko sein. Regierung und Opposition wissen auch heute noch nicht, daß der Begriff Sicherheit darüber hinaus neben Standortunterschieden auch rein zeitlich ständigen Wandlungen unterworfen ist und z. B. von der technischen Entwicklung abhängt. In England beginnt man diese Tatsache offenbar zu begreifen. Dort zeichnen sich bereits praktische Folgerungen ab aus den sich ablösenden amerikanischen Abwehrtheorien, die von der massiven Vergeltung über den begrenzten Krieg bis zur Aufgabe der die USA materiell und im Prestige mehr und mehr gefährdenden US-Stützpunkt-Politik führen. In der Bundesrepublik dagegen hält man an längst überholten Vorstellungen fest.

Das ganze Parlament ist den Weg des Bundeskanzlers, den Weg der Politik der Stärke, eifrig mitmarschiert, die einen von Anbeginn an mit späteren kalten Füßen, die anderen in der Schlußphase, als sie dem Gemeinsamen Markt und Euratom zustimmten. Es gibt keine Entschuldigung. Man kann nicht Montanunion, Pariser Verträge, Nato, Westeuropäische Union, Gemeinsamer Markt und Euratom isoliert sehen. Sie sind in enger Verzahnung eine absolute Einheit, und jeder Teil ist praktisch eine Demonstration der Politik der Stärke oder zumindest doch ein Ausdruck des Willens, die Welt in zwei Blöcke aufzuteilen.

Indem sich die Bundesrepublik der einen Seite vorbehaltlos und ohne die Absicht der vermittelnden Einflußnahme in bezug auf die deutschen und europäischen Notwendigkeiten und Interessen, vor allem aber ohne eigene politische Ideen verschrieben hat, trägt sie die Schuld daran, daß der Graben zwischen Ost und

West durch Deutschland und mitten durch Europa überhaupt erst geschaffen wurde und sich im Zuge dieser Politik verbreiterte und vertiefte. Alle angeführten Begründungen für diese Entscheidung haben sich für Europa als falsch und wirklichkeitsfremd erwiesen, falls sie überhaupt ehrlicher Überzeugung entsprachen und nicht als Scheingründe eine bewußte Irreführung der deutschen Öffentlichkeit bezweckten. Die Sicherheit der Bundesrepublik und Europas wurde auf dem beschrittenen Weg nicht erhöht, im Gegenteil zeichnet sich eine ständig steigende Gefährdung Europas ab. Der sowjetische Einfluß in der Welt wurde nicht nur nicht zurückgedrängt, sondern hat sich als Folge dieser Politik erheblich ausgeweitet. Eine Abrüstung wurde nicht erzielt, sondern ein unvorstellbares Wettrüsten ausgelöst. Die so oft und so laut geforderte deutsche Einheit wurde nicht erreicht, dagegen die Tendenzen zu einer dauernden Trennung gestärkt. Die von Bonn getragene und geforderte Aufrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen als logischer Schlußstein unter eine verfehlte Vorstellung hat eine weitere Konsolidierung des Ostens, eine beachtliche Stärkung der Position der DDR und eine ernsthafte Gefährdung Westberlins bewirkt.

Die Schuld von Bonn an dieser Entwicklung ist deshalb um so beängstigender, weil es die Bonner Regierung als entschlossenster Verfechter der US-Politik war, die jeden sowjetischen Versuch, in Europa zu einer Verständig oder Entspannung zu kommen, ohne ihn auf seinen realen Gehalt zu prüfen und ohne die Sowjets beim Wort zu nehmen, hart abgelehnt hat. Sie hat damit ihre Verbündeten zu einer gleichen Haltung gezwungen; sie hat darüber hinaus alle Entspannungsvorschläge, die von ihren eigenen Verbündeten kamen, ebenfalls torpediert; sie hat nicht zuletzt ganz bewußt darauf verzichtet, zu irgend einem Zeitpunkt ernstzunehmende, für Ost und West gleichermaßen interessante Vorschläge für eine politische Entspannung auf den Verhandlungstisch zu legen, von konkreten Handlungen in dieser Richtung überhaupt nicht zu sprechen. Die sogenannte Einheit und Geschlossenheit des Westens im Verfolg der von der Bundesregierung, d. h. vom Bundeskanzler betriebenen und entscheidend beeinflußten Politik der Unnachgiebigkeit, wurde dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit als großer Erfolg der bundesrepublikanischen Politik dargestellt. Man will selbst heute noch nicht zugeben, daß gerade diese unversöhnliche Politik der an sich schon nicht sehr stabilen Einheit des Westens den Todesstoß versetzt. Die Maßlosigkeit bei den Rüstungswünschen, wie sie z. B. in der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr in Erscheinung tritt, hat den Sowjets eine ihnen durchaus sympathische Möglichkeit gegeben, ihre Politik auf die Erhaltung des status quo bei gleichzeitiger Lösung der Berlin-Frage zu beschränken. In dem Willen zur atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik liegt der letzte Anlaß zur Verschärfung der sowjetischen Haltung. Bei den eigenen Verbündeten aber hat diese Maßlosigkeit ernsthafte Sorgen hinsichtlich eines wiedererwachenden deutschen Chauvinismus aufkommen lassen. Das Ergebnis dieser Sorgen wird darin bestehen, daß die Bundesrepublik keine Atomwaffen bekommt. Die sich mehrenden Differenzen im westlichen Lager, das steigende Mißtrauen gegenüber dem eigenen bundesrepublikanischen Bundesgenossen sind nicht mehr zu verheimlichen. Der Kanzler selbst hat seine Verbündeten auf die Möglichkeit eines wiedererwachenden deutschen Nationalismus in seinem „Kamingespräch" in London: „Wenn ich einmal tot bin . . ." hingewiesen. Sein Freund Dulles hat Jahre später dieses Stichwort aufgegriffen und diese Sorge in seinem Gespräch mit M i k o j a n und dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senates wiederholt ausgesprochen (Wiedervereinigung erst in 50 oder 100 Jahren, aber die Deutschen dürfen nach der Wiedervereinigung keine selbständige Politik mehr machen). Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, daß der Kanzler eines Volkes seinem verbündeten Freund ein

völlig unrichtiges Argument gegen das eigene Volk liefert und dieser „Freund" das Argument in Verhandlungen mit dem Gegenspieler auf den Tisch legt, um seine Zustimmung für die Integration Deutschlands in die sogenannte westliche Welt zu gewinnen. Dabei ist sich Dulles durchaus bewußt, daß er damit eine Lösung der deutschen Frage und die Wiederherstellung der deutschen Einheit praktisch unmöglich macht. Die Sowjets werden und können einer Wiedervereinigung Deutschlands nicht zustimmen, die Gesamtdeutschland in ein westliches antisowjetisches Bündnissystem eingliedert.

Der französische Nobel-Preisträger für Literatur, „Unsterblicher der académie française", François Mauriac ist mit vielen anderen einflußreichen Freunden in England und Frankreich ehrlich, wenn er sagt: „Selbst wenn ich Zähneknirschen auslöse, frage ich mich manchmal, ob nicht all' das Übel, das von Rußland kam und kommt, reichlich durch die unschätzbare Wohltat ausgeglichen wird, die wir ihm verdanken: das geteilte Deutschland." Das sagt „der beste katholische Schriftsteller Frankreichs", unser Freund und Verbündeter. Der gaullistische Abgeordnete Schmittlein meint: „Es wird kein Krieg um Berlin geführt werden . . . Die Wiedervereinigung wird nicht bald kommen. Sie ist auch nicht vordringlich . . ." Absolut realistisch fährt er allerdings fort: „Jeder vernünftige Mensch kann nicht eine Sekunde an eine Lösung denken, die mit dem Ausbruch eines Krieges verbunden wäre. Das hätte nie die Zustimmung des französischen Volkes." Der europäische Sektor sei für die Amerikaner nur Bestandteil eines größeren, den man stärken, den man aber auch aufgeben könne. „Für uns aber ist dieser Sektor das Ganze." Und an einer anderen Stelle: „Auf dem Gebiet unserer Länder würde der Krieg geführt, an den manche so leichtfertig denken." Gegen diese Auffassung, die vor deutschen Volksvertretern in Bad Godesberg im Beisein des Vizepräsidenten der französischen Kammer — von ihm unwidersprochen — vertreten wurde, ist seitens der anwesenden deutschen Parlamentarier aller Parteien kein Einwand erhoben worden. Diese Äußerung aber muß man der Berlin-Debatte im US-Senat vom 27. Februar gegenüberstellen, um die Diskrepanz in den Auffassungen des Westens zu begreifen.

Wer im Kampf um die deutsche Frage und um Berlin auf die Einheit des Westens baut, ist ein politischer Tor. Schon die ohne Konsultation der Bundesregierung erfolgte, sehr vernünftige Reise des englischen Premierministers Macmillan nach Moskau zeigt, ganz unabhängig von dem Ergebnis der Reise, die Schwäche der westlichen Position und die Uneinheitlichkeit in der Auffassung über Ziele und Methoden. Dem deutschen Volk aber wurde seitens seiner Regierung immer wieder diese Einheit des Westens als absolut feststehend und unabdingbar hingestellt. Wenn diese Darstellung keine bewußte Unwahrheit gewesen sein sollte, so beweist sie einen so grobfahrlässigen Irrtum der Verantwortlichen und eine so unvorstellbare Unfähigkeit zu einer realistischen Beurteilung der Lage, daß klare Konsequenzen gezogen werden müssen. Auf ein derartiges Wunschtraumdenken ist das deutsche Volk in seiner Geschichte schon häufig zu seinem großen Schaden hereingefallen.

Nicht einmal der Versuch, wenigstens zwischen der Bundesrepublik und Frankreich einen engen Zusammenschluß ohne den Verlust der anglo-amerikanischen Sympathie herbeizuführen, ist als geglückt anzusehen. Dabei soll die vom englischen Außenamt weich dementierte, vielleicht der Zeit vorauseilende Meldung von der Wiederherstellung der Entente cordiale zwischen Paris und London nicht überbewertet werden. Noch wehrt sich de Gaulle aus Prestigegründen gegen den anglo-amerikanischen Führungsanspruch bei der Auseinandersetzung mit Moskau. Noch bestehen Gegensätze zwischen Großbritannien und Frankreich, z. B. in der Frage der Freihandelszone. Diese Freihandelszone wurde bei Schaf-

fung des Gemeinsamen Marktes als unerläßliches Gegenstück bezeichnet, ohne das der Gemeinsame Markt nicht funktionieren würde. Sie wird nicht zustande kommen, und damit ist nach dem Urteil der Gründer selbst auch das Schicksal des Gemeinsamen Marktes entschieden. Der Streit geht nur noch um die Schuldfrage des Scheiterns dieser Freihandelszone. Die Bundesrepublik befindet sich hier in der unangenehmen Lage, die französisch-englischen Gegensätze ausgleichen zu müssen. Sie wird sich bei dem Versuch zwischen sämtliche Stühle setzen, und wahrscheinlich werden sich die Gegner im westlichen Lager auch in dieser Frage zu Lasten des bundesrepublikanischen Maklers einigen.

Für das Adenauersche Liebeswerben um Frankreich kann mit absoluter Sicherheit eine am Ende stehende Erfolglosigkeit dieser Bemühungen vorausgesehen werden. Daran werden noch so häufige Besprechungen zwischen Adenauer und de Gaulle nichts ändern. Die immer wieder proklamierte Einmütigkeit, genau untersucht, führt zu absolut verschiedenen Gründen für eine im Augenblick opportune gemeinsame politische Ausrichtung. Frankreich weiß ganz genau, daß mit der Beibehaltung der Adenauer-Politik die deutsche Wiedervereinigung verhindert wird, deren Zustandekommen der jetzige französische Präsident de Gaulle im Jahre 1947 als Regierungschef durch harte Ablehnung des sowjetischen Angebotes, die sowjetische Besatzungszone gegen Zahlung von 10 Milliarden Gold-Dollars freizugeben, verhindert hat. Bereits die Ablehnung der vor Jahren mit so viel Opferbereitschaft angestrebten europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französischer Kammer hätte jedem Einsichtigen das Utopische eines derartigen Strebens deutlich machen müssen. Das von Adenauer angebotene, an dem realistischen Sinn der Saar-Bevölkerung gescheiterte Opfer der Saar, die sogenannte Europäisierung der Saar, hätte die fehlende französische Bereitschaft zu einer engen Zusammenarbeit keinesfalls entscheidend beeinflußt. Frankreich wird — völlig unabhängig von dem jeweiligen Regierungssystem — einer französisch-deutschen Liaison nicht zustimmen, so lange dieses Deutschland ihm an Einwohnerzahl und an wirtschaftlicher Potenz überlegen ist und damit der Grande Nation innerhalb eines solchen Bundes die Rolle der zweiten Geige zufallen würde. Wenn Adenauer also seine Vorstellung von 1919 und 1923 — gegen die hier in keiner Weise polemisiert werden soll —, einer französisch-westdeutschen engen Zusammenfassung verwirklichen und die französische Zustimmung dazu erreichen wollte, dann hätte er anstreben müssen, daß Westdeutschland nicht mehr als 35 Millionen Einwohner zählt, d. h. er müßte Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Teile von Hessen und Bayern aus der Bundesrepublik ausklammern. Mit der heutigen Bundesrepublik diesen Versuch der Wiederherstellung des Reiches Karls des Großen zu machen, war und ist völlig wirklichkeitsfremd und wird von Frankreich abgelehnt. Auch die Auffassung, Frankreich könne und werde auf dem Umwege einer kleinsteuropäischen Gemeinschaft die Sorge vor dem deutschen Übergewicht genommen werden, ist eine absolute Verkennung der französischen Mentalität. Frankreich wird an den geschlossenen Verträgen nur so lange festhalten, wie die deutschen Kassen noch gefüllt und in der Lage sind, den durch den „schmutzigen" Krieg in Afrika über die eigene Kraft hinausgehenden Finanzbedarf mit zu tragen. Frankreich kann mit der Bundesrepublik, erst recht mit einem Gesamtdeutschland, nur zusammenarbeiten in einer gesamteuropäischen Union, an der auch seine alten traditionellen Freunde in Osteuropa, wie Polen, Tschechoslowakei und Ungarn, zum Ausgleich des deutschen Übergewichtes beteiligt sind. Wer also realistisch eine französisch-deutsche Zusammenarbeit will, muß den Versuch machen, sie in einer größeren Gemeinschaft zu verwirklichen, als es die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes sind.

Das Aufgreifen einer wirklichen pan-europäischen Idee und der energische Einsatz zu ihrer Verwirklichung in Verbindung mit einer europäischen Abrüstung und einer Rüstungskonvention hätte zudem dem Problem der deutschen Teilung und zugleich der Frage des Auseinanderrückens von Washington und Moskau, aber vor allem einer politischen Entspannung in Europa einen völlig anderen Aspekt gegeben. Heute kaum lösbar erscheinende Fragen, wie die Oder-Neiße-Grenze oder die der Sudetendeutschen, wären im Rahmen einer gesamteuropäischen Union wesentlich entschärft worden.

Hier liegt eines der entscheidenden Versäumnisse der Bonner Politik, die ihrerseits in dieser Richtung nicht nur nichts unternommen, sondern im Gegenteil eine Verschärfung der europäischen Zersplitterung geradezu gefördert hat.

Am Ende dieses schrecklichen Weges bewußt verpaßter Gelegenheiten und einer auf gefährlichen Wunschträumen aufgebauten Politik wird die völlige Isolierung der Bundesrepublik stehen, ihr von den vier Siegermächten dekretiertes Ausscheiden aus der Nato, der Verfall der wirtschaftlichen Unionen, der klare Verzicht auf Atomwaffen und auf andere Massenvernichtungsmittel. Unsere derzeitigen Verbündeten werden diesen sowjetischen Wünschen Schritt für Schritt nachgeben. Am Ende dieser Politik des Bundeskanzlers wird die Verewigung der Teilung Deutschlands stehen. Aber der riesige Propagandaapparat, der der Regierung zur Verfügung steht, wird dann nicht mehr ausreichen, um dem deutschen Volk wahrheitswidrig klar zu machen, daß es sich hier um eine Naturkatastrophe handele. Es wird mit Recht nach dem und den Schuldigen suchen; es wird sie zur Rechenschaft ziehen. Die Gunst der Massen ist wandelbar. Das Volksgericht wird dabei bei den Regierungsparteien kaum Halt machen können.

Es ist noch nicht populär und sicherlich nicht ungefährlich, in aller Härte festzustellen, daß eine Fortsetzung der bisherigen Katastrophenpolitik das deutsche Volk in eine schreckliche Isolation bringen wird. Einen Ausweg aus diesem selbstverschuldeten Unglück werden die Adenauer, Strauß, von Brentano, Hallstein, Blankenhorn und Schröder nicht mehr finden. Selbst wenn sie in letzter Minute ihren Wahnsinn erkennen und praktische Folgerungen aus dieser Erkenntnis ziehen würden, wird man ihnen in der Welt eine Rückkehr zur Vernunft nicht mehr glauben und abnehmen.

Der Bundeskanzler spielt nicht selten bei den zahlreichen Affären eine nicht gerade rühmliche Rolle. Er hat offensichtlich keine glückliche Hand bei der Auswahl seiner Mitarbeiter. Er gibt aber auch — und das wiegt schwerer — kein Beispiel, er ist kein Vorbild. Zu tief steckt in ihm die Mißachtung von Wahrheit und rechtsstaatlicher Ordnung, eine Eigenschaft, die man früher unter dem Oberbegriff „Kölscher Klüngel" zusammenfaßte. Sein Eintreten für den Leihwagenfahrer Kilb und für Männer wie Hallstein und Blankenhorn sind Beweis genug. Es ist ein grober Verstoß gegen honorige Sitten, wenn diese schwerbelasteten Männer dann auf repräsentative Stühle ins Ausland gesetzt werden, obschon deren Amnestieanträge von einem ordentlichen Gericht abgelehnt wurden und die nach einwandfreier Klärung der Zusammenhänge möglicherweise eines Tages woanders sitzen müssen. Es ist darüber hinaus geradezu erstaunlich, daß bisher noch niemand auf den Gedanken gekommen ist, den — vorsichtig ausgedrückt — grobfahrlässigen Umgang mit der Wahrheit zum Beispiel in der „Selbstbiographie" des Bundeskanzlers in einer peinlich akkuraten historischen Studie nachzuweisen. In der Pariser Tageszeitung „Le Monde" nannte Alain Clement die autorisierte Adenauerbiographie „ein Denkmal an öffentlicher Sentimentalität, entfesselter Fälschung und zweifelhafter Mutmaßungen". Er schrieb: „Bei einigem Nachdenken begreift man, daß der Dr. Adenauer aller Wahrscheinlichkeit nach angenommen hat, daß wir, seine Zeitgenossen

und deren Nachkommen, nichts Besseres verdienen würden, und gab folglich seine Instruktionen einem bediensteten Schreiber, einem gewissen Paul W e y m a r". Der französische Kritiker spottet, gegenüber der Adenauer-Biographie sei „die Heiligengeschichte ein Wunder wissenschaftlicher Strenge und das Porträt des Herzogs von Angoulème von Bouvard ein des Tacitus würdiges Modell".

Noch schlimmer ist es, daß in der Bundesrepublik niemand aufsteht und den Kanzler an die längst überfällige Erfüllung seines dem Bundestag vor Jahren feierlich gegebenen Versprechens erinnert, die schweren ehrenrührigen Vorwürfe, die ein Agent S c h m e i s s e r gegen ihn und Blankenhorn erhoben hat, durch einen neuen Prozeß gegen den Hintermann von Schmeisser endlich auszuräumen.

Ein Politiker, der den Vorwurf nicht eindeutig klären läßt, Wahlgelder von ausländischen Abwehrdiensten erhalten zu haben, oder von dem ohne Widerlegung öffentlich behauptet wird, daß er durch den Kauf von veralteten Flugzeugen im Ausland eine befreundete Partei im Ausland finanziert habe, oder der Gerüchte nicht beweiskräftig widerlegt, daß seine eigene Partei an staatlichen, dem Ausland übertragenen Rüstungsaufträgen „verdient" habe, kann keine unabhängige Politik machen.

Man kann nur hoffen, daß wenigstens die Oppositionsparteien und ein Teil der CDU-Politiker sich endlich frei machen von jeder sentimentalen oder parteipolitischen Rücksicht, sich öffentlich lossagen von dem verhängnisvollen Wunschtraumdenken der Vergangenheit und energisch einen neuen Anfang suchen. Auch die innenpolitische Situation verlangt einen mannhaften Entschluß in dieser Richtung. Die ungeheuerlichen Verfallserscheinungen in unserem demokratischen Staatswesen, die grenzenlose Korruption, der leichtfertige Umgang mit der Wahrheit, die gefährlichen Angriffe gegen rechtstaatliches Denken, der unwürdige Kuhhandel um die Person des neuen Staatspräsidenten und die darin in Erscheinung tretende Entwertung der Position des ersten Mannes im Staat, aber auch die heraufziehenden schwarzen Wolken am Himmel unseres Wirtschaftswunders — alles das allein schon sollte ausreichen, um der Forderung nach einem Wechsel in der Führung stärksten Nachdruck und Widerhall im ganzen Volk zu verschaffen. Die unbestreitbaren katastrophalen Mißerfolge in der Außenpolitik, die ausschließlich auf das Konto des Bundeskanzlers kommen, verlangen gebieterisch, daß der Hauptverantwortliche ausscheidet. Treten Sie endlich zurück, Herr Bundeskanzler!

G e r h a r d B e s s a u

Wo bleiben die Vorschläge der CDU?

Nachdem der sowjetische Ministerpräsident C h r u s t s c h o w während seines DDR-Besuchs in Leipzig durch die Streichung des Berlin-Ultimatums den Westmächten auf elegante Weise eine „goldene Brücke" für beiderseitige Verhandlungen ohne Prestigeverlust baute, liegt es nun an den Westmächten, die Chance zu nutzen. Nicht die Bundesrepublik, noch die USA, England oder Frankreich, weder der Natorat, noch die ständige Wiedervereinigungskommission in Washington haben es vermocht, das Deutschlandproblem durch eigene konkrete Vorschläge in den Mittelpunkt von Ost-West-Verhandlungen zu stellen. Es war vielmehr

— wie fast immer in den letzten zehn Jahren — Sowjetrußland, das die deutsche Frage erneut zum Gegenstand entscheidender Verhandlungen zwischen den Mächtegruppierungen machte. Wie erwartet, ging der Vorschlag Chrustschows mit Hinweis auf sein vertragebrechendes Ultimatum zunächst in Polemik und in einer „Wir-werden-nicht-weich"-Stimmung unter. Doch all dies enthob die Westmächte nicht, nach einem entsprechenden Gegenmittel zu suchen. Allerdings ging man dann aber von dem durch Chrustschow überholten Gedanken aus, einerseits die Position in Deutschland und Berlin unbedingt halten zu wollen, zum anderen jedoch dem Wunsche der Bundesregierung zu entsprechen, darüber (zumindest was Berlin betrifft) mit der Pankower Regierung nicht in direkte Verhandlungen zu treten.

Der Versuch, die Politik der westlichen Allianz auf diese Formel zu bringen, mit dem gleichzeitigen Bemühen — wie seitens der Westmächte, insbesondere der USA und der Bundesrepublik, ständig betont wird —, die „Krise um Deutschland" zu lösen, die Wiedervereinigung zu fördern und den Frieden der Welt zu erhalten, steckt jedoch in einem fatalen Widerspruch. Niemand ist sich dieser Einsicht bewußter als die letzten Gesprächspartner Chrustschows, Senator Humphrey, Mac Millan und selbst der westdeutsche Oppositionsführer Ollenhauer. Gerade sie wissen auf Grund ihrer persönlichen Gespräche mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten ganz genau, daß die offizielle westliche Politik hierbei etwas zu einem scheinbar unlösbaren Problem erhebt, was nach Einschätzung der faktischen Situation eigentlich keines sein dürfte. Die „Krise um Deutschland und Berlin" ist lösbar, allerdings nur unter Verzicht auf eine bis zur Perfektion betriebene Interessenpolitik, die sich zu ihrer Kaschierung einer außenpolitischen Sprachregelung bedient, deren Gefährlichkeit offensichtlich sein müßte; denn die Verwendung der hinreichend bekannten Termini als politische Postulate lassen es fast unmöglich erscheinen, ohne „Prestigeverlust" konkrete Verhandlungsergebnisse zwischen Ost und West zu erreichen.

Zwei Fragenkomplexe sind nun an dieser Stelle zu untersuchen, um aufzuzeigen, worin der Widerspruch in der propagierten westlichen Lesart besteht, um darzulegen, wieso in Wirklichkeit die existente Abhängigkeit der politischen Praxis von der Macht der im Hintergrund agierenden Interessengruppen gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen könnte, und schließlich, um aus den erwähnten Tatbeständen zu folgern, was für die westdeutsche Außenpolitik im Interesse weltweiter Friedensbemühungen eigentlich das Gebot der Stunde sein sollte:

1. Um die vielschichtigen Erörterungen — die letztlich Verwirrung statt Klärung bringen — der Berlin- und damit auch der Deutschland-Frage auf eine reale Basis zu stellen, muß Klarheit darüber herrschen, ob die Westmächte und mit ihnen also auch die Bundesrepublik bereit sind, um Berlin in einen Weltkrieg einzutreten.

Ob nun das Ultimatum verlängert oder flexibler gestaltet wurde, ob es geblieben wäre: keines von beiden verändert die Situation, daß bei Übernahme der Kontrollbefugnisse durch Polizeibehörden der DDR der unbehinderte Zugang nach Berlin nur durch die faktische Anerkennung der DDR ermöglicht werden kann. Dies gilt für jeden Staat, der den Verkehr mit Berlin aufrechterhalten will. Der Zugang nach Berlin würde in zweiseitigen bindenden Verträgen verankert werden, wobei es dann auf der Hand liegt, daß damit auch die völkerrechtliche Anerkennung der DDR impliziert ist. Dulles und Adenauer wollen dies nicht. Ihre Diplomatie ist starr und ihre Sprache von seltener Offenheit, insbesondere was den derzeit noch aktionsunfähigen Dulles anbetrifft, der verlautbaren ließ, die Westmächte seien bereit, um Berlin einen Krieg zu führen. Nehmen die Westmächte diesen Standpunkt als das non plus ultra ihrer Strategie tatsächlich ein, dann wäre es unsinnig, weitere Diskussionen um eventuelle Lösungen zu

führen. Es bliebe dann nichts mehr anderes übrig, als zuzusehen und abzuwarten, ob der Ostblock durch diese unmißverständliche Drohung gezwungen wird, Chrustschows Deutschland-Initiative als stumpf gewordenes Schwert im taktischen Dschungelkrieg zwischen Ost und West in die Requisitenkammer zu stellen. Wer aber kann sagen, daß es so weit kommt? Wer kann mit Bestimmtheit prophezeien, daß nicht die Katastrophe eines Präventivkrieges — von welcher Seite er immer kommen mag — über die Welt hereinbricht? Und: Kann es überhaupt eine Staatsführung mit dem Anspruch einer demokratischen Legitimation rechtlich und moralisch vertreten, eher die nukleare Vernichtung als eine diplomatische Anerkennung der DDR vorzuziehen?

Diese konsequente Anwendung der Dulles-Maxime erscheint jedoch zu ungeheuerlich, als sie den miteinander militärisch paktierenden Westmächten schlechterdings zu unterstellen. Auf der anderen Seite lassen die gewunden formulierten Äußerungen aller Gesprächspartner Chrustschows erkennen, daß die westlich verbündete Politik unter keinen Umständen um eine Entscheidung für oder gegen die Anerkennung herumkommt; es sei denn, es erfolgt eine schnelle Einigung über den Vorschlag, Berlin den Status einer „Freien Stadt" zu geben, wobei jedoch so lange auf Berlin-Besuche verzichtet werden muß, bis die Paß- und Visumfragen auf der Basis von völkerrechtlichen Verträgen geklärt ist.

2. Trotz der Einsicht, daß der Wille zum Krieg in dieser Phase der Auseinandersetzungen als nicht vorhanden ins Kalkül eingesetzt werden kann, bleibt die Lage, auf längere Sicht gesehen, trotzdem beunruhigend. Die Gefahr, über Berlin dennoch den „Verteidigungsfall" proklamieren zu müssen, besteht, temporär gesehen, weiterhin. Sie ist ein Phänomen, dessen Hintergründigkeit unter allen Umständen aufgedeckt werden muß, trotz der Gefahr folgenreicher Risiken. Der Ursprung dieses Menetekels, das vielleicht ungewollt über unseren Köpfen schwebt, liegt allerdings zehn Jahre zurück. Die Antriebsmomente bestanden — wenn auch in ihren Schwerpunkten verschieden — sowohl in den USA als auch in England und der Bundesrepublik. Nehmen wir zur Verdeutlichung als symptomatisch zunächst den Staat, in dem wir leben: Unter dem Mantel der fairsten Demokratie wurden hier drei große Wahlschlachten geschlagen. Mit riesigem Propagandaaufwand gelang es jedesmal der Regierungspartei mit jeweils größerem Vorsprung, die Mehrheit der Wähler hinter sich zu bringen. Die Basis der Massenbeeinflussung bildete dabei jedesmal ein in jeder Hinsicht radikaler Antikommunismus, dessen Intensität auch nicht nach S t a l i n s Tod verebbte. Für die Propaganda-Manager wäre ein Abrücken von dieser Basis freilich gleichbedeutend mit der Selbstaufgabe ihres ganzen Systems; denn einen Wahlkampf allein mit der Sozialen Marktwirtschaft zu führen, erscheint ihnen mehr als riskant. Dabei steht nun nicht allein die persönliche Position einzelner Politiker auf dem Spiel, sondern vornehmlich die Chance, weiterhin im anonymen Raum wirtschaftliche Interessenpolitik zu betreiben. Das Profitstreben mächtiger Wirtschaftskreise mußte durch einen Vorhang verdeckt werden, auf dem für jeden sichtbar die stereotype Formel stand, daß das Böse nur im Osten zu Hause sei, das Gute dagegen nur im „Freien Westen". Dem entsprach dann auch die politische Taktik des kalten Krieges, die in Verbindung mit der systematischen Entpolitisierung der Wählermassen im Grunde genommen ein Mittel darstellte, die bestehenden Spannungen des Gesamtsystems zu verschleiern. Hier trafen sich Stalin und die deutschen Wahlmanager auf einer Linie: Stalin verbrämte die soziale Wirklichkeit mit ideologischen Tricks, die Manager der Regierungspartei verhüllten das schief konstruierte Wirtschaftswunderbild mit dem Kommunistenschreck. Den Wählermassen wurde mit allen Mitteln der Propaganda eingehämmert, daß die Lösung so vieler anderer Probleme zurückzustellen sei, so lange der Kommunismus uns zu über-

rollen drohe, was schließlich konsequenterweise zur forcierten Aufrüstung und heute zur nuklearen Bewaffnung der Bundesrepublik führen mußte. Nur für die Öffentlichkeit bestimmt waren Adenauers Worte — an die er wohl selbst nie glaubte —, daß allein das Bündnis mit der Nato zur „Einheit in Freiheit" führen könne, und zur besseren Untermauerung seiner gesteuerten Politik veranlaßte er „einstimmige" Bundestagsbeschlüsse, deren Inhalt damals schon so unrealistisch war, daß weitblickende politische Köpfe bereits zu jener Zeit die Unsinnigkeit derartiger Prozeduren an Hand der inzwischen offen zu Tage getretenen Fakten aufwiesen. Als Kommunisten diffamiert, behielten sie dennoch recht. Heute erlauben es die manifesten Formeln „mit Pankow wird nicht verhandelt" oder „der erste Schritt zur Wiedervereinigung müssen ‚freie Wahlen' sein und bleiben" der westlichen Politik nicht, sich auf die vorhandene Lage einzustellen; denn eine Neuorientierung käme praktisch einer Preisgabe des kaschierenden Vorhangs gleich, ohne im Augenblick einen anderen zur Hand zu haben.

Die Glaubwürdigkeit der ein Jahrzehnt lang verkündeten Propagandathesen würde einen tödlichen Stoß erleiden, wenn es nicht gelingt, direkte Verhandlungen mit Pankow mittels eines genialen propagandistischen Windeies als der Weisheit letzten Schluß in die sich neigende Waagschale zu werfen. Natürlich stellt eine solche Taktik eine Gleichung mit zu vielen Unbekannten dar; das Ergebnis könnte falsch sein; die Konsequenz wäre ein Zusammenbruch der Position von Regierung und Interessenpolitik, diesmal aber vor dem gesamten Volk. Was wunder, wenn sich Dr. Adenauer im Verein mit de Gaulle mit aller ihm zur Verfügung stehenden Kraft gegen die good-will-tour Mac Millans richtet, da Mac Millans Vorschläge für das herrschende System nicht mehr zu überschauende Gefahrenquellen mit sich bringen würden.

Darüber hinaus sollte jedoch noch ein weiteres schwerwiegendes Argument beachtet werden. Stellen wir die Frage: Ist die Struktur der westlichen Wirtschaft in sich so gefestigt, daß bei einem Verzicht auf superteuere Rüstungsprogramme, verbunden mit einer Umgruppierung des Wirtschaftsziels auf Konsumbefriedigung in noch größerem Maße, sowie einer intensiveren Investitions- und Kapitalunterstützung der heute noch als „unterentwickelte" Länder bezeichneten jungen Völker ohne jeden profitablen Hintergedanken (wenigstens nicht in kürzerer Zeit) unter Beibehaltung des Profitstrebens als Immanenz allen Wirtschaftens, dieses ökonomische Gefüge nicht unter der Last latenter Konjunkturkrisen zusammenbrechen könnte? Sie zu analysieren und exakt zu beantworten, ist im Rahmen dieser Erörterungen nicht möglich, des Nachdenkens jedoch wert; denn ausgeschlossen wäre es nicht, daß hier der Schlüssel zum Verständnis für manche unversöhnliche westliche Reaktion liegt.

3. Was tut not? Abgesehen von den Untersuchungen, die bis zu dieser Stelle von mehr oder weniger genau fixierten ökonomischen Einsichten bestimmt waren, steht für uns Deutsche eine weitaus gewichtigere Konzeption auf dem Spiel, die der nationalen Wiedervereinigung. Selbstverständlich kann sie nicht getrennt werden von den Voraussetzungen, welche die westdeutsche Politik bislang belasteten, wobei es das Gebot der Stunde ist, ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Interessenverpflichtungen den außenpolitischen Kurs vollständig zu ändern. Dieses Gebot gilt gleichermaßen für Regierung und Opposition. Da von der Regierung unter der Aegide Adenauers und Strauss' ein radikaler Kurswechsel nach Lage der Dinge kaum zu erwarten ist, obliegt es der Sozialdemokratischen Partei heute mehr denn je, Antriebsmotor einer neuen Politik zu werden. Dabei ergibt sich für eine so überaus demokratische und staatsbejahende Partei wie die SPD die Schwierigkeit, sich der Fußangeln, die ihr durch die Taktik Adenauers in Form der „einstimmigen" Bundestagsbeschlüsse gelegt wurden, so schmerzlos wie

möglich zu entledigen. Daß ein solches Vorgehen vor den Blicken der Öffentlichkeit nicht gerade einfach ist, zeigte die jüngste Erklärung des Bundespressechefs nach der Unterredung Ollenhauer—Chrustschow, als er zielbewußt moralisierend die Hoffnung aussprach, daß sich Ollenhauer bei seinem Gespräch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten auf den Boden der „einstimmigen Beschlüsse des Bundestages" gestellt hat.

Doch die Zeit drängt! Wer Chrustschows immerwährende Äußerungen keineswegs für reine Propaganda hält, sondern sie so ernst wie möglich nimmt, muß sich im klaren darüber sein, daß auch auf dem Wege des Auseinanderrückens der Blöcke in Europa im Zusammenhang mit einem kontinentalen Sicherheitssystem bei Garantie der Weltmächte die Wiedervereinigung nicht automatisch erreicht werden kann. Das Problem wäre leichter zu lösen, wenn es tatsächlich nur ein rein militärisches wäre. Unverhältnismäßig komplizierter sind ohne jeden Zweifel aber die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Aspekte jeder Wiedervereinigungspolitik. Mit der Formel der „Kunst des Möglichen" offenbart man nur die Gleichgültigkeit als letzte Waffe vor dem Unvermögen, dieses Feld zu überschauen. Demgegenüber müssen Notwendigkeiten einsichtig gemacht werden. Eine Neuorientierung der deutschen Politik muß unbedingt eine logische Verbindung mannigfacher politischer Vorstellungen mit eindeutig formulierter Zielsetzung bedeuten: „Politik aus einem Guß!" Sie hat ihren Ausgang zu nehmen in einem rücksichtslosen Kampf gegen das opportunistische Streben, lieber auf die Wiedervereinigung zu verzichten, als Opfer dafür in Kauf zu nehmen; sie muß härter als bisher weitergetragen werden in der Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie von „rechts". Das Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht ist auf seine realen Grundlagen hin mit allen Konsequenzen zu durchdenken. In Kommunikation dazu sollten die Bemühungen stehen, mit den Staaten des Ostblocks in eine neue Phase der Beziehungen zu treten; denn ein entschiedenes Eintreten für die genannten Prinzipien gibt beispielsweise Polen und der Tschechoslowakei die Gewißheit, daß in Deutschland Kräftegruppierungen wachsen, die sich gegen jede Unterdrückung der demokratischen Freiheiten im sozialen oder gesellschaftspolitischen Raum wenden. Hand in Hand damit sollte eine intensivere Beobachtung der Wandlungen im Ostblock vorgenommen werden, die dann vielleicht eine elastischere Beurteilung der Politik in diesem Raum nach innen und außen nach sich ziehen könnte. Bei all diesen Überlegungen ist von dem Gedanken auszugehen, daß alles erfolgen muß, um eine Annäherung der beiden Teilstaaten auf deutschem Boden zu erleichtern.

Ein Separatfrieden wäre auf lange Sicht gesehen das Ende jeglicher Bemühungen, doch noch zu einer Einigung zu kommen. Daher ist es dringender als jemals zuvor, auf eine Verhandlung über den Abschluß eines Friedensvertrages zu drängen, der im Augenblick nur mit einer deutschen Konföderation abgeschlossen werden kann. Der erste Schritt dazu müßte die Vorlage eines eigenen Konföderationsplanes sein, gekoppelt mit einem eigenen Friedensvertragsentwurf auch auf die Gefahr hin, daß die Bundesregierung den Kreml danach bereits in Bonn sieht. Diesen Plänen müssen Vorstellungen zu Grunde liegen, unter welchen Auflagen auf beiden Seiten ein hier konzipierter Status erreicht werden kann. Dabei ist unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, welche Kompetenzen der Föderation auferlegt werden sollen, und ferner muß ebenso Klarheit darüber herrschen, daß diese Konföderation kein Ersatz für die deutsche Einheit darstellen darf, sondern nur ein Mittel, sie über diesen Verhandlungsweg zu erreichen.

Das Eintreten für eine in dieser Richtung laufende Politik würde auch die Westmächte zwingen, die deutsche Frage aus ihrer Interessensicht herauszulösen und somit zu einer Befriedung Europas beizutragen.

Im übrigen ist alles schon einmal dagewesen: Kurze Zeit nach Kriegsende schlug der damalige Außenminister der USA Byrnes (er hatte dieses Amt von 1945 bis 1947 inne) einen separaten Friedensschluß mit der Trizone vor, und keine geringere Institution als die Bundesregierung erwog vor nicht allzu ferner Zeit mit Rückgriff auf den sogenannten Kaufmann-Plan eine Konföderation beider deutscher Staaten, wenngleich sie damals dadurch nur die Möglichkeit sah, einmal die Verhältnisse in der Bundesrepublik zu stabilisieren, die Teilnahme an den Organisationen der Europäischen Gemeinschaft sicherzustellen und endlich sich etwaigen Verhandlungen über die Aufgabe einer deutschen Zentralregierung zu entziehen.

Ludwig Ritter von Rudolph

„Aus einem Soldatenleben"

„Die Torheit unserer Natur treibt hauptsächlich drei Sprößlinge: Ehrgeiz, Eitelkeit, Stolz . . . Stolz ist die von innen ausgehende, folglich direkte Hochschätzung seiner selbst, hingegen Eitelkeit das Streben, solche von außen her zu erlangen. Dementsprechend macht die Eitelkeit gesprächig, der Stolz schweigsam." (Schopenhauer, Aphorismen zur Lebensweisheit.)

Deutsche Generale haben den ersten Weltkrieg verloren, ohne daß ihr Stolz, und nach einem Vierteljahrhundert den zweiten, ohne daß ihre Eitelkeit gelitten hätte. Seit sie wieder en vogue sind, haben einige von ihnen das Bedürfnis, sich auszusprechen, und sie tun es in dicken Büchern, die schon mit dem Titel für die einem Soldaten gebührenden mildernden Umstände plädiieren. Einer überschreibt sein feuilletonistisch angehauchtes Opus „Befehl im Widerstreit" (Heusinger), andere benützen ihren romantischen Subjektivismus als Aushängeschild: „Erinnerungen eines Soldaten" (Guderian), „Soldat bis zum letzten Tag" (Kesselring), „Aus einem Soldatenleben" (Erich v. Manstein). Dessen jüngstes Werk soll hier kurz betrachtet werden, vor allem auf den Unterschied zwischen militärischem Fachdenken und zivilem Laiendenken hin.

Der stattliche Band (359 Seiten, mit Bildern; Athenäum-Verlag, Bonn 1958), die Zeitspanne von 1887 bis 1939 umfassend, holt die Vorgeschichte seiner früher erschienenen „Verlorene Siege" nach, die mit dem ruhmredigen Satz begannen: Dieses Buch ist die Aufzeichnung eines Soldaten.

Das Manuskript ist im Als-ob geschrieben: als ob einzig und allein der Generalstab dem deutschen Volk den Bolschewismus erspart habe — als ob die militärischen und politischen Leistungen der obersten Ränge über jede Kritik erhaben seien — als ob aus ihren Reihen immer wieder ein exzellenter Kopf emporwachse zur Rettung des Vaterlandes, den bei Namen zu nennen die eigene Bescheidenheit verbiete. Kein Gedanke an die Schreckensmär des „Dolchstoßes" und keiner daran, daß sich zwei Heeresgenerale bereitgefunden hatten, einem Kameraden Gift auszuhändigen, das dieser (Rommel) in nahezu östlicher Selbstverleugnung nahm. Manstein scheint auch vergessen zu haben, daß er die Verfolgung der Juden in einem Tagesbefehl als „gerechte Vergeltung" bezeichnet hat.

Was den Ehrgeiz betrifft, so ist er den heutigen Generalen so wenig fremd wie ihren Vorgängern.

Manstein wagt sich an Urteile, für die er nicht zuständig ist, jenem Admiral unähnlich, der im Ramcke-Prozeß der Frage, ob die Verteidigung Brests sinnvoll gewesen sei, mit den Worten auswich: „Ich maße mir kein Urteil an — ich war Soldat." Dem Feldmarschall eignet eine gewandte Feder, die er munter ad usum delphini führt, und er ist klug genug, seine Person nicht in den Vordergrund zu rücken. Indes begegnet man auch bei ihm der peinlichen Ungenauigkeit des Ausdrucks, die an der 1953 veröffentlichten Schrift eines Militärhistorikers ‚Generaloberst Ludwig Beck — Sein Kampf gegen den Krieg' auffällt. Nanu, rätselt der durch das Schaufenster Blickende, ein General, der gegen den Krieg ist, ein Pazifist also? Mitnichten, Beck war nicht gegen den Krieg, wie hätte er das auch sein können, wohl aber gegen den, den der ungeduldige Diktator vorschnell vom Zaum brechen wollte.

Die Epoche des kaiserlichen Glanzes, die Manstein als Edelknabe und Gardeleutnant miterlebte, hat sich ihm tief eingeprägt; das Kapitel ‚Pagendienst' ist 12 Seiten lang. Um so kürzer ist das über den ersten Weltkrieg — kaum 1 Seite. Er entdeckt erst 1921 als Kompaniechef in der Reichswehr, daß ‚die Erziehung junger Soldaten über die rein waffentechnische Ausbildung hinaus zu aufrechten pflichtbewußten Männern und guten Deutschen eine der schönsten Aufgaben ist, die man sich denken kann.'

Die Behutsamkeit, mit der er Wilhelm II. umgibt, legt dar, daß er ihn noch immer verehrt. ‚Von dem Tage an, an dem der letzte preußische König und deutsche Kaiser unter dem Druck der Revolution der Krone entsagte', — muß da nicht ein ahnungsloser Leser den Eindruck gewinnen, am 9. November 1918 sei der Monarch von den auf ihn gerichteten Gewehren der Rebellen zur Abdankung gezwungen worden? Es kümmert Manstein nicht, daß die Flucht des Hohenzollern diplomatisch vorbereitet war, und er macht sich nicht die Mühe, sein vages Gedächtnis durch Dokumente zu stützen. Schon im Februar 1919 hatte Hindenburg über die ‚Kreuzzeitung' erklären lassen, er habe im Großen Hauptquartier niemals eine rote Kokarde gesehen — somit, wie wir hinzufügen, niemals einen Revolutionär. Manstein verschweigt auch, daß seine Ergebenheit keineswegs von allen seiner engeren Kameraden geteilt wird. Dem Staatssekretär Otto Meissner zufolge hat in Kiew beim Eintreffen der Nachricht von der ‚Abreise' des Obersten Kriegsherrn ein Generalstabsoffizier ausgerufen: ‚Seine Majestät der Kaiser und König haben allergnädigst geruht zu desertieren.'

Aus mancher Flüchtigkeit erhellt, wie wenig sich der Autor vergewisserte, ob seine Angaben exakt sind. Kurt Eisners Gewaltherrschaft wurde nicht, wie er meint, durch das Eingreifen des Reiches gestürzt. Als die Freikorps im Frühjahr 1919 die Münchener Räterepublik beseitigten, war Eisner seit 2 Monaten tot.

Geradezu unwürdig ist sein Darüberhinreden in den Fällen, die sich an den Aussagen Dritter nachprüfen lassen, wie z. B. bei der Zusammenarbeit der Reichswehr mit dem Sowjetregime, die seiner Darstellung zufolge durch den Vertrag von Rapallo im April 1922 angebahnt worden sei. Warum er die erstaunlichen, aber konkreten Angaben, die ein hoher Generalstabsoffizier dazu im Jahr 1957 veröffentlichte, übergeht, erfährt man nicht. Ob deswegen, weil sie der stereotypen Behauptung Mansteins widersprechen, Deutschland verdanke die Fernhaltung des Bolschewismus dem unermüdlich wachsamen Generalstab, bleibt ungewiß. Jedenfalls bricht hier das Gefühl einer Ausnahmestellung durch, das schamlos wäre, wäre es nicht einfach naiv: den Militärs ist es erlaubt, gegen Moskau zu hetzen und gleichzeitig um seine Komplizenschaft zu buhlen. Wie General Erfurth in seinem Buche ‚Die Geschichte des deutschen General-

stabes von 1918—1945', berichtet, hatte Seeckt bereits im Jahre 1920 die politische und wirtschaftliche Einigung mit Großrußland als unverrückbares Ziel seiner Politik ins Auge gefaßt. Ende 1920 fand die erste Zusammenkunft mit den Russen statt — der Geheimhaltung wegen in der Privatwohnung Schleichers. Als Ergebnis weiterer Verhandlungen kam es 1921 zur Gründung der ‚Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen' mit dem Sitz in Berlin und Moskau. Wohlgemerkt: alles lange vor Rapallo. — Wem soll man nun glauben: Erfurth, der sagt, was er weiß — oder Manstein, der weiß, was er nicht sagt?

Dafür plaudert er offenherzig aus, was er von zwei Besuchsreisen in die Sowjetunion hielt (1931/32); sie werden auf über 20 Seiten mit Behagen geschildert.

Wenn er bestreitet, daß die Reichswehr ‚ein Staat im Staate' gewesen sei, so hat er sich über diesen Punkt nicht genau orientiert. Dem nachzuforschen, was die den Vorwurf Erhebenden mißtrauisch gemacht hat, bemüht er sich nicht. Schließlich kann man ja auch einem Eliteoffizier nicht zumuten, etwa gar die Erinnerungen eines Sozialdemokraten aufzuschlagen. In ‚Mein Lebensweg' zitiert Severing ein Seecktsches Schriftstück, in dem es heißt: „Bei allen diesen zum großen Teil erst in der Einleitung begriffenen Maßnahmen bleibt die Teilnahme und sogar die offizielle Kenntnis der Reichsregierung ganz ausgeschaltet." (Es handelt sich um das geheime Bündnis mit Rußland und um Bestrebungen, die Reichswehr in den Mittelpunkt des reaktionären Widerstands zu rücken.) Severing fährt fort: „Durch die Stabilität ihrer Führung hatte es die Reichswehr allmählich fertig bekommen, ‚ein Staat im Staate' zu werden, eine eigene Außen- und Innenpolitik, eine eigene Handels- und Finanzpolitik und eine eigene Kulturpolitik zu betreiben, soweit man ihre Einwirkungen auf das Filmwesen (Kapitän Lohmann) als Kulturpolitik auffassen will."

Manstein resümiert summarisch: ‚die' Reichswehr hat es niemals gegeben, sie hat sich weder ‚abgekapselt' noch hat ihr Chef mit der Rolle eines Cäsars geliebäugelt.

Vielleicht ist hier ein Wort am Platz zu der unlängst öfter erörterten Frage: Geheimpolitik oder nicht? Sicherlich ereignen sich immer wieder penible Dinge, die besser vertraulich besprochen werden, wie sich auch die Parlamente und die Justiz den Ausschluß der Öffentlichkeit vorbehalten. Das gilt aber nur für die Zeit des Beratens und der Beweisaufnahme — Beschlüsse und Urteile dagegen sind dem Staatsbürger ungesäumt vorzulegen. Daran hat sich Seeckt nicht gehalten, und es entlastet ihn nicht, nachträglich einige Politiker in das Fait accompli nicht zu ändernder Bindungen eingeweiht zu haben. Richtig, er hat nicht nach der Macht im Staate gegriffen, als er sie Ende 1923 de jure ausübte. Wahrscheinlich scheute er die direkte Verantwortung und zog es vor, im Schatten zu handeln. Da auf die Dauer nichts verborgen bleibt, beschäftigte sich Ende 1926 der Reichstag mit dem gewagten Spiel. Der Ankläger wurde auf die bewährte Tour matt gesetzt: man beschuldigte ihn des Landesverrats.

Den folgenschweren Einmarsch in die Tschechoslowakei am 1. Oktober 1938 verniedlicht Mansteins 13. Kapitel mit einer dem Nazijargon entlehnten Kasinoschnoddrigkeit zum ‚Blumenkrieg'. Im gleichen Kapitel besinnt er sich über die Chancen eines Staatsstreiches gegen Hitler, wobei er sich von Halder distanziert, und über die Haltung Becks, der er nur bedingt zustimmt; seine Argumente gehen jedoch über das einförmig Konventionelle nicht hinaus. Es sind dieselben, die die ehemaligen Strategen hartnäckig wiederholen, als sei solchermaßen das in ihren Kreisen Sanktionierte bewiesen. Wie schon nach 1918 gehabt!

Im letzten Abschnitt steht eine Bemerkung Mansteins, von der er hoffentlich selber weiß, daß sie nur relativ gemeint ist: „Der deutsche Soldat hat in jenen

Jahren ... den in seiner Tradition liegenden Begriff des ‚Dienens', der selbstlosen Hingabe an den Dienst für Staat, Reich und Volk hochgehalten."

Wären nämlich die so oft gepriesene Tradition und der ihr nachgesagte Spürsinn für Echtes und Edles noch lebendig gewesen, die maßgebenden Männer hätten früher ‚argwöhnen müssen, daß amoralische Kräfte sich des Staates und der Führung bemächtigt hatten.'

Heute von Tradition zu sprechen, in einer Zeit, in der die Waffenträger dazu erzogen werden sollen, in einem demokratisch-konstitutionellen Staatswesen ein Stand neben, nicht über anderen zu sein, hat ungewollt etwas Demonstratives an sich.

Persönlicher Erinnerungen zuliebe, deren subjektiver Wert unbestritten sei, darf kein Chronist mit der Geschichtstreue willkürlich umgehen. Gerade die hohen Militärs sind darauf erpicht, als Wissenschaftler und nicht als bloße Techniker zu gelten. Dann müssen sie sich aber auch den Gesetzen der Wissenschaft fügen und historische Vorgänge von mehr Seiten als der ihnen genehmen betrachten. Nichts gegen Generale, die wir brauchen, solange wir Soldaten haben, viel jedoch gegen ein Buch wie dieses, das den notwendigen Prozeß des Umdenkens verzögert! Noch wirkt bei manchem Neuplaner, bildlich ausgedrückt, das Ethos der geschlossenen frederizianischen Schlachthaufen nach, obgleich schon der erste Weltkrieg gezeigt hat, daß ein moderner Volkskrieg mit militärischem Können allein nicht zu gewinnen ist. Die Entwicklung und die Anwendung nuklearer Kampfmittel fordern ein abermaliges Umlernen — was zwar erkannt, aber nur unter Hemmungen befolgt wird.

(Der Verfasser dieses Artikels ist identisch mit dem Autor des viel besprochenen Buches „Die Lüge, die nicht stirbt", Verlag Glock und Lutz, Nürnberg. D. Red.)

Johannes Weidenheim

Oblomow schläft nicht mehr

Zu Klaus Mehnerts Buch „Der Sowjetmensch" *)

Über jenes im Vergleich zu dem unseren fast hundertmal größeren Land im Osten, in das Hitlers Heere einst einbrachen, um unter anderem das „slawische Untermenschentum" zu vernichten, wird nun auch bei uns immer mehr und mehr geschrieben — nachdem bei anderen westlichen Völkern die Bemühung um eine differenziertere Kenntnis der Sowjetunion schon vorher eingesetzt hatte. Delegationsmitglieder, Journalisten und andere Besuchsreisende mehr teilen in zunehmendem Maße ihre Eindrücke aus einem Reich mit, dem Hitlers Weltkrieg ein immenses weltgeschichtliches Schwergewicht zugespielt und das für uns Deutsche in einem Umfang ernsteste Präsenz angenommen hat, wie dies ohne Zweifel heute nicht der Fall wäre, hätte die kriegerische Vermessenheit des deutschen Militarismus nicht Mittel- und Osteuropa in ein Chaos verwandelt, aus dem die Sowjetunion logischerweise als machtpolitischer Sieger hervorgehen mußte.

---

*) Klaus Mehnert, „Der Sowjetmensch", Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, 3. Auflage 1959, 498 S.

Bedauerlicherweise aber befinden sich die meisten unserer Berichterstatter aus der Sowjetunion in einer ähnlichen Lage wie seinerzeit die meisten von Hitlers Ostgeneralen: sie kennen das russische Volk nicht, sie verstehen weder seine Sprache noch seine Gefühle, weder seine Geschichte noch seine alten Sehnsüchte; ihr Blick ist darum notgedrungen flach, ihr Stil auf Verallgemeinerungen angewiesen. Den Dingen in Rußland wenig Bedeutung beizumessen, war eben bei uns zur Tradition geworden, und so ist es kein Wunder, daß in den Auslassungen hierzulande immer noch der Schematismus vorherrscht — sowohl dort, wo der gute, wie auch dort, wo der schlechte Wille den Ton bestimmt.

Zu diesem Schematismus gehörte es zum Beispiel, daß vor Beginn der vorjährigen Spiele um die Fußball-Weltmeisterschaft zahlreiche unserer Zeitungen die Prognose in Umlauf setzten, die Russen würden sich auf die alles niedermachende Taktik der „Dampfwalze" verlegen. Was traf von dieser Prognose ein? Das Team der UdSSR erwies sich als eines der sensibelsten des gesamten Tourniers und legte nicht annähernd soviel kämpferische Härte an den Tag wie etwa das Team der Bundesrepublik Deutschland. Oder: Der sowjetische Liebes- und Antikriegsfilm „Wenn die Kraniche ziehen" präsentierte sich vor unserem Publikum mit einer derartig subtilen Bild- und Charakterführung, daß man in der deutschen Filmgeschichte um ein Vierteljahrhundert zurückblättern muß, um Parallelen zu finden. Und wieder trat der Schematismus in Aktion: Das sei eine raffinierte bolschewistische Exportmache, hieß es bei uns an mancher Stelle. Oder: Als wie sensationell glaubten doch unsere Gazetten es empfinden zu müssen, daß vor ein paar Jahren der damalige sowjetische Ministerpräsident B u l g a n i n bei seinem Besuch in Belgrad der Gattin des Marschalls T i t o in formvollendeter Manier die Hand küßte. Eine auch heute noch normale Erscheinung der Courtoisie — aber unser Schematismus machte daraus ein Sensatiönchen, weil er nicht weiß oder nicht wissen will, daß der Kommunismus seine Anhänger grundsätzlich nicht zur Rüpelhaftigkeit erzieht.

Solcher Beispiele wäre Legion. Die angeführten reichen hier aus, um die Richtung anzudeuten, in der — sehr zum Unterschied von allen Schematisierungen — Klaus M e h n e r t s Buch liegt: es ist ein Beitrag zur Morphologie des Sowjetrussen; um es gleich zu sagen: der bedeutsamste aus deutscher Feder seit vielen Jahren — nicht so sehr kraft seiner Systematik (die stellenweise zu wünschen übrig läßt), als vielmehr kraft der persönlichen Legitimation des Verfassers: Mehnert ist in Moskau geboren, er spricht russisch wie deutsch, er ist fähig, die Russen russisch zu sehen, er kennt das rote Riesenreich von zahlreichen Reisen, er hat, alles zusammengenommen, seit der Oktoberrevolution insgesamt sechs Jahre in der UdSSR zugebracht und — er liebt die Russen. Auf die vielen übrigen Völkerschaften der Union läßt er sich nicht näher ein; seine Begründung dafür erscheint plausibel — wenigstens heute noch —: Der Stil wird von den Russen bestimmt; wer den Russen kennt, kennt im großen ganzen auch den Sowjetmenschen.

Mehnerts Buch hat seit seinem Erscheinen im Herbst 1958 eine Auflage von 35 000 Exemplaren erzielt. Das bedeutet: ein Bestseller ist es nicht geworden. Mit „Götter, Gräber und Gelehrte" etwa, das uns aus der vertrackten Gegenwart sanft in weite Vergangenheiten entrückt, kann es sich nicht messen; der durchschnittliche Bundesbürger schwärmt nicht für Gegenwarts-, geschweige denn für Zukunftsthemen. Aber wenn uns nicht alles täuscht, gilt auch dies: Ein Buch wie das vorliegende wäre noch vor sieben Jahren — so es damals überhaupt gedruckt worden wäre — über eine Auflage von 5000 Stück kaum hinausgekommen. Das persönliche Interesse unserer Menschen an Rußland wächst — und mit ihm das Verlangen nach genauerer Unterrichtung, als das genormte Vokabular

der Konformisten sie zu bieten vermag. Das gilt vor allem für unsere Jugend. „Sie", sagt Mehnert, „wird länger als die ältere Generation mit den Völkern der Sowjetunion auf einem Kontinent leben und Formen eines erträglichen Nebeneinander suchen müssen."

Suchen, heißt es hier, nicht einfach finden . . . Für diese Suche erscheint uns Mehnerts Buch von außerordentlicher Bedeutung — auch wenn der Verfasser (bis heute ein getreuer Apologet der Politik A d e n a u e r s) an manchen Stellen ins Schliddern gerät, wenn seine Bemühung, „Menschliches" und „Sowjetisches" jeden Augenblick fein säuberlich auseinanderzuhalten, gar zu angestrengt wirkt. Ein so souveräner Beherrscher des Stoffes sollte es nicht nötig haben, um die für Rußland grundlegende Rolle der Oktoberrevolution in der Erweckung des analphabetischen Mushik zu einem modernen Menschen einen solchen Eiertanz von Leugnung und doch auch indirektem Zugeständnis aufzuführen, wie Mehnert es zum Beispiel auf Seite 222 tut:

„Was immer (im alten Rußland) heranwuchs an Begabung, welkte und starb an Ort und Stelle, ging ein in die Humusschicht — bis der Pflug kam und die Welt verwandelte. Dieser Pflug war nicht so sehr die politische Revolution der Bolschewiken als jene nun erst auch in Rußland mit voller Gewalt einsetzende Umwälzung der Lebensverhältnisse, für die die Historiker den Namen ‚industrielle Revolution' geprägt haben . . ."

Es ist schon eine gewagte Form forscherischer Seriosität, einem Volk eine ganze Reihe von aktuell wirksamen positiven Eigenschaften zu bescheinigen, diese aber jedesmal sogleich ausschließlich als Niederlage des gesellschaftlichen Systems zu deklarieren, in dem dieses Volk nunmehr immerhin schon in der zweiten Generation lebt. Wo heute in Rußland noch genau so viel gesungen wird wie früher, da geschieht es laut Mehnert trotz der Bolschewiken; wo aber stellenweise das Lied (wie bei uns in Deutschland leider schon en gros und schon seit langem) verstummt ist, haben die Bolschewiken es zum Verstummen gebracht . . . Wo immer der Verfasser bei den Russen auf Sittlichkeit, Gefühl und Verstand stößt — und das ist frappierend oft der Fall —, erklärt er sich das mit der seiltänzerischen These, der Kommunismus (in dem Mehnert andererseits nichts weiter sieht als die in das Leben des einzelnen mit brutaler Gewalt eingreifende, Geist und Seele abtötende Diktatur) habe da eben vor dem Wesen des Russen kapitulieren müssen . . . Müßte man bei einer solch halben Beweisführung nicht geradezu in Versuchung kommen, den russischen Kommunisten — frei nach dem letzten König von Sachsen — zuzurufen: Ihr seid mir schöne Diktatoren!?

Warum fällt es dem Christen Mehnert so schwer, zuzugeben, daß die kollektive Wirtschaftsform des Marxismus der russischen Mentalität entgegenkommt und daß die offenkundige Zunahme an Intelligenz und Fähigkeiten unter den Russen wenigstens zum Teil gerade dieser Wirtschaftsform zugeschrieben werden kann? Muß man denn gleich „rot" sein, um das zugeben zu können? Müßten nicht wenigstens die Christen bei uns schon so weit sein, daß sie erkennen: Wir verrammeln uns nur noch mehr den Blick für die in Wahrheit einzig wirksamen Positionen in der schon längst begonnenen Auseinandersetzung mit dem Osten, wenn wir uns weiterhin — von keinem der christlichen Grundgedanken gedeckt — an die oberflächliche Philosophie der bürgerlichen Besitzgewohnheiten klammern? Die Russen leben seit vierzig Jahren ohne Börsen, ohne die Möglichkeiten finanzieller Spekulation, ohne Geschäftsreklame, ohne Konkurrenzkampf und was dergleichen Erscheinungen mehr sind —: Ist es denkbar, daß sie so, wie Mehnert sie schildert, nur geblieben sind, o b w o h l sie alles das nicht haben?

Das menschliche Bild des Sowjetrussen

Dennoch: Das Buch ist in hohem Maße wichtig und infolge seines eingängigen Stils außerdem auch lesbar genug. Es basiert auf der erheblichen Erkenntnis: „Wieviel Kohle, Stahl oder Atomenergie die Sowjetunion produziert, wie sich die Kollektivierung der Landwirtschaft schließlich einspielt, wieviel Flugzeuge die rote Luftwaffe besitzt — diese Fragen sind zweitrangig (sofern man nicht Verteidigungsminister ist, Anmerkung des Verfassers); entscheidend ist, in wessen Händen das alles eines Tages liegen wird."

In wessen Händen wird das einmal liegen, in wessen Händen liegt es schon heute? Nun, zunächst einmal in den Händen eines Volkes, dessen Alltagswirklichkeit von der bei uns immer noch populären Grau-in-grau-Theorie nicht annähernd erfaßt wird: „Das Leben in der Sowjetunion ist ungemein vielschichtig" — damit sagt Mehnert den meisten von uns wahrscheinlich etwas bestürzend Neues.

So ist es auch nicht möglich, das reichhaltige Mosaik in diesem begrenzten Rahmen nachzulegen. Der knappe Raum gebietet Beschränkung auf einige der markantesten Züge.

Die Basis — auch politisch von gravierendem Gewicht — bildet eine Nationaleigenschaft, die zwar nicht ausschließlich russisch, aber doch bei keinem anderen europäischen Volk in diesem Ausmaß anzutreffen ist wie beim Russen: die menschliche K o n t a k t f ä h i g k e i t, — nein, man muß schon sagen: Kontakt s t ä r k e. Sie ist aus der Vergangenheit bekannt, sie ist nach wie vor am Leben, und sie ist noch so ausgeprägt, daß sie zumindest die kommende Jahrhundertwende noch überleben wird. „Der durchschnittliche Russe", zieht Mehnert das Resumee aus zahlreichen Erlebnissen (und widerspricht damit einigen anderen eigenen Behauptungen), „empfindet unverkennbar in der Gruppe auch eine besondere Art von Gruppenlebensfreude, die ihn beschwingt — auch ohne, erst recht mit Alkohol." Er ist also weder „Masse" etwa im Sinne O r t e g a s noch „freie Persönlichkeit" etwa im Sinne G o e t h e s: er ist „Person" etwa im Sinne der alten — und der ganz neuen — Christen (wie zuletzt der Jesuitenpater Clemens B r o c k m ö l l e r sie bei uns formuliert hat). Nur von ihm kann das Wort stammen: Es wird keiner selig, wenn nicht das ganze Dorf selig wird. Wer da glaubt, dieser russische Zug sei in den zurückliegenden vierzig Jahren ausgestorben, der lese Mehnerts — antikommunistisches — Buch; er wird dann unter anderem auch auf folgende einzigartige Episode stoßen, die Mehnert einmal in der Eisenbahn erlebte:

„Einer in meinem Abteil mitreisenden Frau geriet etwas ins Auge, das sie nicht zu entfernen vermochte. Das kommt bei uns auch vor und führt, wenn man mit dem Taschentuch kein Glück hat, zu dem Ruf nach einem Arzt. Ganz anders hier in der harten Klasse der Strecke Moskau—Klin: eine andere Mitreisende nahm, wiewohl sie offensichtlich die junge Frau gar nicht persönlich kannte, alsbald deren Kopf in die Hände, drückte den geöffneten Mund über das schmerzende Auge und leckte der Wildfremden mit der Zunge so lange das Auge aus, bis das störende Etwas beseitigt war. Die übrigen Passagiere nahmen von dem Vorgang kaum Notiz; dergleichen schien ihnen selbstverständlich und darum nicht der Rede wert."

Demnach wären also die Sowjetrussen „ein Volk von Brüdern"? Um Himmelswillen! Sie zu idealisieren, wäre mindestens ebenso verhängnisvoll, wie es die bei uns noch lange nicht ausgestorbene Betrachtungsweise des „Herrenmenschen" ist. Sie sind Menschen wie wir, es gibt in ihrem Lande manches, was es auch bei uns gibt — zum Beispiel ein gewisses „Halbstarkenproblem" unter den Söhnen der Vielverdienenden oder illegale Machinationen von Wirtschaftsmanagern

(manches freilich gibt es nicht, etwa die publizistische Sexualisierung des Volkes oder die Colt-Ideologie vieler unserer Konfirmanden), — aber ein hoher Grad von intellektueller und moralischer Unbefangenheit ist unverkennbar. Das kann man auch schlicht G e s u n d h e i t nennen. Auf der Grundlage dieser natürlichen Mitgift durchlaufen die Russen zur Zeit „jene Frühzeit des geistigen Enthusiasmus, die bei uns schon längst vergessen und durch Skepsis, zum Teil Blasiertheit abgelöst worden ist."

Ist es da noch ein Wunder, daß sie das Problem der persönlichen Freiheit anders interpretieren als wir und daß sie es überhaupt — wenigstens jetzt noch — nicht als das vordringlichste empfinden? (Auch hier wieder berührt das Thema den christlichen Lebensgrund: eines Christen Freiheit ist nicht die Libertät seiner Person, sondern die Möglichkeit, Gott zu gehorchen). Dennoch wäre es nur abermals einer von unseren vielen „russischen Trugschlüssen", wollten wir daraus folgern, es gebe in der Sowjetunion kein geistiges Ringen. Hören wir den Autor:

„Der Sowjetmensch würde sich in der Tat nach seiner Substanz von anderen Menschen unterscheiden, wenn er die Neugier eingebüßt, wenn er sich dazu bequemt hätte, alles ungeprüft anzunehmen, was die Regierenden ihm als Wahrheit vorsetzen, und auf alles zu verzichten, was sie ihm vorenthalten. In Wahrheit aber hat der Sowjetmensch seine Neugier, sein Bedürfnis, den Dingen auf die Spur zu kommen, nicht verloren, im Gegenteil. Sie erstreckt sich auf alles zwischen Himmel und Erde und macht auch an politischen Grenzen nicht halt."

Nicht nur die bei uns trägerweise so oft behauptete Denaturation des russischen Menschen hat nicht stattgefunden, sondern auch die Tradition des Geistes ist nicht abgerissen, ja, sie hat verbreiterten Nährboden gefunden: „Die russische Wissenschaft hat wie die Literatur eine bedeutende Tradition des Ringens um geistige Freiheit, um ein tolerantes Verhalten des Staates im Bereich des geistigen Lebens, ja, ich möchte die Behauptung aufstellen, daß in Teilen der heutigen sowjetischen Intelligenzia, die eine zahlenmäßig ungleich größere Schicht darstellt als in der Zarenzeit, manches von dem Wesen der alten Intelligenzia, von ihrer Humanität und ihrem Idealismus, weiterlebt und dieses damit weiter gestreut ist als je zuvor in der Geschichte des Landes."

Der Russe war nie ein Mensch, der Vorgegebenes ungeprüft beibehielt; hinter seinem Hang zur Schlamperei verbirgt sich ein auffälliges Streben nach „Pravda" (Wahrheit) und gedanklicher Präzision. Das verblüffendste Erlebnis an Mehnerts Buch ist der Einblick, den es in den Bereich der geistigen Lebendigkeit gewährt: es ist in der Sowjetunion bei weitem mehr interne Kritik und Selbstkritik am Werk, als man bei uns gemeinhin ahnt. Freilich: die Ideologie als solche wird deshalb nicht in Frage gestellt; und wer es doch tut, hat nicht mehr gleich, wie einst, die Staatssicherheits-Polizei zu fürchten. S t a l i n ist nicht mehr das Maß aller Dinge, und einen zweiten Stalin wird es nicht geben. Recht und das Mühen um Rechtssicherheit sind — so relativ das auch noch sein mag — im Vormarsch begriffen: daran läßt Mehnerts Sammlung von Belegen keinen Zweifel. Die gesellschaftliche Basis, auf der sich die F a m i l i e — das Herzstück aller irdischen Wünsche des Russen — entwickeln kann, weist jedenfalls heute bedeutend weniger Züge der Härte auf als noch vor etlichen Jahren — und auch damals formten sich diese Dinge nicht ganz so, wie sie sich in der westlichen Reflexion darstellten: „ . . . die Sowjetfamilie ist aus den Konflikten der letzten Jahrzehnte weit gesünder hervorgegangen, als man wohl vermutet hatte . . . Im Vergleich zu manchen westlichen Ländern macht die Sowjetfamilie eher noch einen stabileren Eindruck."

Die Kinder dieser Familien erfahren eine sehr eingehende Heranbildung — und auch diese verläuft ungleich differenzierter, als unsere Öffentlichkeit es

weiß. Wer hätte zum Beispiel gedacht, daß im Stundenplan der Schulen russische Literatur — selbstverständlich nicht nur die seit 1917 — einen geradezu luxuriös breiten Raum einnimmt? Wenn man dann noch erfährt, daß es in der Sowjetunion jährlich fast 3 Millionen Vollstudenten gibt (das ergibt im Vergleich zur Bundesrepublik bei einem Verhältnis der Einwohnerzahl von 1 : 4 ein Verhältnis von 1 : 75!) und daß praktisch die gesamte Jugend des Landes irgendeine Fremdsprache erlernt, und zwar in sechsjährigem Kursus — „im Schuljahr 56/57 waren das rund zwölfeinhalb Millionen Schüler" —, bekommt man eine erste Ahnung von der geistigen Intensität, die in diesem Riesenreich am Werk ist. Und es ist nicht allein eine quantitative Intensität; Erziehung zum Denken ist eines der obersten Prinzipien. „Was ist unbefriedigend und bedarf der Verbesserung?" — vor diese Frage wird der Sowjetmensch täglich, stündlich gestellt, und es wäre unlogisch und unrussisch, anzunehmen, das Suchen nach Verbesserung bliebe auf Maschinen oder Produktionsmöglichkeiten beschränkt; es wird notwendigerweise immer stärker den Menschen mit einbeziehen.

Der Sowjetrusse ist aus dem klassischen Zustand des Oblomow, dieser liebenswürdigen, aber unfruchtbaren Schlafmütze, erwacht: Das ist die Grundformel seiner neuen Struktur.

Die von einer gewissen slawophilen Romantik in Ost und West einst vielbesungene „breite Natur" des Russen — das dichte Beieinander von gut und böse in seinen Aktionen, der meist unter der Patronanz von Wodka stattfindende blitzschnelle Wechsel des moralischen Standortes von einem Extrem zum anderen, kurz: die berühmt-berüchtigte „russische Unberechenbarkeit": das freilich ist im Rückgang begriffen. Kann man aber den keineswegs erfolglosen Feldzug des Regimes gegen dieses überlieferte Charakteristikum beklagen? Mehnert entwirft das Bild eines Russen, der immerhin erheblich fähiger erscheint, mit Westeuropäern intellektuell zu akkordieren, als der Russe vor vierzig Jahren. Der Kommunismus bemüht sich — das ist klar ins Auge zu fassen —, aus ihm einen Menschen der Vernunft zu machen. Daß ein solcher Menschentypus für den Anspruch des Metaphysischen taub werden müsse, ist nichts als eine — zudem unbewiesene — Behauptung kleinbürgerlicher Theologie.

Da wir Westeuropäer von uns sagen können, schon seit 1789 Menschen der Vernunft zu sein, sollte uns nichts mehr daran hindern, mit dem Russen zum erstenmal in der Geschichte in ein ernstes Gespräch einzutreten. Um den geschichtlichen Zwang geistiger Beziehungen zum größten Kontinentalvolk Europas ist nicht länger mit weltanschaulichem Alibi herumzukommen; und mit dem Teufelsevangelium der atomaren Aufrüstung schon gar nicht.

Werner Hansen

Skandinavisch-sowjetischer Nichtangriffspakt?

Die Reise des britischen Premierministers Macmillan nach Moskau wurde in Skandinavien mit außergewöhnlichem Interesse verfolgt. Vor allem erregte das sowjetische Angebot eines Nichtangriffspaktes für Großbritannien Aufsehen. Nach Äußerungen prominenter Politiker in Oslo, Kopenhagen und Stockholm erhält damit der geplante Besuch Chrustschows in Skandinavien eine Bedeutung, die weit über einem Repräsentationsbesuch liegen dürfte. Der schwe-

dische Außenminister Unden erklärte im Stockholmer Parlament, daß die gutnachbarschaftlichen Beziehungen, die das Verhältnis zwischen Schweden und der Sowjetunion auszeichnen, weiterhin ausgebaut werden sollen. Auf Anfrage wurde im Außenministerium in Stockholm erklärt, daß „ernsthafte Gespräche und Verhandlungen mit dem sowjetischen Gast vorgesehen seien". In Dänemark, wo die bürgerlichen Parteien gegen die geplante Visite polemisiert hatten, erklärte Außenminister Krag: „Der Besuch Chrustschows in den nordischen Hauptstädten und ganz besonders in Dänemark wird dazu beitragen, daß die Mauern des Mißtrauens zwischen unseren Ländern abgetragen werden."

Aus gewöhnlich gutinformierter Quelle in Stockholm war zu hören, daß im Mittelpunkt der kommenden Gespräche zwischen den nordischen Ländern und der Sowjetunion der Plan eines skandinavisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes und das Projekt „friedliche Ostsee" stehen dürften. Einen besonderen Aspekt dürften diese Neutralitätsgespräche durch einen Schritt Dänemarks bekommen, der das Land weiterhin von der Konzeption der Nato entfernt hat. Das allmähliche Loslösen Dänemarks aus der Nato-Gemeinschaft dürfte nunmehr offensichtlich sein. Wenig später, nachdem Kopenhagen das amerikanische Flottenhilfsprogramm ablehnte, unterbrach die dänische Regierung die Militärverhandlungen mit der Bundesrepublik. Die Verhandlungen dienten dem Zweck einer besseren Koordinierung der dänisch-westdeutschen Streitkräfte, ferner wurde über die Errichtung von Truppenbasen und Materialdepots der Bundesrepublik in Jütland gesprochen. In Kopenhagen wurde in diesem Zusammenhang erklärt, daß „an eine Wiederaufnahme der Verhandlungen in absehbarer Zeit nicht zu denken sei". Zugleich veröffentlichte der Verteidigungsminister Poul Hansen den modifizierten Verteidigungshaushalt, der erstmalig seit dem Kriege keine neue Posten aufweist. Auf Grund der gestiegenen Preise und Löhne in Dänemark beinhaltet dieser Voranschlag also eine Abrüstung. Poul Hansen erklärte ferner, daß keine Neuanschaffungen, Materialankäufe und Modernisierungen im Bereich der dänischen Truppen geplant sei. Noch in diesem Jahr will man dagegen eine allgemeine Verkürzung der Wehrdienstzeit durchsetzen. Während die bürgerliche Presse in diesem Zusammenhang von einem „vollständigen Zusammenbruch unserer Verteidigungspolitik" (Berlinske Tidende) sprach, erklärte der Bonner Geschäftsträger Dänemarks diese Maßnahme mit finanziellen Schwierigkeiten. In Kopenhagen wurde diese Politik des „Nato-Isolationismus" anders interpretiert. Es hieß hier, daß in den einzelnen Wahlkreisen ein kräftiger Druck von unten her erfolgt sei. Eine Reihe von Parlamentariern mußten sich verpflichten, für eine Herabsetzung der Militärausgaben und für einen Abbruch der Bonn-Kopenhagener Militärgespräche zu stimmen. „Das dänische Volk wünscht eine Loslösung von der westdeutschen Militärpolitik, da man allgemein einen vernichtenden atomaren Gegenschlag im Ernstfalle befürchtet." (K. Hansen - Liberale Partei)

Mit den letzten Maßnahmen auf dem Gebiet der Militärpolitik hat Dänemark eine wichtige Vorleistung gegeben, um die skandinavisch-sowjetischen Gespräche zu einem Erfolg zu bringen.

Tian Olff

AMSA erzwang Parlamentsbeschluß gegen die Atombombe

Schweden ist ein Land, das es mit viel Geschick verstanden hat, sich aus den großen internationalen Konflikten der letzten Jahrzehnte herauszuhalten. Dank der maßvollen und vernünftigen Politik konnte dem Land eine ununterbrochene Periode von nahezu 150 Jahren ohne jede kriegerische Auseinandersetzung bewahrt bleiben. Auch heute lehnt es die Regierung Tage Erlanders ab, sich an einen der Machtblöcke anzuschließen. Im Gegensatz zu den beiden Nachbarstaaten, Dänemark und Norwegen, gehört Schweden der Nato nicht an und verfolgt stattdessen eine Politik der strikten Neutralität, die auf einem gesunden gutnachbarschaftlichen Verhältnis mit der Sowjetunion beruht. Dennoch gibt es in diesem Land eine zahlenmäßig kräftige Gruppe von Politikern, die den Status der Neutralität mit Hilfe der Atombombe in einen Status der „bewaffneten Neutralität" umwandeln wollen. Die meisten Befürworter dieser Politik befinden sich in den bürgerlichen Oppositionsparteien, Centerparti und Högerparti (bürgerliche Rechtspartei). Auch in den Reihen der Sozialdemokratie, die mit der Unterstützung der kommunistischen Fraktion in der zweiten Kammer des Riksdagen nur über eine knappe Mehrheit verfügen, gibt es Anhänger der atomaren Verteidigungspolitik.

In der vergangenen Legislaturperiode unternahmen die Militärs in Schweden den ersten großen Vorstoß mit dem Zweck, eine eigene schwedische Atombombenproduktion ins Leben zu rufen. Der Verteidigungsstab, der sich mit seinem Antrag an die Regierung auf eine kleine Gruppe der Rechtspartei stützen konnte, forderte in seinem Schreiben „die sofortige Aufnahme von vorbereitenden Arbeiten, die dem Zweck dienen sollen, eine eigene schwedische Atombombe zu konstruieren, zu entwickeln und zu erproben". Besonderes Aufsehen erregte es im vergangenen Jahr, daß die Militärs in Schweden behaupteten, „daß es im Rahmen der wissenschaftlichen Erprobung der Kernwaffen durchaus möglich sei, die Bombe (als Nahziel verlangte der Oberbefehlshaber 100 Atombomben vom Hiroshima-Typ) auf eigenem Territorium, d. h. in den Ödmarken Nordschwedens, zu erproben". Zur gleichen Zeit unternahmen verschiedene Stellen im Lande eine breitangelegte Propagandakampagne für die Anschaffung der Bombe. Die bürgerliche Presse, an ihrer Spitze das konservative ‚Svenska Dagbladet', hatte schon längst in ihren Leitartikeln diesen ‚für unsere Nation unerläßlichen Schritt' gefordert. Weitere Propagandatätigkeit entfalteten die lokalen Organisationen des zivilen Bevölkerungsschutzes (Civilförsvaret), eine Organisation, die die Aufgabe hat, die Bevölkerung auf einen atomaren Angriff vorzubereiten. Die massive Propaganda dieser Institutionen blieb nicht ohne Erfolg. Anfang 1958 sprachen sich noch 60 Prozent der erwachsenen Einwohner des Landes für die Anschaffung einer Atombombe zu Verteidigungszwecken und zur Abschreckung aus. Zur gleichen Zeit etwa begann auch ein äußerst undurchsichtiges Ränkespiel, das die schwedischen und die schweizerischen Militärs gemeinsam unternahmen. Es führte schließlich dazu, daß die Befürworter sich gleichermaßen einer auf den anderen berief. Zum gleichen Zeitpunkt konnte man in Schweden wie in der Schweiz in führenden Blättern lesen, die anderen neutralen Staaten haben sich entschlossen, atomar aufzurüsten.

Hier setzte nur die Aufklärungsarbeit der AMSA ein. AMSA bedeutet wörtlich: Aktionsgruppen mot svenska atombomben (Die Aktionsgruppe gegen schwe-

dische Atomwaffen). Nachträglich kann man feststellen, daß es wohl keiner europäischen Gruppierung dieser Art gelungen ist, einen derart eindeutigen Erfolg zu erringen. In der AMSA versammelten sich Professoren aller Fakultäten, Schriftsteller und Dichter, Redakteure und Journalisten, Schauspieler, Gewerkschaftler, Parlamentarier der Sozialdemokratie und der Kommunisten (wobei hervorgehoben werden muß, daß die kommunistische Partei in diesem durch und durch demokratischen Staat vollkommen gleichberechtigt als Partei der Arbeiter anerkannt ist). Einige hervorragende Namen seien genannt von Mitarbeitern, die finanzielle Opfer auf sich nahmen, um die Ideen der AMSA zu propagieren: die international bekannten Professoren Äke Gustavsson und Gunnar Beskow, die Schriftsteller Sara Lidman (die als Lyrikerin große Popularität genießt) und Per Anders Fogelström, Verfasser bekannter pazifistischer Bücher, die mutige und temperamentvolle Sozialdemokratin und Reichstagsabgeordnete Thorsson, Dr. Dagmar Lange und Tore Zetterström, schließlich der intelligente Debattenredner Ulf Himmelstrand. Die AMSA verfolgte von Anfang an zwei Hauptziele, einmal die strikte Ablehnung der atomaren Bewaffnung für Schweden, und zum anderen entwickelte sie ein weitreichendes pazifistisches Programm, das vorsah: vollkommene Abrüstung bis auf einige Polizeistreitkräfte für Schweden, unter Abschluß von Sicherheitsabkommen mit allen Staaten und unter dem Schutz der UN Erklärung Schwedens zum ‚Rotkreuz-Staat'. Schweden verpflichtet sich, jährlich eine hohe Summe zur finanziellen Hilfe von Katastrophengebieten zu zahlen, und unterstützt darüber hinaus unterentwickelte Länder mit Geldern und technischer Hilfe. Dieses Endziel findet von Jahr zu Jahr mehr Befürworter, ohne daß es bisher gelungen wäre, die Politiker dafür zu gewinnen. Trotzdem glaubt man, daß eine entsprechende Entwicklung in Schweden auf Grund des hervorragenden Rufes, den das Land überall genießt, möglich ist. Um das Nahziel zu erreichen, veranstaltete die AMSA in ganz Schweden eine beispiellose Aufklärungskampagne. In jeder größeren Stadt und später auch in kleineren Orten, traf man sich mit den Offizieren zu öffentlichen Diskussionen. Da die Militärs sich recht bald von den Erfolgen der AMSA überzeugen mußten, stellten sie zu jedem Treffen schließlich einen hohen Offizier, der diskussionsgewandt genug war, um in der Debatte zu bestehen. Die Treffen wurden nach streng demokratischen Grundprinzipien veranstaltet, zumeist übernahm der Bürgermeister oder eine andere hohe Amtsperson den Vorsitz. Jeder Partei wurde in einem Kurzreferat die Möglichkeit gegeben, ihren Standpunkt nahezubringen. Dann folgten, unter lebhafter Beteiligung des Publikums, die Diskussionen, ebenfalls nach einem vereinbarten Zeitschema. Die Kirche beteiligte sich in der Mehrzahl der Aussprachen nicht, da die Religion einen mehr untergeordneten Platz im Leben der Schweden einnimmt. Die Debatte erreichte aber, nach den Tagungen in Nyborg/Dänemark und nach einigen vielbeachteten Vorträgen von Pastor Niemöller in Stockholm, Lund und Upsala, schließlich auch den kirchlichen Raum.

Die AMSA erreichte mit Hilfe von populären Anhängern (Schauspielern, Verfassern, Journalisten) einen außergewöhnlichen Erfolg, der auch in den Statistiken der Meinungsforscher ablesbar ist. Anfang 1959 sprachen sich nur noch etwa 10 Prozent der Befragten absolut für die Anschaffung der Atombombe aus. Überdies stießen die Berichte der Wissenschaftler auf wesentlich mehr Verständnis bei weiten Teilen der Bevölkerung. Unter diesen Aspekten sammelte sich ein großer Teil der Sozialdemokratie zu einem einhelligen Standpunkt in dieser lebenswichtigen Frage. Außer einer zahlenmäßigen Minderheit lehnt die schwedische Sozialdemokratie die atomare Bewaffnung für Schweden heute ab. Als das Parlament schließlich über die Anträge des Oberbefehlshabers abstimmen mußte,

hatte die AMSA eine derartige Popularität erreicht, daß es selbst die bürgerlichen Politiker nicht mehr wagten, zustimmende Erklärungen abzugeben. Nach einer aufsehenerregenden Rede der Sozialdemokratin Frau Thorsson und einer äußerst hart geführten Debatte im Riksdage wurde der Antrag der Militärs mit 198 gegen nur 10 Stimmen abgelehnt! Eine erneute Diskussion dieser Frage wird in diesem Jahr nicht zu erwarten sein, erst im Jahre 1960 soll erneut darüber verhandelt werden.

Die Vorbereitungen auf einen Atomkrieg werden in Schweden nun unter einem wesentlich humaneren Aspekt vorangetrieben: die Regierung hat 15 Wissenschaftler beauftragt, das Luftschutzsystem des Landes den atomaren Verhältnissen anzupassen. In den vergangenen Jahren wurden etwa 100 Schutzbauten für die Zivilbevölkerung erstellt, die etwa zwei Millionen Bürgern Schutz bieten können. Aus dieser Tatsache kann man vielleicht ersehen, mit welcher Verantwortung die Schweden diesen Problemkreis ansehen. Die Sicherheit der Zivilbevölkerung ist wichtiger als die Ausrüstung einer Armee mit Atombomben. Und die Ausgaben für diesen Posten rangieren gleichrangig mit denen für die Armee.

Daß in Schweden in den vergangenen Jahren die Vernunft gesiegt hat, ist ein unbestreitbares Verdienst der AMSA. Wenn es nach den Plänen dieser Gruppe geht, dann bleibt dem klassischen Land der Neutralität der Friede noch einmal über einhundert Jahre bewahrt.

Prof. Dr. Manfred von Ardenne

Reiseerlebnisse in fünf Ländern

Im Nachstehenden veröffentlichen wir einige Abschnitte aus dem uns vom Verfasser zur Verfügung gestellten Bericht über seine Reisen als Mitglied einer Regierungsdelegation der DDR in den Nahen und Fernen Osten. *D. Red.*

Am 19. Dezember 1958 wurde ich, für mich völlig überraschend, von Außenminister Dr. Lothar Bolz telefonisch gefragt, ob ich bereit sei, als Mitglied einer Regierungsdelegation an einer Reise des Ministerpräsidenten nach China teilzunehmen. Der Weg führe über Ägypten, Syrien, Irak, Indien, Vietnam nach China mit bis zu fünftägigen Aufenthalten in den genannten Ländern.

Nach einer vorausgehenden Besprechung beim Ministerpräsidenten Otto Grotewohl über die politischen Ziele der Reise und die Aufgabe der einzelnen Delegationsmitglieder, starteten wir am 4. Januar 1959 in früher Morgenstunde zu unserer Flugreise. Unsere Delegation bestand aus 5 Mitgliedern und 28 Begleitpersonen (Chef des Protokolls, Botschaftsräten, Reportern für Presse, Fernsehen, Film und Rundfunk, Sekretären, Sicherheitsbeamten usw.). Zur Regierungsdelegation gehörten der Ministerpräsident O. Grotewohl, der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister L. Bolz, der Stellvertreter des Außenministers, S. Schwab, der Stellvertreter des Ministers für Innen- und Außenhandel, sowie meine Person.

Am frühen Nachmittag erreichen wir die afrikanische Küste und landen bald darauf in Kairo. Auf dem Flughafen wird unser Ministerpräsident mit militäri-

schen Ehren offiziell von Vertretern der Regierung, von den Diplomaten der befreundeten Länder und von den Mitgliedern unserer Vertretungen begrüßt, ein würdiger, aber zeitraubender Vorgang, der sich noch oft im Laufe unserer Reise wiederholen sollte. Noch am gleichen Abend gibt der Präsident der Vereinigten Arabischen Republik, Nasser, der Delegation ein Abendessen im Kubbah-Palast. Schon bei der Anfahrt glaubt man sich in ein Märchen aus 1001 Nacht versetzt, die trompetenschmetternde Wache mit ihren bunten Gala-Uniformen, der hell angestrahlte frühere Königspalast in dem Park mit schönen Palmen und Blumen, die vielen schwarzen Diener in ihren scharlachroten, goldbetreßten Uniformen und die orientalische Inneneinrichtung des Palastes erzeugen diese Illusion. Sie wird noch verstärkt, als Nasser fast unmittelbar nach unserem Eintreffen die Delegierten mit hohen ägyptischen Orden auszeichnet. Ich selbst werde durch die Verleihung des Großkreuzes des Verdienstordens mit Band überrascht. Beim Essen sitze ich Nasser schräg gegenüber und kann ihn in Ruhe betrachten. Man gewinnt den Eindruck einer impulsiven, auf dem Höhepunkt ihrer Lebenskraft stehenden Persönlichkeit. Nach dem Essen habe ich ein halbstündiges Gespräch mit dem Vizepräsidenten und Verteidigungsminister Marschall A. H. Amer über die Kombination von nuklearen Sprengköpfen mit interkontinentalen Raketen hoher Tragfähigkeit, über die gegenwärtige Überlegenheit der Sowjetunion auf diesem Gebiet in bezug auf Reichweite, Funktionssicherheit und Größe der Produktion, sowie schließlich über die Tatsache, daß diese technische Überlegenheit die zwölfjährige Stützpunkts- und Einkreisungspolitik der Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion durchbrochen und entscheidend entwertet hat.

Am zweiten Reisetag fliegen wir früh nach Port Said, dessen durch englische Bomberverbände während des Suezkrieges 1956 zerstörte Wohnviertel wir zum großen Teil schon wieder aufgebaut finden. Der Gouverneur des Suezkanals erläutert uns die Schwierigkeiten bei der Übernahme des Suezkanals in ägyptische Verwaltung und die Methoden ihrer Überwindung. Eine Dampferfahrt durch den Suezkanal bis Ismaelija bei blauem Himmel schließt sich an. Wir begegnen Tankern vieler Nationalitäten in großer Zahl und nur wenigen Passagier- und Frachtschiffen.

In Ismaelija, wo sich das Kommandozentrum des Kanals befindet, diskutiere ich mit dem Gouverneur über die Verbesserung des Kommandosystems durch die jüngsten Methoden der Fernseh- und Radartechnik.

Am dritten Reisetage sehen wir vormittags die Schätze des Ägyptischen Museums in Kairo . . .

Am vierten Reisetage fliegen wir nach Damaskus, dessen herrliche Lage auf und vor den Hängen des Libanons wir auf verschiedenen Fahrten unserer langen Wagenkolonne durch die Stadt bewundern können. Die geringe Entfernung von nur etwa 200 km, die uns hier von Jerusalem, dem geographischen Schwerpunkt der neueren biblischen Geschichte trennt, kommt uns beim Besuch der Omayad-Moschee zum Bewußtsein. Denn diese Moschee mit ihrer zum Teil über 2000 Jahre alten Architektur umschließt das Grab Johannes des Täufers. Unmittelbar neben der Moschee, am Ende eines der typischen überdeckten Bazare des Nahen Orients, steht eine Gruppe mächtiger Säulen aus der Römerzeit. Beim Gang durch die lange, überdeckte Bazarstraße mit den vielen offenen, nach Warenart geordneten Verkaufsstellen tritt uns der Orient mit der ganzen Vielgestaltigkeit seiner Erscheinungsformen entgegen.

Am siebenten Reisetag geht es zu den Ruinen des alten, 90 km südlich Bagdad gelegenen Babylon. Auf dem Wege begegnen wir Kamelkarawanen und amerikanischen Straßenkreuzern. Letztere sind meist besetzt von reichen Arabern aus

dem Ölgebiet, die mit ihren Frauen und Kindern nach Bagdad fahren. Bald stehen wir in dem ausgedehnten Ruinenfeld Babylons zwischen ausgegrabenen Türmen der früheren 1 km langen Prozessionsstraße Nebukadnezars. Wenige Schritte entfernt bewundern wir den berühmten Babylonischen Löwen. Dann zeigt man uns die Reste des Königspalastes, in dem, wie die Sage berichtet, Belsazar die geheimnisvollen Schriftzeichen an der Wand erschienen und in dem bei dem Tode des Königs Sardanapel sein ganzes Gefolge geopfert wurde. Die Besichtigung eines kleinen freigelegten Amphitheaters beschließt unseren Rundgang durch die Ruinen der am Euphrat gelegenen vielschichtigen Millionenstadt des Altertums.

Die breite Masse des irakischen Volkes strebt viel stärker der Politik des Ostens entgegen, als seine Regierung es im Hinblick auf die noch nicht ganz bereinigte innere und auf die außenpolitische Lage des Landes in diesen Tagen tun kann. — Abends gibt unser Handelsvertreter im hochmodernen Bagdad-Hotel einen Empfang. Als der irakische Ministerpräsident Kassem, begleitet von sechs Soldaten mit schußbereiten Maschinenpistolen, erscheint, wird er besonders von den arabischen Frauen jubelnd begrüßt. Er ist noch unverheiratet.

Am achten Reisetag habe ich endlich Gelegenheit, das Leben auf den Straßen und Bazaren des Zentrums von Bagdad als Fußwanderer kennen zu lernen. Aus einer der Bazarstraßen tönt fürchterliches Hämmern uns entgegen. Dort liegt das Tätigkeitsfeld der Kupferschmiede und Eimermacher. Produktion und Handel sind hier in Personalunion und auf engstem Raum vereint. Auf unserem Gang durch die innere Stadt nähern wir uns einer Moschee, von deren Minaretts ein Priester mit monotonem Gesang die Gläubigen zum Gebet auffordert. Als wir die Moschee erreichen, erblicken wir statt des Priesters einen Lautsprecher auf der Galerie des Minaretts, offenbar gespeist von einem Tonbandgerät: Einsatz moderner Technik im tiefen Orient. — Nachmittags besuche ich auf Einladung von Professor Al-Ghita eine Klinik mit mehreren Laboratorien für radioaktive Organdiagnostik. Wieder ist es für mich überraschend, wie sehr die moderne Technik im Orient bereits im praktischen Einsatz ist. Anschließend halte ich einen Vortrag vor Wissenschaftlern und den Herren der Irakischen Atomenergie-Kommission, in dessen Aussprache sich der geschilderte Eindruck noch verstärkt. Der Vortrag und die übergebenen Schriften lösen einen Beschluß der irakischen Kommission für Atomenergie zur Ächtung der Atomwaffen aus (Irak Times, Mitte Februar). Kurz vor Mitternacht besteigen wir die Maschine zum Nachtflug nach Indien.

Am neunten Reisetag landen wir früh in Neu-Delhi. Nach dem ausgiebigen Empfangszeremoniell geht es zum früheren Palast des Maharadscha von Hyderabad, in dessen schönen Räumen wir für die Dauer unserer Neu-Delhi-Anwesenheit wohnen. Am Nachmittag habe ich auf Einladung des bekannten indischen Physikers Prof. Dr. Kothari einen Vortrag vor den Naturwissenschaftlern der Delhi-Universität zu halten.

Fast unmittelbar danach geht es zum Abendessen in kleinem Kreise bei Premierminister Nehru.

Am zehnten Reisetag steht ein Vortrag von mir im National Physical Laboratory auf Einladung seines Direktors Professor Dr. Krishnan auf dem Programm. Auch dieser Vortrag und die mit ihm verbundene Diskussion stellen, wie schon die vorangegangenen Vorträge in Ägypten und im Irak, wichtige menschliche Kontakte zu maßgebenden Wissenschaftlern her.

Kaum eine Stunde später beginnt im Ashoka-Hotel zu Ehren der Anwesenheit unseres Ministerpräsidenten ein Empfang, an welchem auch der indische Premier Nehru teilnimmt. Hier sehen wir die leitenden Menschen Indiens mit ihren

Frauen, ein buntes Bild mit Turbanen und den farbenfreudigen, fließenden Festgewändern der Inderinnen. Ich habe Gelegenheit, mit dem indischen Verteidigungsminister Menon ein atompolitisches Gespräch über die Verwendung der für militärische Zwecke angehäuften Weltvorräte an Spaltmaterial zum Wohle der Menschheit zu führen.

Am elften Reisetag wachen wir in Agra, einer der historisch bedeutendsten Städte Indiens, auf. Hier besuchen wir am Vormittag bei tief blauem, wolkenlosem Himmel das weltberühmte Grabmal Tadsch Mahal. Dieses einzigartig schöne, in weißem Marmor ausgeführte Bauwerk aus dem 17. Jahrhundert widmete bekanntlich Schah Dschahans dem Andenken seiner vor ihm verstorbenen Lieblings-Frau Mumtas-mahal. Es ist wohl die höchste Ausdrucksform über den Tod fortdauernder menschlicher Zuneigung, die es jemals gegeben hat. — Anschließend wird uns ein kleineres, noch älteres Grabmal Itemad ud Daulah gezeigt, dessen Filigranarbeiten unsere Bewunderung erregen. — Dann geht es zu dem schon unter Kaiser Akbars Herrschaft gebauten, sogenannten roten Fort. Es ist eine riesige, in Sandstein ausgeführte Palastfestung, die im Aufstand der indischen Sepoy-Regimenter 1857 ein große Rolle gespielt hat. Um das Fort kreisen Adler, während Affen auf den Dächern ihre Spiele treiben. Auf der Rückfahrt durch die Stadt stehen viele hundert Einwohner Spalier.

Am Nachmittag besuchen wir die Tote Stadt Fahtepur Sikri. Diese von einer viele Kilometer langen Mauer umgebene Stadt, die riesige Tore, Paläste, Prunkbauten und Tempel enthält, wurde kaum ein Jahrzehnt nach ihrer Errichtung von ihren Bewohnern aus politischen Gründen verlassen. Daher ist Fahtepur Sikri heute das vielleicht imposanteste Beispiel für eine staatliche Fehlplanung. Über Nacht führt uns der Sonderzug nach Norden.

Am zwölften Reisetage wechselten wir von der Vergangenheit Indiens, die uns am Vortage erfüllte, zur Gegenwart Indiens hinüber. Man zeigte uns die verschiedenen Abschnitte des Bhakra-Nangal-Staudammes am Himalaya, der sowohl der Energiegewinnung als auch der Bewässerung weiter Landstriche der Provinz Pandschab dient. Die gesamte Anlage ist eine der größten wirtschaftlichen Unternehmungen des heutigen Indiens. Wir fahren weite Strecken durch die Vorberge des Himalaya, aber nur an wenigen Punkten gelingt es, hinter einer hohen Bergkette etwas von höheren schneebedeckten Bergen zu erblicken. — Wir fahren zum Gästehaus des Staudammprojektes, welches an einem großen See mit Blick auf das Gebirge liegt. Hier wird uns das Essen unter einem großen Zelt serviert. Mit unseren Gastgebern, verschiedenen Ministern der Provinz Pandschab, ist bald ein warmer menschlicher Kontakt hergestellt. — Nachmittags bringt uns die Wagenkolonne zu der im Aufbau befindlichen Stadt Chandigarh, die unmittelbar vor dem Himalaya liegt. Diese von dem Franzosen Le Corbusier am Zeichentisch geplante Stadt vereinigt in sich eine große Zahl von wichtigen Prinzipien für günstige Führung der Straßen und Wege, für die Verteilung von Wohngebäuden, öffentlichen Gebäuden usw., sowie für die Bauten selbst. Der Bau von Chandigarh ist eine Pioniertat, die viel Mut von indischer Seite erfordert hat. Zweifellos lassen sich die in ihrer Kombination revolutionären Bauprinzipien dieser Stadt nicht allgemein bei der Neuplanung bzw. Erweiterung von Städten anwenden. Trotzdem erscheint mir das Gedankengut, das der Planung Chandigarh's zugrunde liegt, so wertvoll und anregend zu sein, daß es keinen Stadtarchitekten und keinen Bürgermeister größerer Städte mehr geben sollte, der nicht die Arbeiten Le Corbusier's über diese Stadt gründlich studiert hat. Jedenfalls habe ich wenige Tage später den Oberbürgermeister Pekings auf die Prinzipien Chandigarh's hingewiesen.

Am dreizehnten Reisetage sind wir wieder in Neu-Delhi, wo wir dem indischen Staatspräsidenten P r a s a d einen kurzen Besuch abstatten. Der Amtssitz des Präsidenten, ein Palast in riesigen Ausmaßen, ist mit einem herrlichen, wohlgepflegten Park verbunden, in dem jetzt, mitten im Winter, viele Blumen blühen. — Wie unheimlich kontrastiert die Pracht des Regierungsviertels von Neu-Delhi mit dem erschütternden Elend, welches wir noch am Abend des gleichen Tages in einem anderen Teile Indiens kennen lernen sollten.

Abends um 19 Uhr verlassen wir nach feierlicher Verabschiedung Neu-Dehli und fliegen nach Kalkutta. Unmittelbar nach dem Start bietet sich uns am Flugzeugfenster ein zauberhafter Anblick: das Lichtermeer des sich allmählich entfernenden Neu-Delhi. So müßte ein Sternhaufen mit hunderttausend Sternen, aus kosmischer Nähe betrachtet, aussehen. Nur funkeln in unserem Bild die Lichtpunkte in verschiedenen Farbtönen, denn einzelne Straßenzüge und das Gebäude der Industrieausstellung sind mit Quecksilberdampflampen und anderen farbigen Gasentladungslampen beleuchtet. — Kurz vor Mitternacht landen wir in Kalkutta. Auf der langen Fahrt durch die nächtlichen Straßen zum Hotel tritt uns das andere Indien entgegen, das Indien des Elends und der Hungersnöte. Zu Hunderten liegen die Menschen in Decken gehüllt auf den Straßen, die wir passieren, und schlafen. Zum Teil sollen es Flüchtlinge aus Pakistan sein, die hier in äußerster Not ihr Leben fristen.

Am vierzehnten Reisetag starten wir mit Sonnenaufgang zum Flug nach Hanoi, der Hauptstadt Vietnams. Als wir mittags dort landen, finden wir eine große buntfarbige Menschenmenge zu unserer Begrüßung auf dem Flugplatz versammelt.

Wir fahren durch Hanoi zum Palais des Staaspräsidenten H o c h i M i n h, wo wir wohnen. Zehntausende umsäumen die Straßen. Unsere Wagenkolonne wird mit Blumen überschüttet. Vor dem Palais hatten sich in wenigen Augenblikken Tausende von begeistert winkenden Menschen versammelt, als der Präsident uns auf der Freitreppe in seinem Hause willkommen heißt. Die Herzlichkeit der Begrüßung und die herzliche innere Grundstimmung bei den politischen Verhandlungen und Gesprächen der Regierungsdelegation macht einen starken Eindruck auf mich. Man empfindet hier und dann auch später bei den analogen Gelegenheiten in China die gewaltige Kraft, die im sozialistischen Internationalismus liegt.

In dieser Herzlichkeit spiegeln sich die Gemeinsamkeit der Ziele, aber auch der Dank wider für Hilfen, die unsere Regierung sofort nach Beendigung der Kriegshandlungen dem Volke von Vietnam gewährt hat. Damals habe ich z. B. gelegentlich die Kritik vernommen, warum leisten wir uns den Luxus, an Vietnam eine Krankenhausausrüstung zu schenken, wo wir doch selbst nicht genug Krankenhäuser haben. Von anderer Seite wurde bemängelt, daß wir bei uns so viele Kinder und Studenten aus Vietnam unterrichten und studieren lassen, wo wir doch nicht genug Plätze an Oberschulen und Hochschulen zur Verfügung haben. Nun, durch die damaligen Hilfen in der für Vietnam sehr schweren Anfangszeit haben wir langlebiges politisches Kapital gewonnen, das schon heute unseren Handelsbeziehungen sehr nützt, und die Ausbildung so vieler junger Vietnamesen in unserem Staate wird in der Zukunft stark zur Steigerung der Handelsbeziehungen mit dem am Aufbau von Industrien hochinteressierten Vietnam beitragen.

Am fünfzehnten Reisetag findet nach einer Aussprache mit der vietnamesischen Regierungsdelegation eine große Kundgebung mit der Hanoi'er Bevölkerung statt. — Die wenigen von Verpflichtungen freien Stunden nutzen wir wieder, um das Leben in der Stadt ein wenig kennen zu lernen. Dabei gelangen wir auch in das Innere von zwei alten Pagoden und entrichten Buddha unseren Tri-

but, indem wir nach Weisungen des Priesters einige Räucherstäbchen in eine mit Sand gefüllte Schale vor der in geheimnisvolles Dunkel liegenden Buddhastatue stecken.

Am sechzehnten Reisetag steht eine Fahrt zu der etwa hundert Kilometer entfernten größten Hafenstadt von Nord-Vietnam, Haiphong, auf dem Programm. Auf dem Weg nach Haiphong haben wir endlich Gelegenheit, die tropische Vegetation, die bizarr gezackten Berge dieser Gegend und die Dörfer kennen zu lernen. Wir befinden uns hier am südlichsten Punkt unserer Reise, etwa auf der Höhe des 20. Breitengrades. Das ist der Breitengrad, welcher z. B. im tiefsten Afrika den Sudan oder die Wüste Sahara durchquert. Der Sternenhimmel hat hier bereits ein recht ungewohntes Aussehen. Auf der Fahrt begegnen wir vielen Bananenplantagen und immer wieder Reisfeldern. Ab und zu erinnern Bunker mit Schießscharten, die nahe der Autostraße drohend stehen, an die Franzosenzeit in Indochina vor der Befreiung. —

Vor dem Mittagessen, das der Oberbürgermeister von Haiphong uns gibt, unterhalten wir uns ausführlich mit einer Gruppe von Spezialisten aus der DDR, die hier beim Aufbau der Werftindustrie und einer Glasfabrik mitarbeitet, über ihre und ihrer Familien Situation und Sorgen.

Sehr lehrreich ist für mich der Einblick in heutige wirtschaftlich vordringliche Probleme des Landes, den ich dabei erhalte. Unter anderem werden einige gemeinsame Grundversuche in Dresden zum Problem der Bananenkonservierung verabredet . . .

Am neunzehnten Reisetag starten wir nach großer Verabschiedungszeremonie in der Dämmerung zum Flug nach Peking. In der zweiten Stunde nach dem Abflug sehe ich in westlicher Richtung sehr hohe Berge, die Ausläufer der Tibetanischen Gebirgszüge. Bald darauf überfliegen wir kleinere Berge mit eigentümlich gezackten Formen, wie wir sie von den Alpen oder vom Kaukasus her nicht kennen. Nach einer Zwischenlandung in Wuhan, am Jangtsekiang, erreichen wir am frühen Nachmittag den neuen Flughafen von Peking. Tausende von bunten Fahnen und blumenschwenkender Pekinger, Gesänge, Trommelwirbel, Hochrufe, Händeklatschen, Überreichung von Blumensträußen, Militärmusik, Ehrenkompagnie, Begrüßungsreden und Begrüßungen beherrschen nach unserer Landung für über eine Stunde das Bild bei wolkenlosem Himmel.

Noch am gleichen Abend gab Ministerpräsident T s c h o u E n - l a i in einem der alten, mit kostbaren Kunstschätzen angefüllten Häuser der früheren Kaiserstadt Peking ein Abendessen in kleinstem Kreise zu Ehren unserer Delegation. Mein Platz ist an dem kleinen runden Tisch, an welchem Grotewohl, Tschou En-lai sowie die Außenminister Bolz und T c h e n J i sitzen. Während des fast zweistündigen chinesischen Essens mit seinen vielen Gängen erlebe ich die erste der drei einzigartigen Pekinger Lehrstunden über die aktuellen Fragen der gegenwärtigen Weltpolitik und über die inneren Probleme unserer beiden Länder. Diese Gespräche, mit ihren vielen intimen Einzelheiten und Einschätzungen, sind für mich der weitaus stärkste Gewinn der ganzen Reise. Während ich darauf achte, daß mir kein Satz aus dem intensiven Gespräch der beiden Ministerpräsidenten entgeht, legt mir mein Tischnachbar, Außenminister Tschen Ji, eine chinesische Speise nach der anderen auf den Teller. Synchron dazu werden Gläschen mit Mao Tei, der durch einen Alkoholgehalt von 75 Prozent gekennzeichnet ist, gefüllt. Gegen Ende des Essens kommt eine mit Brühe gefüllte Schale auf den Tisch, unter welcher kräftige Spiritusflammen in Gang gebracht werden, während Tschou En-lai und Tschen Ji geheimnisvolle fadenförmige Nährsubstanzen in die Brühe legen. Nach dieser feierlichen Zeremonie werden unsere Teller noch ein letztes Mal unter eingehenden gastronomischen Erläuterungen gefüllt. Bald darauf

wird die Tafel aufgehoben, und wir fahren in das Gästehaus der Regierung, wo wir untergebracht sind, zurück.

Am zwanzigsten Reisetag findet nachmittags in einem der typischen kleinen Gebäude der früheren kaiserlichen Stadt, in dem Amtssitz des Ministerpräsidenden, eine mehrstündige Verhandlung unserer Delegation mit einer chinesischen Regierungsdelegation unter dem Vorsitz von Tschou En-lai statt. Dabei erlebe ich die zweite meiner Pekinger Lehrstunden über Gegenwartsfragen der inneren und äußeren Politik unserer beiden Länder. — Abends gibt Tschou En-lai ein Staatsbankett im modernen Peking-Hotel zu Ehren unseres Ministerpräsidenten und seiner Begleitung. Ich sitze neben dem Oberbürgermeister von Peking, welches in den Tagen unseres Besuches wie ein einziger Bauplatz anmutet. Unter anderem wird die berühmte alte Stadtmauer abgerissen, um einer breiten Ringstraße Platz zu geben, ein neues Opernhaus und ein großes Museum sehen wir im Bau, und ich höre von dem Plan, daß in den nächsten Jahren die kleinen Häuser der alten Stadt mit ihren charakteristischen Höfen durch moderne Bauten ersetzt werden sollen. Ich erfahre weiter von Hochbauten, welche in einer Frist von nur zwei Monaten errichtet wurden. Im Laufe unseres Tischgespräches erzähle ich dem Oberbürgermeister von den schon erwähnten originellen Planungsprinzipien der uns in Indien gezeigten Stadt Chandigarh. Er hatte noch nichts darüber gehört und dankte mir für den Hinweis. Vielleicht hat der Hinweis praktische Folgen für das künftige Peking.

Am einundzwanzigsten Reisetag halte ich vormittags auf Einladung von Minister Prof. Dr. Tschien San-dschan, Direktor des Forschungsinstitutes für Atomenergie bei der Akademie der Wissenschaften Chinas, einen Vortrag vor etwa 120 Wissenschaftlern mit einem allgemeinen Teil über den Stand der Atomenergiearbeiten in der DDR und mit einem speziellen Teil über die Ergebnisse unseres Institutes.

Die anschließende Diskussion verrät ein sehr hohes Niveau der Wissenschaftler, unter denen sich langjährige Schüler von Prof. Bothe, Heidelberg, und Prof. Hoffmann, Halle, befinden. Dann folgt ein Rundgang durch die verschiedenen Gebäude des sehr großzügig geplanten Institutes, das unmittelbar vor einer Bergkette liegt. Ich sehe den von der Sowjetunion gelieferten 7000-kW-Atomreaktor in Betrieb, einen kleinen magnetischen Isotopentrenner mit 7,5-Tonnen-Magnet, Laboratorien für Elektronik mit dort entwickelten modernen kernphysikalischen Meß- und Zählgeräten usw. Gute wissenschaftliche und menschliche Beziehungen, die nach der Rückkehr auf verschiedenen Wegen fortgesetzt werden sollen, sind das bleibende Ergebnis dieses Vormittags.

Der zweiundzwanzigste Reisetag, ein Sonntag, ist zum absoluten Ruhetag erklärt worden. Er ist der erste und bleibt der einzige wirkliche Ruhetag der ganzen Reise. Ich nutze ihn aus, um die Menschen auf den Straßen, ihr Treiben in den engen Bazargassen und das alte Peking ein wenig kennen zu lernen. Auch kann ich endlich an diesem Tage einen Blick in die verbotene Stadt, den Winteraufenthalt der früheren chinesischen Kaiser, mit den vielen Toren, Mauern und niedrigen Gebäuden werfen und meine kleinen Geschenke für die zu Hause Gebliebenen einkaufen, denn in Peking sind alle Verkaufsstellen am Sonntag geöffnet.

Am dreiundzwanzigsten Reisetag habe ich unseren Ministerpräsidenten bei der im Programm festgelegten Besichtigung der ersten Pekinger Werkzeugmaschinenfabrik zu vertreten.

Die Fabrik hat eine Belegschaft von 6300 Personen, die beim Eintreffen unserer Wagenkolonne zum Teil vor dem Werkeingang aufmarschiert ist. Als wir den Wagen verlassen, setzt ein lange anhaltendes Schlachtenlärm-Feuerwerk und

gleichzeitig die Musikkapelle des Werkes mit ihren durchdringenden Blechinstrumenten ein. Da außerdem die wartende Menge durch Rufe und Händeklatschen den bestehenden Lärm zu übertönen versucht, ist es wirklich nicht einfach, die Begrüßungsworte des Werkdirektors zu verstehen, um sie zu beantworten. In den Werkhallen, die wir dann durchschreiten, sehe ich viele schöne Werkzeugmaschinen aus der DDR neben Hunderten von Maschinen chinesischer Fertigung. Bei einer komplizierten chinesischen Maschine mit etwa 5 to Gewicht sagt man mir, daß es sich hier um das erste Exemplar einer neuen Serie handelt. Ich frage nach der Herstellungsdauer vom Bereitliegen aller (aus der SU gekommener) Konstruktionszeichnungen bis zur Betriebsbereitschaft der Maschine und erwarte eine Dauer von etwa einem Jahre genannt zu erhalten. Die mich völlig überraschende Antwort lautet: 65 Tage, allerdings bei dem in den meisten heutigen Betrieben Chinas üblichen Drei-Schichten-Betrieb. In meiner Rede, die ich später zu halten habe, konzentrieren sich die gewonnenen Eindrücke in der Redewendung, daß man so vor 25 Jahren in Europa oft von amerikanischem Tempo sprach, daß man aber künftig nur noch von chinesischem Tempo sprechen werde zur Kennzeichnung extrem schneller Arbeitsweise. — Jede der zeitlich nacheinander entstandenen Werkhallen, durch die wir kommen, hat immer etwa die doppelte Bodenfläche der vorhergehenden Halle, und immer größere Maschinen werden in ihnen hergestellt. Die letzte fast fertige Halle hat eine Bodenfläche von 38 000 m² und verfügt über fünf Kräne für bis zu 150 to Nutzlast. Beim Gang durch die Hallen sehe ich aus eigener Fertigung: Große Drehbänke verschiedener Typen, Karusselldrehbänke für Objekte bis zu 4 m Durchmesser, Shaping-Maschinen, Fräsmaschinen, riesige Langhobel-Maschinen. Etwa 50 große Universal-Fräsmaschinen stehen gerade versandbereit. Ein Teil der Lieferung wird nach Indien exportiert. Die Belegschaft, die uns überall herzlich begrüßt und uns schließlich mit gleicher Entwicklung von Schallenergie wie bei der Ankunft verabschiedet, besteht zu über 80 Prozent aus jungen Menschen, die sich mit ungeheurer Begeisterung für den „großen Sprung Chinas nach vorn" einsetzen. Das Mitgehen der Chinesen beim Aufbau des neuen China erreicht sicherlich auch deswegen einen so hohen Grad, weil jeder einzelne Chinese in dem täglichen Erleben die Fortschritte empfindet, welche die gemeinsame Anstrengung des 650-Millionen-Volkes schnell heranwachsen läßt. — Die Eindrücke des Vormittags werden in der zweiten Tageshälfte durch den Besuch der Landwirtschaftsausstellung noch verstärkt. Hier prägt sich besonders die statistische Feststellung ein, daß nach Gründung der Volkskommunen im Jahre 1958 bei den meisten landwirtschaftlichen Produkten fast eine Verdoppelung der Ernteerträge eingetreten ist. Das rasante Entwicklungstempo im sozialistischen China beunruhigt schon jetzt die Staatsmänner Indiens lebhaft, und starke Rückwirkungen auf das politische Handeln Indiens sind in der Zukunft wohl unausbleiblich.

Am vierundzwanzigsten Reisetag stattet die Delegation vormittags dem Vorsitzenden der Volksrepublik China, M a o T s e - T u n g , in seinem Amtssitz einen Besuch ab. Auf dem Wege dorthin fahren unsere Wagen zunächst durch eines der Tore in der rötlichen Mauer, welche die frühere Kaiserstadt umgibt. Die Wache präsentiert. Im nächsten Moment werde ich überrascht durch den Anblick eines riesigen Sees hier in der Mitte des sonst so eng gebauten Peking. Wir umfahren den See, und bald halten wir vor dem Amtssitz Mao Tse-tungs. Er selbst begrüßt uns auf der Freitreppe des einstöckigen Gebäudes. Sicher ist es eines der schönsten und zugleich am schönsten gelegenen Gebäude der alten chinesischen Kaiserstadt. Wenige Minuten später, nachdem das Kreuzfeuer der Photographen und Filmoperateure abgeklungen ist, sitzen wir uns an einem langen Tisch gegenüber, auf der einen Seite die Chinesen, auf der anderen Seite wir. Ich blicke mich

in dem mit wenigen ausgesuchten Kunstgegenständen geschmückten Raum um. An drei der vier Seiten des Raumes werden die Wände durch kunstvoll geschnitzte, rankenförmige Holzgitter gebildet, hinter denen schwere Vorhänge sich befinden. Offenbar grenzen an diese drei Seiten weitere Räume an, denn hin und wieder sind aus diesen Richtungen leise Schritte zu hören. Die Unterredung, die fast nur zwischen MaoTse-tung und Grotewohl geführt wird, dauert 1¾ Stunden. Hier erlebe ich die dritte und eindruckvollste meiner Pekinger politischen Lehrstunden auf höchster Ebene.

Ich sitze Mao Tse-tung schräg gegenüber. Welche Abgeklärtheit und Würde liegt über diesem Staatsmann, der gemeinsam mit dem dazu herangereiften chinesischen Volke die Geschichte der Welt verändert hat. Wir empfinden die große Verehrung, die ihm von allen Seiten entgegengebracht wird, und die starke Autorität, die von ihm ausgeht. Der Grad von Verehrung und Autorität ist nach allem, was wir hörten und sahen, keineswegs kleiner geworden seit seinem Entschluß, die großen zeitlichen Belastungen repräsentativer Funktionen abzustreifen und sich ganz der zentralen politischen Arbeit zu widmen. Das Gespräch, das von seiner Seite durch kurze Sätze geführt und durch viele Zwischenbemerkungen belebt wird, geht heute weniger in die Einzelheiten, sondern befaßt sich mit den großen Linien der Entwicklungen und ergänzt daher die beiden vorangegangenen Pekinger Gespräche in idealer Weise. Aus all seinen Worten klingt die enge innere Verbundenheit zur Sowjetunion heraus; hier muß ich an westliche Presseäußerungen denken, in denen so oft die abwegige Erwartung ausgesprochen wurde, Volks-China werde zu einem revisionistischen Kurs übergehen und das enge Zusammengehen mit der SU aufgeben.

Beim anschließenden Besuch einer Volkskommune lernen wir in der Praxis diejenige sozialistische Organisationsform für die Produktion auf dem Lande kennen, welche den in China herrschenden Bedingungen speziell angepaßt ist und so die gewaltige Steigerung der Ernten im Jahre 1958 gebracht hat. Bei unserem Rundgang werfen wir auch einen Blick in das chinesische Dorf von heute und in das gemeinsame Wirken der Landbevölkerung für den Fortschritt des Landes. Besonders ergiebig für unsere Photographen gestaltet sich der Besuch eines der etwa 80 Kindergärten dieser Kommune. Wir haben dort keine Betten in den Kindergärten gesehen. Die Kinder werden also nach Beendigung der Tagesarbeit und nicht erst am Wochenende von ihren Eltern wieder abgeholt. Die im Westen häufig zu hörende Ansicht, daß durch die Volkskommune das chinesische Familienleben in kritischem Grade gestört sei, ist daher unrichtig. — Nach der Rückkehr steht die Unterzeichnung der inzwischen erarbeiteten gemeinsamen Erklärung DDR—China auf dem Programm. Der feierliche Akt findet im Regierungssitz statt, in einem der altchinesischen Bauten der früheren kaiserlichen Stadt, der die sinnige Bezeichnung trägt: „Palast der fleißigen politischen Arbeit". — Abends beendet ein Abschiedsessen im großen Saal des Peking-Hotels mit Reden des amtierenden Ministerpräsidenten Tschen Ji und unseres Ministerpräsidenten die Reihe der offiziellen politischen Veranstaltungen in Peking und damit der Reise.

Am fünfundzwanzigsten Reisetag ist der Vormittag dem alten China gewidmet. Wir besichtigen zu Dritt bei sonnigem Wetter die einzigartigen und gewaltigen Anlagen des außerhalb Pekings dicht vor den Bergen gelegenen Sommerpalastes der früheren chinesischen Kaiser.

Mit seinen vielen Einzelpalästen, den unzähligen, ineinander verschachtelten Höfen und Gängen, mit seinen Tempeln, seinem dreistöckigen Theaterbau, seinem Marmorschiff, mit seiner Insel im künstlichen See, mit der kunstvollen Ausführung aller dieser Elemente im Stile des alten China und mit seiner herrlichen

Einfügung in die Landschaft gehört der Sommerpalast zu den größten Luxusbauten und Sehenswürdigkeiten aus früheren Jahrhunderten.

Auf der Rückfahrt vom Sommerpalast sehen wir das großzügig angelegte junge Hochschulviertel Pekings mit seinen Universitätsgebäuden, seinen vielen Instituten und mit seinem schönen „Spezialisten-Hotel". — Am Nachmittag halte ich auf Einladung der chinesischen Ministerien für das Gesundheitswesen im Forschungsinstitut für Medizin der Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über medizinische Elektronik. —

Am sechsundzwanzigsten Reisetag geht es zurück nach Moskau. Auf dem Pekinger Flugplatz weht ein sturmartiger, eiskalter Wind, der die Abschiedszeremonie mit Ehrenkompagnie und den vielen den Platz füllenden Menschen um mindestens eine halbe Stunde verkürzt. So starten wir um diese Zeitspanne früher als vorgesehen mit unserer schnellen Maschine, einer TU 104. Schon nach wenigen Minuten sind wir über Bergen und sehen, wie tief unter uns die chinesische Mauer sich über die Kämme dieser Bergkette schlängelt. Bald sind wir über der Wüste Gobi und erkennen die feine Spur einer sie durchquerenden Karawanenstraße.

Am späten Nachmittag des achtundzwanzigsten Reisetages erreichen wir Berlin und gehen einem der schönsten Augenblicke der so einzigartigen Reise entgegen, der gesunden Rückkehr, nach einem Flugweg der Reise von insgesamt 23 500 km und dem Wiedersehen nach einmonatiger Trennung.

Berichtigung zum Artikel „Die Sowjetunion — mit den Augen einer Frau gesehen" von Frau Dr. Ruth Tangemann in Heft 2/59, S. 142—143. Hier muß es richtig heißen: Das russische Volk hatte im letzten Krieg zehn Millionen Kriegstote. Es hat inzwischen die materiellen Kriegsschäden beseitigt, die Trümmerstädte größer und rationeller als vorher wieder aufgebaut, bis an die Zähne gerüstet, auf dem Raketensektor den ersten Platz erreicht, die landwirtschaftliche Produktion und die Energieversorgung ihrer fünfzehn Länder-Republiken auf das nötige Maß heraufgeschraubt . . .

Dokumente zum Zeitgeschehen

Deutschlandplan der SPD

Das deutsche Volk steht vor einer furchtbaren Gefahr. Wenn sich die vier Großmächte nicht über Berlin verständigen, droht Krieg. Wenn sie sich nur über Berlin verständigen, droht die Teilung Deutschlands endgültig zu werden.

Der sowjetische Vorstoß in der Berlinfrage und der durch jahrelange Versäumnisse und Fehlspekulationen ermöglichte Friedensvertragsentwurf der Sowjetunion zwingt jetzt jeden zu der Erkenntnis, daß die Teilung Deutschlands den Weltfrieden bedroht.

Die Zeit drängt. Der weitere Verzicht auf das entschlossene Bemühen, die deutsche Frage und das mit ihr untrennbar verbundene Sicherheitsproblem in Europa friedlich zu lösen, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die Anwendung der Vernunft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands legt aus diesem Grunde der Weltöffentlichkeit ihren Plan vor, dessen Ziel es ist, den Weg endlich für eine Politik des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit in Europa frei zu machen.

Dieser Plan ist mit auf jenen Vorschlägen aufgebaut, die von der deutschen Sozialdemokratie bereits vor der Berliner Konferenz der Großmächte im Jahre 1954, der Genfer Gipfelkonferenz im Sommer 1955 und der Außenministerkonferenz im Herbst des gleichen Jahres veröffentlicht worden sind.

Damals blieben diese Vorschläge leider unbeachtet. Heute stehen sie unbestreitbar im Mittelpunkt weltweiter Diskussionen.

Die jetzt vorgelegten Vorschläge der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands berücksichtigen auch wesentliche Bestandteile der Vorstellungen zur Entspannung in Europa, wie sie u. a. auch vom Abrüstungsausschuß des amerikanischen Senats, von dem amerikanischen Diplomaten Kennan, dem britischen Oppositionsführer Gaitskell, dem früheren belgischen Ministerpräsidenten van Zeeland und dem polnischen Außenminister Rapacki entwickelt worden sind.

Alle diese Vorschläge und Pläne haben eines gemeinsam: Sie streben in Erkenntnis der die Weltpolitik bestimmenden Realitäten zunächst eine militärische Entspannung in Europa an, um auch die politischen und wirtschaftlichen Probleme Europas lösen zu können.

Militärische Entspannung und Sicherheit in Europa

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert die sofortige Einberufung einer Konferenz der vier Großmächte, die nach grundsätzlicher Einigung einer ständigen Kommission unter beratender Teilnahme der Bundesrepublik und der DDR den Auftrag erteilt, Vorschläge für ein europäisches Sicherheitssystem und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Gesamtdeutschland auszuarbeiten.

Die zugespitzte West-Ost-Situation läßt die Entspannung in Europa nur noch zu, wenn man sich zu einer schritt- und stufenweisen Regelung der militärischen und politischen Fragen entschließt.

Die SPD hält Vereinbarungen über regionale und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen in Mitteleuropa für dringend erforderlich, weil ohne diese die politischen Probleme dieses Raumes nicht zu lösen sind.

Die SPD schlägt vor:

1. Festlegung einer Entspannungszone, die vorerst beide Teile Deutschlands, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfaßt.
2. Innerhalb dieser Entspannungszone und ihren möglichen Erweiterungen treten Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen der nationalen Truppen und über den gleichwertigen Abzug der Fremdtruppen der NATO und des Warschauer Paktes in Kraft.
   Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen. Solche Waffen der im Zonenbereich noch stationierten Fremdtruppen werden „eingefroren", d. h. weder vermehrt noch verstärkt.
   Nach Abschluß der in räumlichen und zeitlichen Phasen genau festzulegenden „militärischen Verdünnung" ist die Entspannungszone frei von Fremdtruppen und von Atom- und Wasserstoffwaffen.
3. Alle Vereinbarungen über die Rüstungsbeschränkungen und über das gleichwertige Auseinanderrücken der in Mitteleuropa einander gegenüberstehenden Streitkräfte der NATO und des Warschauer Paktes sind vom ersten Schritt an durch eine ungehinderte Boden- und Luftkontrolle zu sichern.
4. Die Unverletzbarkeit der Teilnehmerstaaten in der Entspannungszone ist durch ein kollektives Sicherheitsabkommen aller interessierten Staaten, einschließlich der USA und der UdSSR, zu garantieren.
5. Mit dem Wirksamwerden des europäischen Sicherheitssystems scheiden die in der Entspannungszone gelegenen Staaten aus der NATO und aus dem Warschauer Pakt aus.
   Die Staaten in der Entspannungszone werden dann im Rahmen dieses europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und europäischen Sicherheit mit angemessenen Leistungen beitragen.

6. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage. Verpflichtung der vier Mächte auf die Respektierung der West-Berlin betreffenden Bestimmungen, die nach Aufhebung der Blockade 1949 als endgültig erklärt und auch zur Zeit des Abkommens vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der DDR als endgültig anerkannt worden sind.

Die politische und wirtschaftliche Zusammenführung Deutschlands

Jeder Schritt, der zu einem gleichwertigen Auseinanderrücken der in Mitteldeutschland einander gegenüberstehenden Streitkräfte führt, schafft auch eine günstigere Voraussetzung für die Lösung der politischen Probleme.

Die langjährige Teilung Deutschlands hat zu einer strukturell grundverschiedenen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands geführt. Hieraus ergibt sich zwangsläufig, daß die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands durch eine frei gewählte Nationalversammlung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt. Es sind gemeinsame Organe zur schrittweisen Zusammenführung zu bilden, ohne daß in der Übergangszeit die derzeitigen Zuständigkeiten in den beiden Teilen Deutschlands berührt werden.

Die notwendigen Vereinbarungen hierüber können zwischen den vier Großmächten, oder den vier Großmächten gemeinsam mit den beiden Teilen Deutschlands bei Ausarbeitung eines Friedensvertrages, oder direkt zwischen den beiden deutschen Regierungen im Rahmen einer von den Großmächten festgelegten Regelung der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage getroffen werden. Unerläßlich ist jedoch, daß diese Vereinbarungen für den Zeitraum bis zum Inkrafttreten einer gesamtdeutschen Verfassung die Menschenrechte und Grundfreiheiten in beiden Teilen Deutschlands sichern.

Die bestehenden Wirtschaftverfassungen, Außenhandelsbeziehungen und langfristigen Verträge bleiben zunächst unberührt, soweit nicht ausdrücklich nachstehend Änderungen vorgesehen werden. Beide Regierungen verpflichten sich zur Politik der Vollbeschäftigung und zur Garantie des sozialen Besitzstandes.

Die erste Stufe

Die politische Zusammenführung beginnt in der ersten Stufe mit der Bildung einer Gesamtdeutschen Konferenz. Beide deutschen Regierungen entsenden Beauftragte auf der Grundlage der Parität.

Die Gesamtdeutsche Konferenz hat die Aufgabe, Regelungen über Innerdeutsche Angelegenheiten zu vereinbaren. Soweit diese Regelungen der Zustimmung verfassungsmäßiger Organe der Teile Deutschlands bedürfen, bleiben deren Zuständigkeiten unberührt.

Die Gesamtdeutsche Konferenz ist von allen Gesetzesvorlagen des Bundestages und der Volkskammer zu unterrichten und muß sich hierzu äußern.

Die Gesamtdeutsche Konferenz setzt zur Wahrung der Einheitlichkeit in der Auslegung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein Gesamtdeutsches Gericht ein, das in letzter Instanz entscheidet. Seine Mitglieder werden auf die Charta der Menschenrechte der Vereinten Nationen vereidigt.

Die wirtschaftliche Zusammenführung beginnt ebenfalls mit der Bildung paritätisch besetzter Institutionen.

Die Embargobestimmungen gegenüber der DDR und die güterwirtschaftlichen Kontingentierungen durch die Bundesrepublik müssen fortfallen. Der Interzonenhandel muß ausgeweitet werden, weitere Zonengrenzübergänge sind zu öffnen.

Ein Gesamtdeutscher Investitionsfonds und eine Bank für innerdeutschen Zahlungsausgleich werden gebildet. Der Fonds hat Investitionen in das Verkehrs- und Energieversorgungsnetz sowie zur Anpassung der beiden Volkswirtschaften zu planen und zu finanzieren. Die Bank wickelt die Zahlungen im Rahmen des innerdeutschen Handels und des Investitionsfonds ab. Über sie werden auch die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhenden Renten-, Pensions- und sonstigen Unterhaltszahlungen geleistet.

Die zweite Stufe

In der zweiten Phase der politischen Zusammenführung wird ein Gesamtdeutscher Parlamentarischer Rat errichtet. Seine Mitglieder, die in ganz Deutschland Immunität genießen, werden je zur Hälfte in beiden Teilen Deutschlands gewählt. Die Gesamtdeutsche Konferenz schreibt diese Wahl aus.

Dem Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat wird die gesetzgeberische Zuständigkeit insbesondere für Eisenbahn, Straßenverkehr, Binnenschiffahrt, Post und Fernmeldewesen und zur Förderung der volkswirtschaftlichen Erzeugung übertragen. Er hat ferner die Befugnis, den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu verhindern und den gewerblichen Rechtsschutz zu regeln. Gegen die von ihm erlassenen Gesetze kann jede der beiden Regierungen in einer bestimmten Frist Einspruch erheben. Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat kann diesen Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen.

Die wirtschaftliche Zusammenführung wird durch die Entwicklung des Gesamtdeutschen Marktes beschleunigt. Es werden offizielle Verrechnungs- und Wechselkurse zwischen beiden Währungen eingeführt, die güterwirtschaftliche Kontingentierung des innerdeutschen Handels fällt nunmehr auch von Seiten der DDR fort.

Die dritte Stufe

In der dritten Stufe der Zusammenführung befaßt sich der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat mit der Vorbereitung von gesamtdeutschen Gesetzen zum Steuersystem, Finanzausgleich, zur Zollunion, zur Währungsunion und zur sozialpolitischen Anpassung.

Eine gesamtdeutsche Willensbildung kann auch durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden. Auf Antrag von einer Million Wahlberechtigter wird ein Gesetzentwurf einheitlich in beiden Teilen Deutschlands zur Volksabstimmung gestellt. Widerspricht eine der beiden Regierungen, so kann die Volksabstimmung nach einem Jahr wiederholt werden und wird dann verbindlich.

Volksabstimmungen sind ausgeschlossen, wenn sie eine Einschränkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, eine Änderung der Eigentumsverhältnisse oder die Beseitigung der Legislativ- und Exekutivorgane in beiden Teilen Deutschlands zum Ziele haben.

Der Gesamtdeutsche Parlamentarische Rat ist befugt, jederzeit mit Zweidrittelmehrheit ein Gesetz für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung zu erlassen. Ist er hierzu nicht in der Lage, so erhält für diesen Fall eine Volksabstimmung uneingeschränkte Gesetzeskraft, wenn zwei Drittel aller abgegebenen Stimmen sich für die Wahl einer Verfassunggebenden Nationalversammlung aussprechen.

Die Nationalversammlung löst den Gesamtdeutschen Parlamentarischen Rat ab und beschließt die gesamtdeutsche Verfassung.

Während der stufenweisen Zusammenführung Deutschlands ist Berlin Sitz aller gesamtdeutschen Institutionen.

Die Wiedervereinigung

Nach dem Inkrafttreten der gesamtdeutschen Verfassung werden allgemeine, freie und geheime Wahlen zum Gesamtdeutschen Parlament abgehalten. Aus ihm geht die Gesamtdeutsche Regierung hervor.

*

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands appelliert an alle beteiligten Regierungen und an die Weltöffentlichkeit, es im mitteleuropäischen Abschnitt des West-Ost-Konfliktes nicht zum Äußersten kommen zu lassen.

Die ungelöste deutsche Frage darf nicht zu einem Brandherd werden, auch nicht aus Prestigegründen oder um vermeintlicher militärischer Vorteile willen. Das gilt auch für das Berlinproblem, das nur mit friedlichen Mitteln und im Rahmen der Wiedervereinigung Deutschlands gelöst werden kann.

Zur Einleitung dieses Planes fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1. Verhandlungen der vier für die deutsche Frage unmittelbar verantwortlichen Staaten zur Vorbereitung eines Friedensvertrages für Gesamtdeutschland.

2. Verhandlungen zur Vorbereitung eines Europäischen Sicherheitssystems.
3. Ernennung von Beauftragten der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als beratende Teilnehmer der Konferenzen über den Friedensvertrag und über das Sicherheitssystem.
4. Zustimmung der Bundesregierung zur Bildung von Organen aus Beauftragten der Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, die im Rahmen der von den Großmächten vereinbarten Regelungen den Auftrag erhalten, Maßnahmen für die schrittweise Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands vorzuschlagen.
5. Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus und der militärischen Sicherung Berlins bis zur Regelung der deutschen Frage.

Ziel aller von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands geforderten Verhandlungen ist der Abschluß von Vereinbarungen, die der stufenweisen und zeitlich festgelegten Verwirklichung der europäischen Sicherheit, sowie der politischen und wirtschaftlichen Zusammenführung Deutschlands bis zu seiner endgültigen Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit und zur Aufnahme in die Vereinten Nationen dienen.

Ein Vorschlag zur Konföderation

Der Senatspräsident am Bundesverwaltungsgericht in Berlin und Dozent an der Westberliner Hochschule für Politik, Dr. K ü l z , hat in Zusammenarbeit mit einem „fachlich berufenen Kreis" einen Plan für eine deutsche Konföderation entwickelt und in Form eines staatsrechtlich paragraphierten Vertragsvorschlages vorgelegt. Dem Kreis gehören neben Bankleuten und Industriellen namhafte Persönlichkeiten der mittleren Ebene aus SPD und FDP an. Auch ohne Zustimmung zu allen Einzelheiten des Vorschlages verdient er als Beitrag zur Diskussion ernsthafte Beachtung.

Der Bundesinnenminister versuchte, die Veröffentlichung des Konföderationsplanes durch Einwirkung auf Dr. Külz zu vereiteln. Der Verfasser hatte den Entwurf der Redaktion der „Welt" zugeleitet. Die Veröffentlichung sollte am 7. März erfolgen; diese blieb jedoch aus. Stattdessen erhielt Dr. Külz ein Schreiben des Bundesinnenministers, in dem er aufgefordert wurde, die Veröffentlichung seines Vorschlages zu unterlassen und sich jeder weiteren Bemühung in der Frage einer deutschen Konföderation zu enthalten, w i d r i g e n f a l l s e r a l s B u n d e s b e a m t e r m i t F o l g e n r e c h n e n m ü s s e. Senatspräsident Dr. Külz sah mit Recht in diesem Schreiben des Bundesinnenministers den Versuch einer Beeinträchtigung seiner bürgerlichen Rechte, die durch das Grundgesetz garantiert sind und an denen auch seine Beamtenschaft nichts ändert. Dr. Külz hat daraufhin sofort ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst angestrengt. Die Wahrnehmung seiner Interessen hat der SPD-Abgeordnete Dr. H e i n e m a n n übernommen.

D. Red.

Dem bekannten Konföderationsvorschlag der Sowjetunion werden hauptsächlich zwei Bedenken entgegengehalten: die Befürchtung, die Teilung Deutschlands werde dadurch nicht beseitigt, sondern nun erst recht verewigt werden, und der Einwand, eine Konförderation sei überhaupt unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht praktisch vorstellbar und durchführbar. So überzeugend diese Bedenken auf den ersten Blick scheinen mögen, bei näherer Prüfung erweisen sie sich kaum als stichhaltig, jedenfalls nicht als so durchgreifend, daß ihnen nicht abzuhelfen wäre.

Die Befürchtung, eine lose Konföderation werde nur eine Verfestigung des Status quo der Teilung zur Folge haben, erledigt sich im wesentlichen schon durch einen Blick auf den Zeitablauf seit 1945. Seit $1^1/_2$ Jahrzehnten ist die Teilung Deutschlands ohnehin schon so verfestigt, daß es dann kaum noch schlimmer werden kann; auch der kleinste und vorsichtigste Schritt in Richtung auf die Wiedervereinigung kann nur noch einen Fortschritt bedeuten. Die Teilung Deutschlands ist aber in den Jahren seit 1945 nicht nur erstarrt, sie ist immer weiter gegangen und tiefer geworden; daß die beiden Teile Deutschlands sich immer mehr auseinanderentwickelt haben, wird niemand ernstlich bestreiten wollen. Eine Verfestigung des gegenwärtigen Zustandes in dem Sinne, daß nun wenigstens dieser weiteren Auseinanderentwicklung tunlichst Einhalt geboten wird, wäre also nicht einmal als Nachteil anzusehen; auch eine lose Konföderation würde sich aber

sicherlich diesem bescheidenen Ziele im Hinblick auf die Überwindung der deutschen Teilung schon als förderlich erweisen.

Indessen wird man vielleicht die Erwartungen an die Wirkungen einer Konföderation so bescheiden gar nicht zu spannen brauchen. Wir sollten dem vom ganzen deutschen Volke hüben und drüben getragenen Wiedervereinigungswillen doch wohl so viel zutrauen, daß er selbst aus bescheidenen Anfängen das in Gang gesetzte Wiedervereinigungswerk auch zur Vollendung bringt. Wir sollten uns ein wenig auf eine dann doch wohl einsetzende Zwangsläufigkeit der Entwicklung verlassen, wenn nur überhaupt erst irgendein Anfang gemacht ist. Die Forderung, daß beim Anfang auch schon jeder weitere Schritt vorherzuberechnen, die Erreichung des Zieles — möglichst binnen bestimmter Fristen — unbedingt gewährleistet sein muß, fließt aus jenem unseligen Perfektionismus, der sich ja auch sonst zu einem der bedrückendsten Kennzeichen unserer Zeit entwickelt hat und uns überall entgegensteht — in der Wiedervereinigungsfrage hat er uns mit das anschaulichste Beispiel dafür geliefert, daß uns das starre Beharren auf dem Perfekten nicht weiterbringt. Auch aus einer Konföderation oder dergleichen sollten wir uns also zutrauen, eines Tages die wirkliche Einheit Deutschlands zu entwickeln; es ist dann nicht Sache gesetzlicher oder vertraglicher Festlegung, sondern Sache unserer eigenen politischen Gestaltungskraft, daß die Entwicklung nicht bei der Konföderation stehenbleibt.

Der Konföderationsgedanke sollte allerdings in dieser Richtung von Anfang an noch etwas weiter ausgebaut werden. Schon im Namen, der bisweilen mehr als nur etwas Äußerliches bedeutet, sollte das Vorläufige, die Erwartung und das Abzielen auf die endgültige Wiedervereinigung zum Ausdruck kommen. Vielleicht wäre es besser, von einer „Vorläufigen Deutschen Union" oder dgl. zu sprechen. Auch sollte der eigentliche, sachliche Inhalt eines solchen Zusammenschlusses ausdrücklich dahin umrissen und festgelegt werden, daß er nicht nur gewissen dringenden Augenblicksaufgaben wie Abschluß eines gemeinsamen Friedensvertrages dient, sondern darüber hinaus als Vorstufe und Vorbereitung der Wiedervereinigung im Ganzen gemeint ist. Vor allem aber sollten von vornherein auch schon bestimmte Organe geschaffen werden, die allein diesen Zusammenschluß aus einem bloßen Begriff ohne rechten Inhalt und einem wesenlosen Scheine zu einer wirklichen politischen Realität machen können. Damit kommen wir zugleich auf das Bedenken, eine Konföderation oder dgl. sei derzeit überhaupt nicht vorstellbar oder durchführbar.

Wenn alsbald schon bestimmte gesamtdeutsche Organe mit einer solchen Vorläufigen Deutschen Union oder dgl. geschaffen werden würden, würde auch der Einwand, daß ein solches Gebilde nichts Halt- und Greifbares darzustellen vermöchte, kaum noch aufrechtzuerhalten sein. Solche Organe würden dabei eine doppelte Aufgabe zu übernehmen haben. Einmal würde in ihnen die Union als solche alsbald schon einheitlich auftreten, ins Leben treten und damit tatsächlich greifbare Gestalt gewinnen können. Zum anderen würden diese Organe gerade auch die besondere Aufgabe der weiteren Vorbereitung der Wiedervereinigung zu übernehmen haben. Die unmittelbaren Sofortzuständigkeiten dieser Organe würden vielleicht nicht sonderlich ausgedehnt sein können, sich vermutlich also im wesentlichen auf die Verhandlung und den Abschluß eines gemeinsamen Friedensvertrages zu beschränken haben. Aber dies in Verbindung mit den bedeutsamen Zukunftsaufgaben würde doch sicherlich ausreichen, um eine solche Union im Sinne der Wiedervereinigung von Anfang an lebens- und entwicklungsfähig zu machen. Wir denken dabei auf der Exekutivseite etwa an einen vorläufigen Ministerrat, auf der parlamentarisch-legislativen Seite an einen vorläufigen Parlamentarischen Rat.

Der Ministerrat würde die Union im Rahmen ihrer Zuständigkeit nach außen zu vertreten und für sie zu handeln, insbesondere also den Friedensvertrag abzuschließen und zu unterzeichnen haben. Unbedenklich ist dabei, davon auszugehen, daß die beiden deutschen Teilordnungen über den Inhalt des Vertrages kaum noch in Meinungsverschiedenheiten geraten werden, wenn erst die vier Großmächte und die anderen ehemaligen Kriegsgegner unter sich über den Vertrag Einigkeit erzielt haben werden. Nicht hier, sondern auf innerdeutschem Gebiete liegen ja heute die Hauptschwierigkeiten der Wiedervereinigung, nachdem zwischen Westen und Osten das Prinzip des Auseinanderrückens vom deutschen Gebiete kaum noch ernstlich streitig ist. Ist somit auch in beiden Teilen Deutschlands hierzu grundsätzliche Übereinstimmung zu unterstellen, so wird

einem solchen Ministerrat mit der Aufgabe des Abschlusses eines gemeinsamen Friedensvertrages kaum etwas Unmögliches zugemutet werden. Es würden dann auch keine Bedenken bestehen, ihn zwischen Bundesrepublik und DDR paritätisch zusammenzusetzen — etwa aus 10 je zur Hälfte von den beiden Regierungen zu ernennenden vorläufigen Bundes- oder Reichskommissaren oder dgl. Auch bei einer dem Größenverhältnis der beiden Teile an sich entsprechenden anderweitigen Aufteilung einer solchen Körperschaft würde gerade bei einem Friedensvertrag über die Minderheit der anderen Seite ohnehin nicht einfach hinweggegangen werden können. Sonstige Exkutivbefugnisse würden für den Ministerrat zunächst wohl nicht in Frage kommen, höchstens daß ihm wohl auch noch die Regelung des Interzonenhandels und des Interzonenverkehrs übertragen werden könnte; Fragen, die ebenfalls ohne Übereinstimmung beider Teile nicht zu regeln sind.

Der Parlamentarische Rat würde zunächst den Ministerrat zu kontrollieren, insbesondere also dem Friedensvertrag seine Zustimmung zu geben haben. Darüber hinaus würde hier aber dieser Körperschaft nun vor allem die Aufgabe der weiteren Vorbereitung der Wiedervereinigung zu übertragen sein. Nach Art eines Vorparlaments müßte es ein gesamtdeutsches Wahlgesetz für eine Nationalversammlung und vielleicht auch schon einen ersten gesamtdeutschen Verfassungsentwurf zu beraten und zu verabschieden haben. Es brauchte für alle diese Aufgaben noch nicht die volle Parlamentsstärke zu haben; 140 Abgeordnete (rund je zwei auf 1 Million Einwohner) würden wahrscheinlich genügen. Auf einer echt demokratischen Grundlage für ein solches Vorparlament wird aber im Gegensatz zum Ministerrat bestanden werden müssen. Nicht nur den Größenverhältnissen in beiden Teilen Deutschlands wird es in seiner Zusammensetzung zu entsprechen haben. Es wird auch seinerseits — ebenso wie die spätere Nationalversammlung — schon aus wirklich freien, unmittelbaren und geheimen Wahlen hervorgehen müssen, die freilich im Hinblick auf den begrenzten Umfang und Zweck eines solchen Vorparlaments einfacher zu bewerkstelligen sein dürften als seinerzeit die Nationalversammlungswahlen. Auf internationale Kontrolle und volle vorherige Freizügigkeit und Werbefreiheit zwischen beiden Teilen Deutschlands wird man bei solchen Vorwahlen vielleicht noch verzichten dürfen, wenn nur — außer den selbstverständlichen Modalitäten jeder freien Wahl — beiderseits wenigstens auch noch die freie Kandidatenaufstellung — ohne Listenzwang — und die persönliche Sicherheit der Kandidaten ausgemacht ist. Die andere Seite wird sich gerade bei solchen unter der gespannten Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit stattfindenden Wahlen kaum dem Vorwurf gewaltsamer oder sonst unkorrekter Wahlmethoden aussetzen wollen — wenn sie gut beraten ist. Auch das Vorparlament würde aber zunächst — bis auf den Friedensvertrag — noch keine unmittelbaren gesetzgeberischen Zuständigkeiten haben können.

Mit der Schaffung der gekennzeichneten Organe ließe sich zugleich eine befriedigende Lösung der Berlin-Frage verbinden. Berlin könnte alsbald schon zum Sitz dieser vorläufigen gesamtdeutschen Organe erklärt und damit nicht nur zu einer in der Luft schwebenden Freien Stadt, sondern tatsächlich schon wieder zur vorläufigen Hauptstadt Deutschlands und zum Mittel- und Ausgangspunkt aller weiteren Wiedervereinigungskräfte gemacht werden, mit allen beiderseitigen deutschen und darüber hinaus auch internationalen Garantien, die nach seiner derzeitigen Lage wohl noch unerläßlich sind. Der Besatzungsstatus Berlins könnte allerdings für die Bezirke des Sitzes der vorläufigen gesamtdeutschen Organe schon aufgelockert oder auch ganz beseitigt werden.

Konföderationen oder Unionen hätten sich in der deutschen und europäischen Geschichte nicht zum ersten Male als nützliche und brauchbare Formen staatlichen Zusammenschlusses erwiesen. Auch der Gründung des Norddeutschen Bundes ging z. B. ein konföderationsähnlicher vorläufiger Bündnisvertrag vom 18. August 1866 mit vorläufigen Bundeskommissaren voraus; wir wissen aus der Geschichte, wie förderlich dies damals als Vorstufe für die Wiederherstellung der deutschen Einheit gewesen ist. Österreich-Ungarn hat als konföderationsähnliche Personal- und Realunion jahrzehntelang geradezu einen ausschlaggebenden Einfluß auf das europäische Geschehen ausgeübt, obwohl Österreich und Ungarn in ihren inneren Angelegenheiten stets völlig getrennt regiert und verwaltet wurden und wahrlich nicht schwerwiegender Gegensätze ermangelten.

Ist nicht die Stunde gekommen, uns auch heute auf dem Wege zur deutschen Einheit auf solche Wege zu besinnen, die in der Geschichte nicht ganz ohne ermutigendes Vorbild

sind — mögen sie auch unseren in Vorurteilen, Prinzipienstarre und Konformismus verrannten Vorstellungen vorläufig noch ungewöhnlich und schwierig erscheinen?

Als Beitrag zur Erörterung des Konföderationsvorschlags der Sowjetunion lege ich einen Vertragsentwurf vor, an Hand dessen die Möglichkeiten dieses Vorschlages vielleicht anschaulicher werden als nur durch allgemeine Diskussionen über das Für und Wider einer „Konföderation" oder dergl.

Der Entwurf soll seine ausgereifte „kabinettsreife" Vorlage sein. Er ist eine rein persönliche Arbeit, die dem Verfasser ohne alle Mitwirkung anderer in wenigen Tagen und Nächten aus der Feder geflossen ist, und ich bin mir nur zu gut seiner Unvollkommenheit bewußt. Freilich ist der Entwurf auch nicht ganz von ungefähr entstanden. Manche anderen Arbeiten und Entwürfe zu den Rechtsfragen der Wiedervereinigung sind ihm vorangegangen, und ein nun schon im fünften Jahre an der Deutschen Hochschule für Politik versehener Lehrauftrag über Wiedervereinigungsfragen hat bereits seit langem die Gedanken heranwachsen lassen, die jetzt zum Ausdruck kommen sollen. Der Leser wird in diesem Sinne um Nachsicht und Verständnis gebeten, wenn der Verfasser unter der Spannung und dem inneren Druck der Stunde — die vielleicht eine Schicksalsstunde für Deutschland ist — überhaupt geglaubt hat, sich jetzt mit einem solchen Beitrag zu Worte melden zu dürfen.

Der Entwurf möge gescholten und von Grund auf umgestülpt, er möge ergänzt und verändert werden, so daß zum Schluß kein Wort mehr von ihm stehenbleibt. Aber um eines möchte der Verfasser fast beschwörend bitten: möge nicht der Grundgedanke des Entwurfs verworfen werden — sonst wird, so fürchte ich, die letzte Möglichkeit entschwinden, die unselige Spaltung unseres Vaterlandes in absehbarer Zeit zu überwinden.

Vertrag

zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Errichtung einer Vorläufigen Deutschen Union.

I. Allgemeines

1. Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) schließen sich zu einer Vorläufigen Deutschen Union (VDU) zusammen, um alsbald für das gesamte Deutschland einen Friedensvertrag abzuschließen, auch sonst in ihren auswärtigen Angelegenheiten tunlichst nur noch gemeinsam aufzutreten und darüber hinaus die endgültige Wiedervereinigung des gesamten deutschen Staatsgebietes vorzubereiten.

2. Die Hauptstadt der VDU ist Berlin; die Organe der VDU nehmen ihren Sitz abwechselnd jeweils für sechs Monate im Gebäude des ehemaligen Reichstags und im Gebäude des ehemaligen Preußischen Staatsrates.

Die Mitglieder der Organe der VDU und ihre Bediensteten sind frei von allen Kontrollen innerhalb Berlins und des übrigen Deutschland.

3. Die VDU wird auf die Dauer von einstweilen fünf Jahren nach dem der Ratifizierung dieses Vertrages folgenden Jahresbeginne abgeschlossen; sie gilt als weiterhin von Jahr zu Jahr fortgesetzt, sofern sie nicht von einer der beiden Republiken mit Vierteljahresfrist aufgekündigt wird.

II. Der Ministerrat der VDU

4. Der Ministerrat der VDU besteht aus zehn je zur Hälfte von den Regierungen der beiden Republiken ernannten Reichskommissaren; zum Reichskommissar kann auch ernannt werden, wer nicht Mitglied der Regierung ist.

Die Reichskommissare können von ihren Regierungen jederzeit wieder abberufen werden, jedoch nur zum Ende eines Kalenderjahrs und nicht vor Ablauf der ersten drei Jahre dieses Vertrages.

5. Der Ministerrat wählt aus seiner Mitte jeweils für sechs Monate und abwechselnd aus den Reichskommissaren der BRD und der DDR einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden (Obersten und Stellvertretenden Obersten Reichskommissar); der stellvertretende Vorsitzende wird stets aus den Reichskommissaren gewählt, deren Gruppe der Vorsitzende nicht angehört. Den Vorsitz bis zur Wahl führt das an Lebensalter älteste Mitglied.

Der Ministerrat gibt sich alsbald nach Zusammentritt seine Geschäftsordnung, die dem Parlamentarischen Rat zur Kenntnis zu geben ist.

III. Der Parlamentarische Rat der VDU

6. Der Parlamentarische Rat der VDU besteht aus 140 Abgeordneten, die am . . . 1959 im gesamten Deutschland in unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt werden. In der BRD mit Westberlin werden 100 Abgeordnete, in der DDR mit Ostberlin 40 Abgeordnete gewählt.

7. Jede Partei und Organisation, die z. Z. des Abschlusses dieses Vertrages im Bundestag der BRD und in der Volkskammer der DDR vertreten ist, kann in jedem Teile Deutschlands so viele auf einer Liste zusammenzustellende Kandidaten zur Wahl vorschlagen, als in diesem Teile Deutschlands Abgeordnete zu wählen sind; jede der beiden Republiken mit den ihr zuzurechnenden Teilen Berlins bildet einen Wahlkreis.

8. Von jeder Liste sind in jedem Wahlkreis so viele Kandidaten gewählt, als ihrem Anteil an den gesamten abgegebenen Stimmen entspricht. Listen, für die nicht wenigstens 5 Prozent der gesamten gültigen Stimmen abgegeben werden, bleiben unberücksichtigt; im übrigen errechnet sich der Verteilungsschlüssel in den beiden Wahlkreisen daraus, wie oft die Gesamtzahl der zu berücksichtigenden Stimmen durch 100 oder durch 40 geteilt werden kann.

9. Allen Kandidaten wird für das gesamte Wahlgebiet freie Propaganda in Wort und Schrift und die unbedingte Unverletzlichkeit und Freiheit ihrer Person für die Dauer von drei Monaten vor und drei Monaten nach der Wahl gewährleistet. Auch wegen des Verdachts strafbarer Handlungen können sie nicht in Haft genommen oder sonst in ihrer Freiheit beschränkt werden, es sei denn wegen dringenden Verdachts eines Verbrechens gegen das Leben und mit ausdrücklicher Zustimmung des Reichswahlleiters.

Gewählt werden kann in jedem Wahlkreise jeder über 21 Jahre alte Deutsche, der in einem der beiden Wahlkreise seinen Wohnsitz hat.

10. Das aktive Wahlrecht und die sonstigen Förmlichkeiten der Wahl bestimmen sich nach den Vorschriften, die bei Abschluß dieses Vertrages in den beiden Wahlkreisen für die Wahlen zum Bundestag und zur Volkskammer gelten.

Ein Verzicht auf geheime Abstimmung ist unzulässig; offen abgegebene Stimmen sind als ungültig zurückzuweisen. Werden sie gleichwohl angenommen, ist die gesamte Wahl in dem betreffenden Stimmbezirk ungültig.

In den Wahlvorstand eines jeden Stimmbezirkes sind besondere Vertreter derjenigen Listen aufzunehmen, auf denen Kandidaten aus dem jeweils anderen Wahlkreis vorgeschlagen sind.

11. Die Durchführung der Wahlen im gesamten Wahlgebiet im einzelnen wird vom Reichswahlleiter und dem Reichswahlausschuß vorbereitet und überwacht. Der Reichswahlleiter wird gemeinsam von den Regierungen der beiden Republiken ernannt; in den Reichswahlausschuß berufen beide Regierungen je sieben Mitglieder; der Reichswahlleiter führt mit Sitz und Stimme den Vorsitz des Reichswahlausschusses.

12. Der Reichswahlausschuß erläßt die zur weiteren Durchführung der Wahlen erforderlichen Verwaltungsvorschriften; er bestimmt auch den Tag des Zusammentritts des Parlamentarischen Rates und darüber, wer den Vorsitz beim Zusammentritt übernimmt.

Der Parlamentarische Rat gibt sich alsbald nach Zusammentritt seine Geschäftsordnung.

IV. Abschluß eines Friedensvertrages

13. Der Ministerrat (MR) vertritt das gesamte Deutschland bei den Verhandlungen und beim Abschluß eines Friedensvertrages. Er kann sich bei den Verhandlungen durch einzelne oder mehrere seiner Mitglieder vertreten lassen und Berater und Sachverständige hinzuziehen.

Der Abschluß und die Unterzeichnung des Friedensvertrages können nur durch alle Mitglieder des MR gemeinsam erfolgen; im übrigen trifft der MR seine Entscheidungen durch Mehrheitsbeschluß; bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

14. Der Abschluß und die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedürfen der vorherigen Zustimmung des Parlamentarischen Rates, die mit mindestens Zwei-Drittel-Mehrheit seiner Mitglieder erteilt werden muß.

Der Parlamentarische Rat kann verlangen, daß über den Friedensvertrag eine Volksabstimmung stattfindet; ergibt sie eine Mehrheit für den Friedensvertrag, ist der MR verpflichtet, den Vertrag zu unterzeichnen.

15. Der Parlamentarische Rat ist über die Verhandlungen über den Friedensvertrag ständig auf dem laufenden zu halten. Falls in einer Einzelfrage der Verhandlungen im MR keine Übereinstimmung erzielt, sondern durch Mehrheitsbeschluß entschieden worden ist, hat sowohl die Mehrheit als auch die Minderheit des MR das Recht, die Beteiligung des Parlamentarischen Rates an den Verhandlungen durch mindestens fünf Abgeordnete zu verlangen.

V. Auswärtige Beziehungen der VDU

16. Der MR berät und entschließt alsbald darüber, ob und inwieweit die auswärtigen Angelegenheiten der beiden Republiken auch sonst schon gemeinsam geführt werden können.

Er bildet hierzu eine Regierungsdeputation für Auswärtige Angelegenheiten, der die beiden Außenminister der Republiken, die Vorsitzenden der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und der Volkskammer und fünf Abgeordnete des Parlamentarischen Rates angehören. Der Ausschuß hat dem Ministerrat Vorschläge für die gemeinsame Führung der auswärtigen Angelegenheiten der beiden Republiken zu unterbreiten.

17. Der Ministerrat kann insbesondere beschließen, auswärtige Vertretungen künftig

(a) als einheitliche Vertretungen der VDU als solcher zu errichten oder ihre schon bestehenden Vertretungen in solche der VDU als solcher umzuwandeln, oder

(b) als gemeinsame Vertretungen der beiden Republiken zu errichten oder ihre schon bestehenden Vertretungen in solche gemeinsame Vertretungen umzuwandeln.

18. Soweit und solange der MR zu Beschlüssen nach Ziffer 17 nicht gelangt, übernimmt in jedem Falle in solchen Ländern, in denen bisher eine der Republiken noch keine Vertretungen unterhält, die andere Republik die Wahrnehmung der Interessen auch der noch nicht vertretenen Republik.

Die nicht vertretene Republik ist berechtigt, in solchen Fällen im Benehmen mit der anderen Republik einen oder mehrere Beamte in die Vertretung bei dem jeweiligen Lande abzuordnen.

VI. Innerdeutscher Handel und Verkehr

19. Der MR übernimmt alsbald die Regelung des innerdeutschen Handels (Interzonenhandel) und des innerdeutschen Verkehrs (Interzonenverkehr). Er bildet hierzu besondere Regierungsdeputationen für Handel, für Post und Fernmeldewesen und für Verkehrsfragen.

20., 21, 22. enthalten nähere Bestimmungen über die Zuständigkeit dieser Deputationen und über die Überleitung der bisherigen Regelung dieser Fragen (Interzonenabkommen durch Treuhandstellen usw.) auf neue Organe und über die Zusammensetzung dieser Deputationen.

VII. Vorbereitung der endgültigen Wiedervereinigung

23. Der Parlamentarische Rat berät und entschließt alsbald über ein gesamtdeutsches Wahlgesetz zur Wahl einer Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, einschließlich der Festlegung eines bestimmten Tages für die Wahl zur Nationalversammlung.

Grundlage der Beratungen sind der Wahlgesetzentwurf der Volkskammer vom 9. Januar 1952 und der Wahlgesetzentwurf des Bundestages vom 6. Februar 1952.

24. Das vom Parlamentarischen Rat zu verabschiedende Wahlgesetz kann Bestimmungen darüber enthalten, daß bestimmte, genau anzuführende Teile der bisherigen Staats- und Rechtsordnungen der beiden Republiken in ihrem bisherigen Geltungsbereich einstweilen fortgelten sollen (Reservatrechte) und daß die von der Nationalversammlung zu verabschiedende Verfassung die Gewährleistung dieser Reservatrechte enthalten muß.

25. Das vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Wahlgesetz ist angenommen, wenn es die Zustimmung von zwei Dritteln seiner Mitglieder gefunden hat. Es wird nach Annahme im Verkündungsblatt der VDU sowie in den Gesetzblättern der beiden Republiken veröffentlicht und gilt damit unmittelbar als Gesetz der beiden Republiken.

26. Der Parlamentarische Rat berät und entschließt gleichzeitig über einen der Nationalversammlung vorzulegenden Verfassungsentwurf.

Grundlage der Beratungen sind das Grundgesetz der BRD vom 23. Mai 1949 und die Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 in ihren bei der Beschlußfassung des Parlamentarischen Rates jeweils geltenden Fassungen.

27. Der vom Parlamentarischen Rat verabschiedete Verfassungsentwurf ist angenommen, wenn er die Zustimmung von mehr als der Hälfte seiner Mitglieder gefunden hat. Er wird nach Annahme im Verkündungsblatt der VDU veröffentlicht.

28. Die Vorlage des Verfassungsentwurfes an die Nationalversammlung schließt nicht die Beratung anderer Entwürfe aus, die zu seiner Zeit aus der Nationalversammlung selbst noch eingebracht werden mögen.

29. Der Ministerrat und der Parlamentarische Rat sind berechtigt und verpflichtet, auch sonst schon alles zu unternehmen, was der Vorbereitung und Durchführung der Wiedervereinigung dienlich ist, und hierzu den Regierungen und Volksvertretungen der beiden Republiken auf Grund einfachen Mehrheitsbeschlusses Vorschläge und Empfehlungen vorzulegen.

Die Regierungen und Volksvertretungen der beiden Republiken sind verpflichtet, über solche Vorschläge und Empfehlungen förmlich Beschluß zu fassen.

30. Der MR kann zur Vorbereitung der Wiedervereinigung und Wiederangleichung der Verhältnisse in den beiden Republiken, insbesondere sobald es ihm angezeigt erscheint, auf Grund einfachen Mehrheitsbeschlusses die alsbaldige Bildung weiterer Regierungsdeputationen vorschlagen, wofür in erster Linie solche zur Vorbereitung der Wiederherstellung der Währungseinheit und zur Vorbereitung der Wiederherstellung der Rechtseinheit gehören.

Dem Parlamentarischen Rat ist vor solchen Vorschlägen Gelegenheit zur Beratung und Stellungnahme zu geben.

31. Der MR kann alsbald mit Zustimmung des Parlamentarischen Rates eine Anordnung über den Rechtsverkehr und Rechtshilfeverkehr zwischen den beiden Republiken erlassen und darin vorsehen, daß für Streitigkeiten eine Gemischte Kommission eingesetzt wird.

Der Erlaß einer solchen Anordnung kann nur durch alle Mitglieder des MR gemeinsam erfolgen und bedarf der vorherigen Zustimmung des Parlamentarischen Rates, die mit mindestens Zweidrittel-Mehrheit seiner Mitglieder erteilt werden muß.

32. Eine nach Ziffer 31 erlassene Anordnung wird im Verkündungsblatt der VDU sowie in den Gesetzblättern der beiden Republiken veröffentlicht und gilt damit unmittelbar als Gesetz der beiden Republiken.

VIII. Schlußvorschriften

33. ff. regeln die Herausgabe eines Verkündungsblatts, die Anstellung der Bediensteten des MR und des Parlamentarischen Rates und die Aufbringung der erforderlichen Mittel.

Dortmunder Erklärung des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik"

Von Dortmund, das durch seinen Kampf gegen Atom- und Raketentod Vorbild deutscher Verantwortung geworden ist, rufen wir die Bevölkerung der Bundesrepublik:

Leistet Widerstand! Rettet unser Leben! Sichert den Frieden!

Atomraketen vor den Toren Dortmunds — dieser Befehl von Adenauer und Strauß ist rücksichtslose Mißachtung der Sicherheit von Millionen Männern, Frauen und Kindern im Ruhrgebiet, ein Schlag gegen das Lebensrecht der ganzen Bevölkerung in der Bundesrepublik.

Aber Dortmund duldet nicht, daß ihm das Schicksal von Hiroshima und Nagasaki bereitet wird. Überall, wo sich nach dem Beispiel von Dortmund auch die großen Organisationen der Arbeiterbewegung mit an die Spitze stellen, dort werden die Pläne der Adenauer und Strauß scheitern.

Noch ist die Gefahr nicht gebannt.

Die Atomrüstungspolitiker wollen im Ruhrgebiet ihren Willen durchsetzen, um dann in ganz Westdeutschland den Kampfwillen für Frieden, Freiheit und Sicherheit zu brechen.

Wir stehen zu Dortmund! Mit Dortmund schützen wir unseren Frieden, unser Leben, unsere Heimat!

Wir müssen heraus aus der Sackgasse, in die uns die „Politik hart an dem Rand des Krieges" geführt hat. Wir dürfen nicht mehr dulden, daß die Adenauer und Strauß durch ihr Festhalten an dieser gescheiterten Politik die Bundesrepublik nach Osten und nach Westen isolieren, jede Möglichkeit der innerdeutschen und internationalen Entspannung verhindern und uns in ein neues Stalingrad führen.

Schon einmal hat ein „Führer" gesagt: „Gebt mir vier Jahre Zeit, und ihr werdet Deutschland nicht wiedererkennen". Als Folge dieser Jahre marschierten Deutschlands Männer in Tod und Verderben, erstickten Millionen deutsche Frauen und Kinder unter den Trümmern deutscher Städte.

Jetzt fordern dieselben Leute mit den Herren Adenauer und Strauß zwei Jahre, die sie dazu benutzen wollen, die Bundesrepublik atomkriegsbereit zu machen. Diese zwei Jahre darf ihnen das deutsche Volk um seiner Existenz willen nicht lassen.

1952 bestand für uns die Möglichkeit, einen Friedensvertrag zu erhalten und die Wiedervereinigung auf dem Wege gesamtdeutscher Wahlen zu vollziehen. Die Bundesregierung antwortete auf diese Angebote mit dem Abschluß der Pariser Militär-Verträge, dem Beitritt der Bundesrepublik zur Nato und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. 1958 lag es allein an der Haltung der Bundesregierung, daß eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa nicht zustande kam. Damit wurde verhindert, daß an dem spannungsgeladensten Teil der Welt ein entscheidender Schritt zur Sicherung des Friedens getan werden konnte.

Auf dem Wege einer Konföderation der beiden deutschen Staaten könnte eine Entspannung zwischen ihnen erreicht und ihre Wiedervereinigung vorbereitet werden, das war und ist noch heute der Vorschlag der Deutschen Demokratischen Republik.

Adenauer und Strauß antworteten auf diese Angebote zur Befriedigung Mitteleuropas mit der beschleunigten Durchführung ihrer Rüstungspläne, mit der Stationierung von Atomwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik und mit der Erklärung, die Bundeswehr werde bis 1961 atomkriegsbereit sein. Das kann und darf nicht geschehen.

Die Politik des Kanzlers „erst stärker werden, dann verhandeln" ist am Ende. Die jetzt mit dem Vorschlag einer Friedenskonferenz gebotene Möglichkeit zur friedlichen Lösung der deutschen und europäischen Probleme darf nicht wieder ungenutzt bleiben.

An Stelle der gescheiterten Politik Adenauers muß eine deutsche Politik treten, die unserem Volk folgende Rechte gibt:

einen dauerhaften Frieden,
seine volle Souveränität,
die Befreiung von atomarer Bedrohung und
die friedliche demokratische Wiedervereinigung seines Landes.

Die Herren Adenauer und Strauß sagen wieder nein — sie wollen keine Verhandlungen über einen Friedensvertrag — für sie sind solche Verhandlungen unannehmbar, da sie ihre auf der alten Nato-Strategie aufgebauten Atomrüstungspläne stören. Aber diesmal muß das Volk in der Bundesrepublik an Stelle des „Nein" aus Bonn das „Ja" zu Verhandlungen über einen Friedensvertrag erzwingen, die jetzt begonnen werden müssen, damit vor dem 27. Mai eine für die friedliche Lösung der Berlin-Frage verbesserte Atmosphäre entsteht.

Macht das Tor auf zu Verhandlungen!

Befreit von den Milliardenlasten der Rüstung, wird unser Volk neue Möglichkeiten zur Verhinderung und Ausschaltung von Krisen haben. Die sozialen Leistungen können erhöht und der allgemeine Wohlstand gehoben werden.

Befreit von den Fesseln der Kriegswirtschaft und den Handelsbeschränkungen, werden Industrie, Handel und Handwerk zu einer stabileren Wirtschaft entwickelt werden können.

Befreit von dem Alpdruck der drohenden Boden-, Pflanzen- und Viehverseuchung, der Landenteignung für militärische Zwecke, des Entzugs junger Arbeitskräfte, der erhöhten Steuerlasten, werden die deutschen Bauern in Frieden säen und in Frieden ernten können.

Befreit von dem Gewissenskonflikt, daß menschlicher Geist durch den Ungeist der Massenvernichtungen und des Nihilismus mißbraucht wird, werden deutsche Wissenschaft und Kunst wieder mit Stolz für ihre Nation schöpferisch tätig sein und den deutschen

Beitrag zur Menschheitskultur mehren können. Deutsche Pädagogen werden ohne Einschränkung unsere Jugend im Geiste der Völkerverständigung und zu demokratisch selbstbewußten Bürgern unseres Landes erziehen.

Befreit von der Angst und der Sorge um das „Morgen", werden die deutschen Frauen das volle Glück empfinden, Spenderin und Hüterin des Lebens zu sein.

Befreit von dem entwürdigenden Zwang zum Atomkriegshandwerk, wird unsere Jugend den Weg zu neuen Idealen, zu einem neuen Selbstbewußtsein und damit zu einer echten nationalen Zukunftsvorstellung finden.

Die zur zweiten Plenarsitzung des „Ständigen Kongresses" in Dortmund versammelten Vertreter aus den Ausschüssen „Kampf dem Atomtod", der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik", aus Betrieben und Gewerkschaften, aus den Friedensverbänden, den Organisationen der Frauen, der Jugend und der Bauern und Vertreter der geistigen Berufe wiederholen den Appell der Gelsenkirchener Gründungstagung des „Ständigen Kongresses", sich dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" oder der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik" oder einer regionalen Widerstandsgruppe anzuschließen und in dieser Organisation nach Kräften dahin zu wirken, daß der „Ständige Kongreß" seine koordinierende, vermittelnde und ausgleichende Funktion wirksam erfüllen kann.

Wir appellieren an die Einsicht und an das Verantwortungsbewußtsein aller Frauen und Männer, die um den Frieden und um den Bestand unserer Nation besorgt sind: Macht mit uns zusammen den „Ständigen Kongreß" zu einer großen, unwiderstehlichen Sammlungsbewegung aller Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik.

Jetzt müssen alle Mißverständnisse zwischen den Gegnern der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik ausgeräumt, alle Hemmnisse bei der Zusammenarbeit überwunden werden. Weisen wir jeden Versuch, Mißtrauen in unsere Reihen zu tragen, gemeinsam mit Entschiedenheit zurück.

Wir alle, die wir den Frieden und das Glück für ganz Deutschland wollen, wir sind das Volk!

Wir wollen nicht mehr Opfer, sondern Träger der Geschichte sein! Wir sehen die Gefahr! Wir erkennen unsere Macht! Nichts darf uns trennen! Wir sind es, die unser nationales Schicksal zum Guten wenden müssen. Reichen wir uns die Hand zur rettenden Tat!
Dortmund/Schwerte, den 8. März 1959

Entschließung der FDP

Zum Abschluß seiner Beratungen hat der Landesparteitag der Freien Demokraten Nordrhein-Westfalens am 22. Februar 59 in Bad Salzuflen einstimmig nachstehende Entschließungen angenommen, die von Hermann Schwann eingebracht worden waren:

1. Der Landesparteitag bittet die Bundestagsfraktion, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, daß bei den kommenden Verhandlungen zur Lösung der Berlin-Frage und der Deutschland-Frage von seiten der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und die Zugehörigkeit der beiden deutschen Teilstaaten zu den Militärbündnissen des Ostens und des Westens zugunsten der Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zu einem neuen Sicherheitssystem in Europa zur Diskussion gestellt wird.

Der Parteitag stellt fest, daß eine Ausklammerung dieser beiden Fragen bei den kommenden internationalen Verhandlungen mit einem Verzicht auf die deutsche Wiedervereinigung gleichbedeutend ist.

2. Der Landesparteitag bittet die Bundestagsfraktion, mit ganzer Kraft darauf hinzuwirken, daß die drei Atommächte, die USA, die UdSSR und Großbritannien, das Entstehen weiterer Atommächte verhindern und den endgültigen Stop der Atombombenversuche unter gleichzeitiger Errichtung eines befriedigenden Kontrollsystems vereinbaren.

Der Landesparteitag erwartet zuversichtlich von der deutschen Öffentlichkeit, daß sie sich im Rahmen der in der Demokratie gegebenen legalen Mittel mit Nachdruck für eine solche Politik des entspannenden Ausgleichs einsetzt.

Nasser und Tito für Friedensvertrag

In einem Kommuniqué, das zum Abschluß des neuntägigen Besuches Präsident Titos in der VAR veröffentlicht wurde, sprachen sich Präsident Gamal Abdel Nasser und Präsident Tito für eine Lösung der Berlinfrage durch Verhandlungen zwischen Ost und West sowie für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland aus. Für einen Friedensvertrag, der den Interessen des deutschen Volkes und anderer interessierter Nationen und den Erfordernissen des Friedens und der Sicherheit gerecht wird. Beide Staatsmänner drückten ihre ernste Besorgnis über das gegenwärtige Wettrüsten aus.

Aussprüche während MacMillans Aufenthalt in der Sowjetunion

In seiner Begrüßungsansprache auf dem Bankett der Britischen Botschaft zu Ehren von Premierminister MacMillan am 23. Februar sagte Chrustschow:

„Die sozialen Lebensbedingungen hängen in jedem Lande vom Willen des betreffenden Volkes ab. Wir leben auf dem gleichen Planeten und müssen den Weg zum Frieden auf der Erde finden. Unser Volk wünscht diesen Frieden. Ich trinke auf unser gegenseitiges Verständnis und auf unsere Koexistenz."

Am 24. Februar führte Ministerpräsident Chrustschow vor den Wählern des Moskauer Bezirks Kalinin, in dem er als Mitglied des Obersten Sowjets kandidiert, folgendes aus: „Die von uns gewünschte Gipfelkonferenz sollte sich folgende Tagesordnung geben: 1. Das Problem des deutschen Friedensvertrages; 2. Fragen der europäischen Sicherheit; 3. Rückzug der auf fremden Territorien stationierten Truppen; 4. Bezeichnung der Stationierungszonen der Streitkräfte der Nato und der Warschauer-Pakt-Länder; 5. Abrüstungsproblem; 6. Verbot von Atom- und Wasserstoffwaffen und der Kernversuche zu militärischen Zwecken."

Chrustschow fuhr dann fort: „Warum zielen wir auf eine Gipfelkonferenz ab? Weil die Regierungschefs dazu berufen sind, solche Probleme zu lösen. Eine Konferenz der Außenminister vermag das nicht. Konferenzen von Außenministern erhöhen also derart kritische Spannungen, wie sie heute bestehen, leicht, statt sie zu vermindern." Zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sagte Chrustschow: „Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland hätte automatisch den Verfall aller früheren Abkommen über Fragen des Besatzungsregimes zur Folge. Deshalb haben wir vorgeschlagen, Berlin zur freien Stadt zu erklären, wobei die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich unter Beteiligung der Vereinigten Nationen die Respektierung des abgeschlossenen Vertrags garantieren."

Chrustschow trat auch für eine besondere russisch-englische Verständigung ein: „Die Regierung der Sowjetunion ist bereit, mit Großbritannien für zwanzig Jahre einen Freundschafts- und Nichtangriffspakt abzuschließen, und, falls diese Zeitperiode als ungenügend erachtet wird, sogar für fünfzig oder mehr Jahre. Wir wollen, daß England unser Freund wird. Unsererseits wollen wir Freunde Großbritanniens und seiner Freunde werden, indem wir die Unterzeichnung eines solchen Abkommens vorschlagen."

Zum Friedenswillen der Sowjetunion sagte Chrustschow: „Die Sowjetunion bedarf des Friedens für die Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Pläne. Wir halten an den Beschlüssen des 21. Parteitages fest, die die Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit als vordringlichste Aufgabe bezeichnet haben, und zwar auf Grund der friedlichen Koexistenz, der Beendigung des Kalten Krieges und der Verminderung der internationalen Spannung. Man muß die Kriegsdrohungen aus der internationalen Atmosphäre verdrängen. Wir sind sicher, daß es durch gemeinsame Anstrengungen möglich sein wird, die Wolken, welche den Himmel verdunkeln, aufzulösen, dies namentlich in bezug auf Westdeutschland und Berlin."

Zum Besuch des englischen Premiers MacMillan sagte Chrustschow: „Unser Volk ist gastfreundlich und schätzt sich immer glücklich, diejenigen zu empfangen, welche mit guten Absichten kommen. Wir verachten alles Unpassende. Ich bin sicher, daß unsere Polizei während des Aufenthaltes der britischen Gäste keine gleiche Aufgabe zu erfüllen hat, wie sie die amerikanische Polizei anläßlich des Besuches von Mikojan in den Vereinigten Staaten erfüllen mußte. Man sagte mir, daß ungarische und amerikanische Radaubrüder Mikojan begrüßten und dabei ihre Hosentaschen mit faulen Eiern angefüllt hatten.

Die amerikanische Polizei übernahm bei dieser Gelegenheit die gute Aufgabe, die Eier in den Taschen selbst zu Omeletten zu verwandeln. Solche Maßnahmen sind in der Sowjetunion überflüssig."

Auf dem Abschiedsempfang im Kreml am 2. März wurden folgende Gedanken zum Ausdruck gebracht. Ministerpräsident Chrustschow sagte: „Wir hoffen, daß wir bei den nächsten Verhandlungen Lösungen werden finden können, die für alle annehmbar sind. Nach unseren Gesprächen mit MacMillan ist es uns gelungen, unsere gegenseitigen Positionen zu klären. Wir sind für die nächsten Verhandlungen besser vorbereitet. Unsere Standpunkte haben sich genähert. Selbstverständlich erwarten die Völker mehr von uns. Sie wünschen Lösungen, die die Angst beheben und den Frieden aufrechterhalten. Unsere britischen Gäste haben ein korrektes Verständnis für unsere Haltung bekundet. Sie haben ihrerseits interessante Ideen vorgebracht, namentlich hinsichtlich der Einstellung der Kernwaffenversuche."

Nach Ausführungen darüber, daß die Atmosphäre des Kalten Krieges nicht über Nacht in eine warme Friedensatmosphäre verwandelt werden könne, daß die Möglichkeiten dafür aber keineswegs geschwunden oder auch nur verringert seien, verbreitete sich Chrustschow über die gemeinsamen Handelsinteressen Großbritanniens und der Sowjetunion: „Wir haben festgestellt, daß unser Handelsaustausch ungenügend ist. Die britischen Staatsmänner haben ihr Interesse für dessen Erweiterung bekundet. Britische Firmen sind bereit, uns mit Material zu versorgen. Die Sowjetunion könnte solchen Firmen bedeutende Bestellungen zukommen lassen. Unser Siebenjahrplan ist auf unseren inneren Mitteln begründet, doch wären wir bereit, mit Großbritannien und anderen Ländern Verträge abzuschließen, falls sie mit uns Handel treiben wollen. Wir sind ebenfalls übereingekommen, Delegationen von Technikern und Wissenschaftlern zwischen der Sowjetunion und Großbritannien auszutauschen."

In seiner Antwort sagte Premierminister MacMillan: „Erstens sind Großbritannien und die Sowjetunion bereit, sich nicht anzugreifen und getreu der Charta der Vereinten Nationen zu handeln; zweitens erklären sich die beiden Staaten bereit, die gegenseitigen Interessen nicht zu stören, und drittens sind sie vor allem bereit, alle Meinungsverschiedenheiten durch Verhandlungen und nicht durch Gewalt zu lösen." MacMillan schloß mit den Worten: „Ich bin überzeugt, daß unsere gegenwärtigen Besprechungen zu ausgedehnteren internationalen Verhandlungen führen werden. Diese Verhandlungen müssen auf der vertieften Kenntnis der gegenseitigen Ansicht fußen und müssen von dem ernsthaften Bestreben geleitet werden, ein Abkommen zu erreichen. Wir werden diesen Besuch in der Sowjetunion nie vergessen. Ich bin von tiefer Dankbarkeit für die Gastfreundschaft erfüllt, die Sie uns geboten haben."

Entwurf des sowjetisch-britischen Nichtangriffspaktes

Am 4. März veröffentlichte die Regierung der Sowjetunion den Entwurf für den sowjetisch-britischen Nichtangriffspakt, der zwischen MacMillan und Chrustschow erörtert worden war. Der Entwurf enthält sechs Artikel und sieht im einzelnen vor:

1. Auf Grund der Charta der Vereinten Nationen über das Verbot von Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erklären die vertragschließenden Parteien, daß sie sich eines Angriffes enthalten und zu keiner bewaffneten Gewalt oder Gewaltanwendung gegeneinander greifen werden.

2. In der Meinung, daß die Schaffung von Militärstützpunkten auf fremden Territorien Argwohn in den Beziehungen zwischen den Staaten hervorruft, zur Verschärfung der internationalen Situation führt und die Gefahr eines neuen Krieges verstärkt, verpflichten sich die beiden Parteien, keine ausländischen Militärstützpunkte auf ihren Hoheitsgebieten anlegen zu lassen und zugleich Maßnahmen zu ergreifen, damit vorhandene ausländische Militärstützpunkte in möglichst kurzer Frist aufgelöst werden.

3. Alle strittigen Fragen, die zwischen den vertragschließenden Parteien auftreten können, werden im Geiste gegenseitiger Verständigung durch Verhandlungen und durch andere in der UN-Charta vorgesehene Mittel zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten gelöst werden.

4. Falls ein Staat zu Gewalt oder zu Gewaltandrohung gegen eine der vertragschließenden Parteien greift, wird die andere vertragschließende Partei den Staat, der zur

Gewalt oder Drohung Zuflucht genommen hat, weder direkt noch indirekt unterstützen und alle möglichen Maßnahmen ergreifen, zu einer friedlichen Regelung des Konfliktes zu gelangen.

5. Der vorgeschlagene Nichtangriffspakt soll eine Geltungsdauer von 20 Jahren haben.

6. Dem vorgeschlagenen Nichtangriffspakt kann jeder europäische Staat beitreten, ebenso Amerika.

Das britisch-sowjetische Schlußkommuniqué

Am Dienstag, dem 5. März, wurde im Kreml ein gemeinsames Schlußkommuniqué über die britisch-sowjetischen Besprechungen in Moskau unterzeichnet:

„Auf Einladung der Regierung der Sowjetunion hat der Premierminister des Vereinigten Königreiches, Harold MacMillan, in Begleitung von Außenminister Selwyn Lloyd und amtlichen Beratern der Sowjetunion vom 21. Februar bis 3. März 1959 einen offiziellen Besuch abgestattet.

Im Laufe ihres Besuchs hatten MacMillan und Lloyd Gelegenheit, sich mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow und weiteren Mitgliedern der Regierung der Sowjetunion, so mit dem Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikojan und Außenminister Gromyko, zu besprechen.

Diese Besprechungen bezogen sich auf einige der bedeutendsten Probleme, welche die Welt zur Zeit allgemein beunruhigen. Beide Seiten trugen der Tatsache Rechnung, daß diese Fragen über die Sowjetunion und das Vereinigte Königreich hinaus noch viele andere Staaten berühren. Wiewohl sie keine Verhandlungen führten, konnten die Ministerpräsidenten im Laufe der Besprechungen, die sie während dieser zehn Tage hatten, einen wertvollen Meinungsaustausch über diese Fragen pflegen.

Sie benützten diese Gelegenheit, ihre Haltung zu allen erörterten Fragen und die Beweggründe dazu darzulegen. Der freie Meinungs- und Gedankenaustausch hat zu einem besseren Verständnis der Haltung der beiden Regierungen geführt und so in nützlicher Weise zu den kommenden internationalen Besprechungen in erweitertem Rahmen beigetragen.

Die Ministerpräsidenten waren sich einig darüber, daß ein Fortschritt auf dem Wege zur Lösung des Abrüstungsproblems in hohem Maße zur Einhaltung des Friedens beitragen würde. Er trüge dazu bei, das internationale Vertrauen zu vermehren und die militärischen Ausgaben herabzusetzen. Sie kamen überein, ihre Anstrengungen fortzusetzen, um auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen.

Ihr gemeinsames Ziel bleibt letzten Endes das Verbot der Kernwaffen und die Verwendung der Kernenergie zu ausschließlich friedlichen Zwecken. Sie anerkannten indessen die große Bedeutung der Erzielung eines Abkommens über die Einstellung der Kernversuchsexplosionen in Verbindung mit einem wirksamen internationalen Inspektions- und Kontrollsystem. Sie unterzogen die Arbeiten der Genfer Konferenz über die Einstellung der Kernversuchsexplosionen einer kritischen Prüfung und beschlossen, ihre Anstrengungen zur Erreichung einer befriedigenden Übereinkunft fortzusetzen. Sie waren der Ansicht, daß ein derartiges Abkommen die Spannung herabsetze, die mögliche Gefahr für Gesundheit und Leben, welche den Kernversuchsexplosionen innewohnt, beseitige und dazu beitrüge, der weiteren Entwicklung von Kernwaffen Einhalt zu gebieten.

Die Ministerpräsidenten legten in umfassender Weise die Ansichten ihrer Regierungen über die Fragen im Zusammenhang mit Deutschland, insbesondere über die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Berliner Frage, dar. Es war ihnen nicht möglich, sich über die juristischen und politischen Aspekte dieser Probleme zu einigen. Sie anerkannten gleichzeitig, daß es für die Erhaltung und Festigung des Friedens sowie für die Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt von größter Bedeutung sei, daß diese Probleme so rasch wie möglich gelöst würden. Sie gelangten in der Folge zur Ansicht, daß es notwendig sei, unter den interessierten Regierungen unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, um die Grundlage einer Bereinigung ihrer Meinungsverschiedenheiten zu schaffen. Sie vertraten die Auffassung, daß solche Verhandlungen die Fundamente zu einem dauerhaften Sicherheitssystem in Europa legen könnten.

In diesem Zusammenhang waren sie sich einig, daß es nützlich sein könnte, auch die Möglichkeiten zur Erhöhung der Sicherheit zu prüfen, und zwar durch irgendwelche Methoden der Begrenzung sowohl der mit klassischen wie auch der mit nuklearen Waffen ausgerüsteten Streitkräfte in einem bestimmten Gebiet Europas, parallel mit der Errichtung eines geeigneten Inspektionssystems.

In Verbindung mit allen diesen Fragen bekannten sich die Ministerpräsidenten zu dem Grundsatz, daß Meinungsverschiedenheiten unter den Nationen auf dem Verhandlungswege und nicht durch Gewalt gelöst werden sollten. Sie waren sich einig, daß, sofern der Wille, solche Verhandlungen erfolgreich zu gestalten, vorhanden ist, das Bemühen aller Beteiligten, den Standpunkt der andern zu verstehen, von entscheidender Bedeutung sei. Sie geben übereinstimmend die Erklärung ab, daß der gegenwärtige Besuch des britischen Premierministers und des Außenministers einen wertvollen Beitrag zu einer derartigen Verständigung darstellte.

Die Ministerpräsidenten erörterten auch eine Reihe von Fragen, welche die Regierungen Großbritanniens und der Sowjetunion direkt berühren. Sie nahmen den Bericht der Vertreter der beiden Regierungen über die Förderung der Beziehungen auf kulturellem Gebiet zur Kenntnis und genehmigten ihn. Dieser Bericht ist dem Kommuniqué als Annex beigefügt.

Sie prüften auch den Stand der britisch-sowjetischen Handelsbeziehungen. Sie nahmen mit Genugtuung davon Kenntnis, daß der Handel zwischen den beiden Ländern auf lange Sicht nach aufwärts tendiert und daß Möglichkeiten zur Steigerung des Handels bestehen.

Sie kamen überein, daß sich eine von einem britischen Minister geleitete Mission demnächst zu einem Besuch in die Sowjetunion begeben soll, um sich in eingehenderer Weise, als dies während der jetzigen Besprechungen möglich war, mit der Frage zu befassen, auf welche Weise der Handel in Zukunft ausgedehnt werden könnte.

Die Ministerpräsidenten gaben ihrem Vertrauen darüber Ausdruck, daß die persönliche Fühlungnahme, die unter den Regierungschefs der Sowjetunion und des Vereinigten Königreiches hergestellt wurde, im Interesse der Entwicklung der Freundschaft und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern der beiden Länder wie auch im Interesse der Erhaltung und Festigung des Weltfriedens weiter ausgebaut werde.

Gezeichnet:

Harold MacMillan, Premierminister des Vereinigten Königreiches,
Nikita S. Chrustschow, Ministerpräsident der Sowjetunion."

Nach seiner Rückkehr erklärte Premierminister MacMillan in London am 3. März vor Radio- und Fernseh-Reportern:

„Als ich London vor zehn Tagen verließ, bezeichnete ich meine Reise als eine Erkundungsfahrt. Wie jede solche Reise, hatte auch diese ihre verschiedenen Phasen, d. h. sowohl Momente der Unsicherheit als auch Momente der Hoffnung und der Genugtuung. Ich bin sicher, daß diese Reise gerechtfertigt war." Sodann gab der britische Premier der Hoffnung Ausdruck, nach seinen Besprechungen in Paris und Bonn auch Washington einen Besuch abstatten zu können. MacMillan führte weiter aus: „Überall, wo wir in der Sowjetunion hinkamen, wurden wir von der Bevölkerung gut empfangen. Wir konnten einiges von den Anstrengungen, die dort zur Hebung des Lebensstandards unternommen werden, sehen, und dies war gut, denn es bedeutet, daß die Sowjetunion, genau gleich wie wir, ein starkes Interesse am Frieden haben muß. Krieg würde für sie genau wie für uns alle Zerstörung bedeuten. Wir haben auch viel über das Leben und das Denken in der Sowjetunion kennen und verstehen gelernt, und ich hoffe, daß wir etwas dazu beigetragen haben, um ein weiteres und besseres Verständnis für die Denkungsart Großbritanniens zu verbreiten. Mein Außenminister und ich haben versucht, dies mit unseren Reden zu tun, über welche die sowjetische Presse sehr ausführlich berichtet hat. Ich versuchte es namentlich in der Radio- und Fernsehrede vom Montagabend."

Zu dem angestrebten direkten sowjetisch-britischen Abkommen sei man übereingekommen, sagte Premierminister MacMillan, daß eine von einem Minister geleitete Handelsmission nach Moskau gehen werde. „Ich hoffe, daß dabei gute Resultate erzielt werden können; nicht außergewöhnliche Ergebnisse, da solche unmöglich sind. Ich glaube

aber, daß eine beträchtliche Ausweitung des Handels möglich wäre. Wir haben auch Fortschritte hinsichtlich kultureller Beziehungen — wie sie einigermaßen hochtrabend genannt werden — erzielt. In der Tat bedeutet dies, daß man sich gegenseitig Bücher, Zeitungen, Filme und alle anderen Dinge abkauft, welche dazu beitragen, daß sich die Völker besser kennenlernen."

Den Charakter der Moskauer Besprechungen analysierte MacMillan folgendermaßen: „Die Gespräche waren um so wertvoller, als sie frei geführt wurden; beide Seiten müssen Verständnis — ich hoffe ein besseres Verständnis — für den Standpunkt des andern zeigen. Wir haben uns über viele wichtige Fragen nicht geeinigt; doch glaube ich, wir sind in bezug auf eine Frage, nämlich diejenige, welcher meiner Ansicht nach die größte Bedeutung zukommt, gleicher Ansicht: die schwerwiegenden Probleme der Zukunft Zentraleuropas müssen durch Verhandlungen, nicht durch Gewalt gelöst werden. Der Außenminister und ich müssen in der nächsten Woche das Land nochmals verlassen, um uns mit unseren Freunden und Alliierten in Paris und Bonn und danach, so hoffe ich, in Washington zu besprechen. Wir müssen zusammen unsere Politik für weitergehende Verhandlungen erörtern, die in naher Zukunft über diese schweren Probleme geführt werden müssen. Viele Schwierigkeiten stehen bevor. Wir können uns dies nicht verhehlen; doch hoffe ich, ihr erachtet es als richtig — ich werde es auf alle Fälle tun —, wenn Großbritannien versucht, die Führung in der Suche nach einem Ausweg zu übernehmen."

Auf deutschem Boden

Chrustschow sagte in Leipzig am 4. März: „Es braucht nicht der 27. Mai zu sein. Es kann auch der 27. Juli sein oder jede spätere Tag, wenn unsere Gesprächspartner auf deutschem Boden nur ihre Bereitschaft zu echten Verhandlungen und zu einer schließlichen friedlichen Lösung zeigen ... Was will die Sowjetunion? Sie will Frieden, Frieden und nochmals Frieden." — Nach Chrustschow erklärte Grotewohl: „Die Sowjetunion kann für kriegerische Abenteuer keinerlei Begeisterung aufbringen. Sie zieht den friedlichen Wettbewerb vor, in dem nicht die Waffen, sondern das allgemeine Wohlergehen und der Friede gewinnen werden."

Verbindliche Einladung

Die Regierungen der drei skandinavischen Länder, jede für sich, halten an der Einladung Chrustschows nach Kopenhagen, Oslo und Stockholm, noch in diesem Jahre, fest. Am 22. Februar erklärte Ministerpräsident H. C. Hansen vor dem Auswärtigen Ausschuß des Folketing in Kopenhagen, daß die dänische Regierung keinesfalls gesonnen sei, Chrustschow etwa wieder einzuladen. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte zwischen der dänischen und der schwedischen Regierung eine briefliche Verständigung darüber, daß man sich nunmehr nur noch über das Datum des Besuchs von Chrustschow zu verständigen habe. Dabei ging der Briefwechsel davon aus, daß der Herbst dieses Jahres allgemein als geeigneter Zeitpunkt für den Besuch Chrustschows anzusehen sei. Das dänische Außenministerium fügte jedoch hinzu, daß es sich empfehle, doch lieber schon den August als Besuchs-Zeitpunkt anzunehmen. — Der dänische Außenminister Krag führte am 3. März vor dem dänischen Parlament aus: „Wir halten an der Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten in die skandinavischen Länder fest, weil wir beabsichtigen, unseren Teil dazu beizutragen, die Mauer des Mißtrauens niederzureißen, die den Westen vom Osten trennt." — Der sozialdemokratische Fraktionspräsident Haekkerupp sagte am 6. März vor dem außenpolitischen Ausschuß des dänischen Folketing: „Unser Land drohte schließlich mit der Auffassung allein zu stehen, die Einladung Chrustschows in die skandinavischen Länder zu widerrufen. Wie aber hätten wir dagestanden, wenn Chrustschow schließlich nach Oslo und Stockholm, nicht aber nach Kopenhagen gekommen wäre? Das wäre ein schlechter Beitrag zu einem Appeasement gewesen." — Am 13. März übermittelte Außenminister Gromyko dem schwedischen Geschäftsträger in Moskau, „daß Chrustschow die Einladung der schwedischen Regierung, Mitte August d. J. Schweden zu besuchen, mit Dank annehme." Es brauchten jetzt nur noch die Besuchsprogramme der drei skandinavischen Regierungen zeitlich koordiniert zu werden.

Lohnender Handel

Das Britische Handelsministerium hat am 10. März einen Bericht über die britisch-sowjetischen Handelsergebnisse während der letzten drei Jahre veröffentlicht. Danach sind in dieser Zeit die britischen Bezüge aus der Sowjetunion weiter gestiegen, die britischen Exporte nach Rußland aber zurückgegangen. Von den Waren im Werte von 51,97 Millionen Pfund, die England im Jahre 1958 nach der Sowjetunion lieferte, bestanden 28,29 Mill. Pfund aus sog. Re-Exporten, d. h. aus Exporten vorher importierter und in England nicht veränderter Waren, von denen 28,11 Mill. Pfund auf Rohkautschuk entfielen. Von den echten britischen Exporten, die einen Wert von 23,68 Mill. Pfund aufwiesen, entfielen 12,80 Mill. Pfund oder 55% der Totalsumme auf Kupferdraht und Kupferkabel. Andere Exporte, außer Rohkautschuk und Kupferprodukten, erschienen nach dem Bericht den britischen Exporteuren nicht lohnend. Das britische Handelsministerium vertritt aber den Standpunkt, daß die geplante und durch MacMillan und Chrustschow vereinbarte britische Handelsmission in Moskau völlig neue Möglichkeiten erschließen könne.

Der unkontrollierbare Krieg

Hammarskjöld, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, sagte am 7. März über Radio Rangoon: „In dieser Zeit ist es unmöglich, den Krieg mit seinen Schrecken unter Kontrolle zu behalten. Es gibt also keine Alternative als friedliche Verhandlungen. In dieser Situation fällt den Vereinten Nationen eine gewisse, noch vage, aber schließlich vielleicht nicht unbedeutende Rolle zu. Die Vereinten Nationen sind zwar kein Wunderdoktor. Sie können uns nicht den Frieden schenken. Aber ihnen ist es möglich, die Mittel zu steigern und zu ergänzen, mit denen die Staatsführungen erfolgreich über die vielen Probleme, die gelöst werden müssen, verhandeln können. In diesem Geiste dürfen die Völker den Vereinten Nationen Vertrauen schenken."

Gegen eine starre Haltung in Genf

Humphrey, der Vorsitzende des amerikanischen Senatsausschusses für Abrüstung, enthüllte in einer Rede vor dem Senat am 13. März, daß er Präsident Eisenhower empfohlen habe, die starre amerikanische Haltung in Genf aufzugeben und mindestens in zwei Punkten Konzessionen zu machen. Diese Konzessionen seien: Erstens die Sieben-Mächte-Kontrollkommission soll sich aus Vertretern der beiden Westmächte, des chinesisch-russischen Blocks und drei Neutralen zusammensetzen (damit wäre das Gleichgewicht zwischen West und Ost hergestellt und die Entscheidung völlig den Neutralen überlassen); zweitens die Zahl der „am Orte" vorzunehmenden Inspektionen je Jahr zu begrenzen (womit der Vorwurf Chrustschows entkräftet würde, der Westen wolle auf dem Gebiet der Sowjetunion ständige Inspektionen stationieren).

Einzelheiten aus der letzten Verteidigungsdebatte im britischen Unterhaus

In der Verteidigungsgebatte des britischen Unterhauses am 26. Februar wies der Labour-Abgeordnete Steel darauf hin, daß die der Nato heute zur Verfügung stehenden 21 Divisionen in dreierlei Hinsicht fragwürdig seien: Erstens seien sie mit einem Minderwertigkeitskomplex beladen, weil sie nur ein Surrogat der eigentlich als notwendig erkannten 30 Divisionen darstellten; zweitens seien sie unterbemannt, und drittens habe man sie nur mit veraltetem Material ausgerüstet. Wer den gesunden Menschenversand sprechen lasse, sehe darin entscheidende Argumente einer Zwangsläufigkeit des Disengagements. Der ehemalige Verteidigungsminister der konservativen Regierung, Head, verglich die britische Konzentration auf Atomwaffen mit der Maginotlinie der Vergangenheit. Beide Sicherungssysteme könnten gleich leicht umgangen werden. Die heutige Entwicklung führe eindeutig dahin, daß die große Mehrheit der Bevölkerungen Südostasiens, des Nahen Ostens und Mittel- und Nordafrikas sich wirtschaftlich und sozial mehr nach dem Osten als nach dem Westen orientierten, wobei es gleich sei, in welcher Form diese Länder politische Schlüsse aus der Situation zögen.

Die geschlossene östliche Macht

Der chinesische Verteidigungsminister P e n g T e h H u a i sagte am 2. März über Radio Peking: „Sollten die westlichen Mächte, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, die friedlich gemeinten Vorschläge Moskaus, Berlin in eine Freie Stadt umzuwandeln, zurückweisen und Westberlin und Westdeutschland auch weiterhin als Ausgangspunkte zu Angriffen gegen das demokratische Deutschland und andere sozialistische Länder benutzen, werden sie eine beschämende Niederlage erleben. Für uns ist jeder Angriff des imperialistischen Blocks gegen das demokratische Deutschland ein Angriff gegen den gesamten sozialistischen Block, und wir werden das demokratische Deutschland mit all unserer Macht unterstützen."

Um die Oder-Neisse-Grenze

Der polnische Außenminister R a p a c k i hielt am 26. Februar in Breslau eine Rede über die Oder-Neisse-Linie: „Es ist lächerlich, wenn auf westlicher Seite die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als eine Art von Ware betrachtet wird, für die man von Polen etwas erhalten könne. Auch im Westen weiß doch jedermann, daß die Vorstellung von einer Änderung dieser Grenze unrealistisch ist. Auch im Westen wird das immer deutlicher festgestellt und auch in Zeitungen offen geschrieben, selbst in der Bundesrepublik Deutschland . . . Natürlich stellen die aggressiven Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland keine ernst zu nehmende wirkliche militärische Bedrohung des Friedens dar. Aber diese Kräfte drohen doch die internationale Spannung zu verschärfen und den Westen in einen Konflikt hineinzuziehen. Fast ist es der Bundesrepublik schon gelungen, England und Frankreich gegeneinander auszuspielen und selbst in die Position eines „ersten Partners" der USA aufzurücken. Dies verwegene Spiel kann die Bundesrepublik Deutschland schließlich sogar dazu verleiten, die Oder-Neisse-Linie nicht als endgültige Grenze anzusehen, obwohl sie eine endgültige Tatsache ist."

Aus einer Rede Gomulkas

Auf dem III. Parteikongreß der KPP führte G o m u l k a , der Erste Sekretär der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, im Warschauer Kulturpalast folgendes aus: „Konrad A d e n a u e r , der große Politiker der Bundesrepublik Deutschland, will die verlorenen Gebiete östlich der Oder-Neisse-Linie, wie er sagt, „auf friedlichem Wege" wiedergewinnen. Wie mag er sich das vorstellen? Er hält Polen wohl für einen Bären, von dem man das Fell bei lebendigem Leibe ohne Messer abziehen kann. Solche Märchen hat sich sogar A n d e r s e n nicht ausgedacht, solche Wunder kennt nicht einmal die katholische Kirche . . ." (Langanhaltender Beifall, nicht aufhörenwollendes Gelächter.) „Es ist höchste Zeit, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen. Wir Polen werden einen Friedensvertrag mit jedem deutschen Staat abschließen, der das will. Die Konzeption Adenauers, ein Vereinigtes Deutschland über freie Wahlen zu erreichen, kann nicht angenommen werden. Es handelt sich nicht nur um das Recht des deutschen Volkes, einen Staat zu haben. Es geht auch um das Recht der Völker Europas, weiter in Frieden leben zu können. In der aktuellen internationalen Lage, in der die Politik des Kalten Krieges die Oberhand hat, darf das Recht des deutschen Volkes nicht in einem Sinne ausgenutzt werden, der sich gegen den Frieden der europäischen Völker, ja der Völker der ganzen Erde, richtet. Freie Wahlen würden die deutsche Bevölkerung vor die Frage stellen: Bist Du für die Deutsche Demokratische Republik, die die Grenzen anerkennt, oder für die Bundesrepublik, die die Grenzen Polens nicht anerkannt, sondern Ansprüche auf verlorene Gebiete stellt? Kein Volk aber nimmt leichten Herzens einen Gebietsverlust hin, auch wenn er, geschichtlich gesehen, noch so berechtigt war und bleibt."

Zeitgeschichtliche Vergleiche

Die Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat am 12. März, dem 20. Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in die Tschechoslowakei, eine Erklärung veröffentlicht. Darin heißt es: „Der Besetzung durch die Nazis gingen unzählige feierliche Ver-

sprechen, Verpflichtungen und Garantien voran. Alle diese rechtlichen Bindungen aber wurden zerrissen und mit Füßen getreten, als sich die Truppen Hitlers stark genug fühlten, eine neue Aggression zu unternehmen . . . Die von der Bonner Regierung angewandten Methoden erinnern sehr an die Verfahrensarten Hitlers. Von Bonn aus werden gleichzeitig immer neue und immer zahlreichere Friedensbeteuerungen herausgegeben, gleichzeitig aber in vermehrtem Maße Forderungen angemeldet, die niemals in Frieden, sondern nur in einem Kriege erfüllbar erscheinen, abgesehen davon, daß die Frage offen bleibt, ob die Bundesrepublik Deutschland und seine Verbündeten überhaupt auch nur eine Chance des Sieges in einem solchen Kriege besitzen. Die anderen westeuropäischen Länder aber scheinen die Gefahren aus einem solchen neu auflebenden deutschen Imperialismus vorerst noch zu unterschätzen. Dabei hat der deutsche Militarismus seine Expansionsziele nicht einmal gegenüber dem Westen aufgegeben. Gegenüber solchen deutschen Labilitäten und Hemmungslosigkeiten hilft nur die Unterzeichnung eines Friedensvertrages, in dem Deutschland begreift und sich selbst wie der Welt bestätigt, welcher Status nunmehr international gegeben ist."

Kommuniqué Chrustschow—Ollenhauer

Nach der Unterredung zwischen Chrustschow und Ollenhauer wurde in Berlin am 9. März folgendes Kommuniqué herausgegeben:

„Am 9. März 1959 im Gebäude der sowjetischen Botschaft in Berlin empfing N. S. Chrustschow, der Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion, E. Ollenhauer, den Vorsitzenden des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bei der Besprechung, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre stattfand, wurden Fragen berührt, die den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, den Status von Westberlin, die Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin, die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa betreffen. Auf beiden Seiten herrschte Übereinstimmung, daß die verschiedenen Probleme durch Verhandlungen auf friedliche Weise gelöst werden müssen.

Bei der Besprechung waren anwesend W. A. Zorin, der stellvertretende Außenminister der UdSSR, und M. G. Perwuchin, der Botschafter der UdSSR in der Deutschen Demokratischen Republik."

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 7. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.